

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Frage des Bezirkshauptmannes Schönegger. Gegen ihn wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet; das Verfahren wäre schon längst vollzogen gewesen, wenn nicht sein Anwalt darum ersucht hätte, daß die Verhandlung aufgeschoben wird, und zwar deshalb, weil scheinbar sein Anwalt noch mit irgendwelchen Fragen nicht klar war. Es ist also hier dafür gesorgt, ich hoffe, daß das Verfahren ehebaldigst abgeschlossen wird und damit der Fall auch seiner Bereinigung zugeführt wird.

Meine Damen und Herren, das sind in aller Kürze ein paar Bemerkungen zur Personalsituation des Landes und zu den Dingen, die mir am Herzen gelegen sind, um sie klarzustellen. Ich möchte aber auch von dieser Stelle aus am heutigen Tage und hier allen Bediensteten des Landes als Personalreferent ein herzliches Danke sagen für die vorzügliche Dienstleistung und für den mustergültigen Einsatz zugunsten des Landes und seiner Bevölkerung. Wir dürfen mit Recht und mit Genugtuung sagen, daß der steirische Landesdienst in seinen vielfältigen Verästelungen, die sehr beträchtlich sind, nicht nur erstklassige Dienstleistung erfüllt, sondern im besten Sinne des Wortes ein verständnisvoller und ein klarer Diener der steirischen Bevölkerung ist, und dafür darf ich herzlich danken. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu dieser Gruppe liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Schrammel: Ich ersuche nochmals, der Budgetgruppe 0 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Wer mit den Ansätzen der Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge ein Handzeichen geben.

Danke. Die Gruppe 0 ist somit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Berichterstatter ist Abgeordneter Anton Prensberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prensberger: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, ist die kleinste Gruppe in diesem Budget, sowohl sach- als auch zahlen- und ziffernmäßig. Sie umfaßt das Kapitel Feuerwehrwesen, Brandbekämpfung, Katastrophenhilfsdienst, Gewässerschutzmaßnahmen und Landesverteidigung. Bei den Ausgaben nimmt so wie in der Vergangenheit der Abschnitt Feuerwehrwesen wohl die größte Summe in Anspruch, 40,935.000,— Schilling. Dieser Betrag wird für Ausrüstung und Modernisierung der steirischen Feuerwehr verwendet. Es soll damit finanziell schwachen Gemeinden, die auf diesem Gebiet größere Ausgaben zu verzeichnen haben, geholfen werden.

Ein besonderes Augenmerk wird auf unsere Feuerweherschule gelegt, die für die Ausbildung der Feuerwehr sowie für die Schulung des Nachwuchses zu sorgen hat.

Für den Katastrophendienst sowie für Gewässerschutzmaßnahmen stehen 11,082.000,— Schilling zur

Verfügung. Dieser Betrag schließt auch die Versorgung und den Schutz des Trinkwassers ein, da oft durch Unfälle die Gefahr der Trinkwasserverunreinigung besteht.

Bei den Maßnahmen für die Landesverteidigung nimmt der Zivilschutz eine wichtige Position ein. Die Einnahmen bei der Post 1 sind 11,439.000,— Schilling und die Ausgaben der Gruppe 1 54,935.000,— Schilling.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit dem Kapitel öffentliche Ordnung und Sicherheit befaßt, und ich stelle in seinem Namen den Antrag, den Ansätzen der Gruppe 1 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Marczik.

Abg. Marczik: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Alle Jahre wieder wenden wir gleich zu Beginn bei der Behandlung unseres Landesbudgets unsere besondere Aufmerksamkeit diesem Kapitel, nämlich den Ansätzen der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, zu. Die Ansätze selbst, meine Damen und Herren, sind, wie Sie sich überzeugt haben werden, leicht gestiegen, im großen und ganzen aber entsprechen sie denen des Jahres 1978. Diese Aufmerksamkeit ist auch richtig und wichtig, sie ist vorrangig vor allen anderen Belangen, wenn Sie wollen, vor der Wirtschaft, vor den kulturellen Belangen und so weiter, denn die Sicherheit und der Schutz unserer Bevölkerung geht uns allen letztlich vor allem anderen. Hier hat sich — und das möchte ich doch sagen — nicht zuletzt durch die Vorgänge und Ereignisse in unseren Nachbarstaaten sowie in den anderen Kontinenten dieser Welt, in der wir leben, auch ein sehr begrüßenswerter Prozeß des Umdenkens vollzogen. Geschwunden sind die trügerischen Vorstellungen und Hoffnungen, wir könnten hier, in Österreich, inmitten einer Welt, die von Krisen, Terror und Unsicherheit gerüttelt wird, gleichsam eine „Robinsonade made in Austria“, also ein „Insel-der-Seligen-Dasein“ führen. Diese Bewußtseinsänderung bezieht sich, das glaube ich feststellen zu können, nahezu auf alle Lebensbereiche, auf den der Wirtschaft und Kultur ebenso wie auf den des persönlichen Schutzes des einzelnen und der Sicherheit unserer menschlichen Gemeinschaft schlechthin. Das wirklich Erfreuliche, meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser an sich unerfreulichen Umdenkphase ist, daß als Resultat dieses Umdenkvorganges eine neue, in weiten Kreisen der Bevölkerung auch spürbare, echte Sicherheitsgesinnung, wenn auch unter dem Druck der Ereignisse, endgültig jene „Wir-sind-wir“ —, beziehungsweise „Ohne-uns“ oder „Was-interessieren-uns-die-Ereignisse-draußen-in-der-Welt-Mentalität“ abgelöst hat. Diese hierlands wohl eher neue Sicherheitsbestimmung hat auch zur Folge, daß sich unsere Landsleute nicht wie zuvor mit Problemen und Fragen der Sicherheit und öffentlichen Ordnung sowie der umfassenden Landesverteidigung, vor allem auch des Zivilschutzes lediglich konfrontierten, aber nicht direkt ad personam betroffen und angesprochen fühlten, sondern jetzt werden

gerade dieser Sicherheitsproblematik, ebenso wie überhaupt den wirtschaftsexistenzialen Fragen und auch den Anliegen echter Lebensqualität von allen Staatsbürgern ein zentrales Interesse und eine konstante Aufmerksamkeit zugewendet. Mit diesem gesteigerten Interesse und mit dieser Aufmerksamkeit und dem Verständnis der Bevölkerung ist es aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz Knappheit der budgetären Finanzierungsmöglichkeiten in allen primär zuständigen Körperschaften und Organen dennoch, ich wage das zu behaupten, leichter geworden, Probleme zu meistern, nachdem nämlich die Bereitschaft des einzelnen Staatsbürgers, seinen Eigenteil zur Bewältigung dieser Fakten zu leisten, gestiegen ist. Beachtung und Unterstützung der Sicherheitsvorkehrungen, ja des zivilen Schutzes im weitesten Sinne dieses Begriffes, sowie eine Haushaltsbevorratung und bestmögliche Förderung der mit speziellen Schutzmaßnahmen betrauten Organe und Institutionen durch die Bevölkerung zeigen eine beachtenswerte positive Entwicklung und auch ein gesteigertes Gesamtinteresse an diesem Sachkomplex, wobei sich vor allem die Jugend, und das ist sehr erfreulich, besonders engagiert zeigt, freiwillig in Schutz- und Hilfsorganisationen mitzuwirken und solcherart ihren positiven Beitrag für die Sicherheit der Gemeinschaft und des Einzelmenschen zu leisten. Neben der diese Bereitschaft und das gesteigerte Interesse gleichsam erzwingenden Situation sind es vor allem, auch das darf ich sagen, das beispielhafte, mustergültige Wirken aller Einrichtungen und Verbände, der freiwilligen Feuerwehr, der Exekutive, unseres Bundesheeres, des Zivilschutzes, des Roten Kreuzes, der Bergrettung, des Katastrophendienstes und so weiter, ebenso aber die laufende Aufklärungs- und Schulungsarbeit des gesamten Katastrophenschutzreferates, ich möchte das hier auch einmal aussprechen, unter der hervorragenden fachkundigen Leitung von Herrn Hofrat Dr. Kreuzwirth, mit seinen exzellenten Helfern und Experten ebenso wie die von Hofrat Dr. Zwitter so vorzüglich geführte und mustergültig ausgestattete, das heißt, mit den sich ständig häufenden Ölunfällen, Grundwasserverseuchungen und so weiter konfrontierte Spezialabteilung, welche diese Bereitschaft zum Engagement und persönlichen Einsatz erwirkten.

Meine Damen und Herren, wenn ich nun vor einer kurzen Schilderung der segensreichen Tätigkeit der bereits genannten Einsatzorganisationen, wobei ich gleichsam aus der Landesperspektive vor allem der Freiwilligen Feuerwehr und dem Roten Kreuz Ihr geschätztes Augenmerk zuwenden möchte, noch ehe ich über die zielführende Ausbildungsarbeit sowie über die ständige Verbesserung der Ausrüstung und weitere Spezialisierung dieser für unsere Sicherheit und, wie ich bereits sagte, für unsere Lebensqualität so wichtigen Organisationen spreche, den Menschen selbst, der in diesen Organisationen steht und still und bescheiden freiwillig und unbezahlt, aber mit einem überaus bewunderns- und dankenswerten Idealismus seinen Dienst am Nächsten, an der Gemeinschaft, ja an uns allen erfüllt, in den Mittelpunkt meiner Ausführungen rücke, so nicht nur deshalb, damit wir all diesen Akteuren der Nächstenliebe und der Nächstenhilfe unsere gebührende

Achtung und unsere Reverenz erweisen, sondern wohl auch oder gerade deshalb, weil wir wissen, daß die gesamte Ausrüstung und die verfeinerteste Spezialisierung nur sehr wenig nützen, wenn sie im erforderlichen Anlaß- und Einsatzfall nicht von jenem Idealismus, Opfermut und Engagement getragen werden, die letztlich die Triebfeder, aber auch, ich möchte sagen, überhaupt der Anreiz für eine erfolgreiche Bewältigung solch heikler Situationen zu unser aller Wohl sind. Umso mehr erscheint es daher meines Erachtens gerechtfertigt, ja auch moralisch zwingend notwendig, daß jene, welche sich für den Schutz der Gemeinschaft, für uns alle, uneingeschränkt und unter Einsatz ihrer Gesundheit, ja ihres Lebens engagieren, daß sie alle miteinander persönlich versicherungsmäßig jenen Schutz genießen, der ihnen im Ernstfall einen zumindest versorgungsmäßig entsprechenden Rückhalt bietet und ebenso, meine Damen und Herren, selbstverständlich ihren Familien, welche — wie wir alle wissen — im Ernstfall oft genug um das Leben des Familienershalters oder eines anderen Angehörigen zittern und bangen müssen. Seit längerer Zeit schon, das möchte ich heute kritisch anmerken, reden wir von diesem Problem, und ich selbst habe das als laufender Sprecher zu dieser Problematik wiederholt, bitte schön, von dieser Stelle aus gefordert, und so möchte ich auch heute wiederum den vollen Versicherungsschutz für alle Feuerwehrleute namens meiner Fraktion fordern. Ich habe schon seinerzeit alle Verantwortungsträger aller Couleurs gebeten, ihren Einfluß geltend zu machen, daß diese an sich selbstverständliche Tatsache endlich eine positive Erledigung finde. Heute muß ich hier, trotz vieler erfreulicher über- und interfraktioneller Übereinstimmungen in Fragen der Feuerwehr leider mit aller Deutlichkeit feststellen, daß alle sachbezogenen Bemühungen bisher beim zuständigen Bundesministerium, in diesem Fall jenem für soziale Verwaltung, trotz der belegten Unterlagen, welche eine ständige Zunahme von Bundesaufgaben durch die Freiwilligen Feuerwehren, etwa die laufenden Unfälle auf Bundesstraßen, Katastrophen in Bundesgewässern und so weiter und so fort, signalisieren, bisher, meine Damen und Herren, leider wirkungs- und ergebnislos verblieben sind. Unbefriedigende, nicht zielführende Kompromisse waren leider das unannehmbare Fazit dieser von allen kompetenten Seiten geführten Versuche und Bemühungen. Wir können aber, das möchte ich jetzt sehr deutlich und klar herausstellen, von jenen zwei wesentlichsten Grundsätzen nicht abweichen, wenn wir eine rasche Erledigung dieser Frage anstreben und verlangen:

1. Jedem Feuerwehrmann gebührt für die unter gleichen Einsatzbedingungen erbrachten freiwilligen, ehrenamtlichen Leistungen derselbe gleichartige Versicherungsschutz. Egal, meine Damen und Herren, ob es sich um unselbständig Erwerbstätige handelt, wo dieses Problem weitestgehend gelöst erscheint, oder ob es sich um Angehörige des bäuerlichen oder des selbständigen Berufsstandes handelt, für die es bisher einen solchen einheitlichen Schutz im erforderlichen Maße noch nicht gibt.

2. Alle Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren haben unserer Meinung nach Anspruch auf den vollen Versicherungsschutz, egal wie alt der ein-

zelle ist beziehungsweise, wenn Sie so wollen, so im Sprachgebrauch, mit wieviel Dienstjahren er aufwarten kann. Wenn ein junger Feuerwehrmann, angenommen ein junger Familienvater, der wenig Versicherungsjahre nachweisen kann, verunglückt, dann steht seine Familie neben dem persönlichen Schmerz auch vor einem finanziell-materiellen Notstand. Ich möchte das sehr deutlich aussprechen. Daß man hier den Idealismus dieser großartigen Menschen nicht nur überfordert, sondern ich möchte sagen, in unverantwortlicher Weise in Anspruch nimmt, ist wohl klar, denn in einem solchen Fall gebiert ein Leid und ein Übel das andere.

Aber auch ein anderes Beispiel, um das klarzumachen, mit dem ich persönlich jüngst konfrontiert wurde, zeigt, wie etwa die Familie eines Feuerwehrmannes in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Wir hatten vor einem Jahr eine Feuerwehrrüfung in der Stadt Judenburg, beim dortigen Landeskrankenhaus. Viele von Ihnen werden aus der Presse davon erfahren haben. Es hat diesen berühmten Sprung in das Sprungtuch gegeben, und zwei Feuerwehrleute wurden erheblich verletzt, mußten einen längeren Aufenthalt auf der Stolzalpe verbringen und sind dann unter Ach und Weh langsam mit Dauerleiden in den Berufsprozeß eingegliedert worden. Sie haben anfangs einen gewissen materiellen Ausgleich erhalten. Einer dieser Feuerwehrkameraden, meine sehr verehrten Damen und Herren, kam dann zurück an jene Arbeitsstelle, in jene Fabrik, in der er zuerst war, konnte aber infolge seines doch vorhandenen Dauerleidens nicht mehr denselben Arbeitsplatz erhalten, mußte eine leichtere Arbeit annehmen, und das bewirkte eine erhebliche finanzielle Einbuße für die Familie. Die Frau war bei mir, es ist bis heute eine Regelung hier nicht möglich. Ich habe die Firma ersucht, sie sind sehr entgegenkommend, aber es ist äußerst schwierig. Er hat eine andere Arbeit bekommen, der Verdienst ist ein geringerer, die Familie hat dafür zu leiden, daß der Vater sich in idealistischer Weise für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt hat. Ich glaube, ohne Unterschied der Partei, Sie verstehen mich, wenn ich hier sage: Das kann doch, bitte schön, wirklich nicht das Ziel sein, wenn wir uns darüber freuen, daß wir junge Menschen in die Feuerwehren eingliedern können!

Aus den besagten Gründen, meine sehr Verehrten, können wir daher auch nicht ganz einfach zur Tagesordnung übergehen, ehe dieses Versicherungsproblem echt gelöst ist. Daher habe ich jüngst eine Anfrage hier im Haus gestellt — daher, ich bekenne das gerne, viel Zustimmung von Abgeordneten aller Couleurs und die Bereitschaft des Landes, meine Damen und Herren, raschest eine zufriedenstellende Erledigung dieser Frage im eigenen Wirkungsbereich herbeizuführen, weil der Bund einfach aus uns und mir unerklärlichen und verständlichen Gründen auf seinem ablehnenden Standpunkt beharrt und keine Aussicht auf eine Sinnesänderung seitens der Bundesstellen in dieser Frage besteht, wie sehr deutlich übrigens die jüngst stattgefundene Konferenz der Landeshauptleute zeigte. Der gesamten Steiermärkischen Landesregierung, vor allem aber dem Herrn Landeshauptmann und vor allem auch dem ressortzuständigen Landesrat Peltzmann,

welcher sich allezeit und bei jeder sich bietenden Gelegenheit für „seine Feuerwehrleute“, wie er zu sagen pflegt, mit ganzer Kraft einsetzt, ein Wort des besonderen Dankes für alle Vorbereitungen und für die Bereitschaft, nun rasch die bereits angekündigte steirische Lösung für unsere 37.000 Feuerwehrkameraden zu treffen. Ebenso darf ich dafür herzlich danken, daß das neue steirische Feuerwehrgesetz bereits in seiner Grundkonzeption vorliegt und den Beratungen zugeführt wurde, zumindest in den Fraktionen und in Kürze in diesem Hohen Haus eingebracht wird. Zwei Dinge also, meine sehr verehrten Damen und Herren, welche nicht nur für die steirischen Feuerwehren, sondern für den Gesamtkomplex öffentliche Ordnung und Sicherheit von besonderer Bedeutung sind.

Nun aber ein kurzer Überblick über das Geschehen bei Feuerwehren und beim Roten Kreuz, sowie über die weiteren Verbesserungen des Ausrüstungsstandes und der Intensivierung der zweckdienlichen Ausbildung. Schauen Sie, was den Zivilschutz anlangt, so darf ich jedenfalls darauf verweisen, daß die von mir bereits genannten Einsatzorganisationen, nämlich die Feuerwehr und das Rote Kreuz, nicht nur in ihren eigenen Aufgaben und Wirkungsbereichen Großartiges leisten, sondern im wahrsten Sinne des Wortes, das möchte ich sehr betonen, als das Rückgrad des Zivilschutzes überhaupt bezeichnet werden müssen. Als besonders bedauerlich — seien Sie mir nicht böse, ich möchte auch das sagen — und mir nicht verständlich erscheint daher die Tatsache, daß von den bereits mehrere Jahre gleichzeitig erfolgenden Dotationen des Budgetkapitels Zivilschutz seitens des Bundes mit sage und schreibe 5 Millionen Schilling im abgelaufenen Jahr, das finde ich besonders makaber, außerdem noch 1,4 Millionen Schilling zurückgestellt, das heißt, nicht verbraucht wurden und vielleicht zum Übertrag für das kommende Budget bereitgehalten wurden. Ein analoges Beispiel muß ich noch, und das möchte ich auch sagen, das mir überaus wichtig erscheinende Warn- und Alarmsystem betreffend, nennen. Das Verlangen des zuständigen Ministers Lanz, so wurde mir im Ausschuß berichtet, 10 Millionen Schilling hierfür vorzusehen, was ein sehr notwendiger, wenn auch geringer Beitrag gewesen wäre, wurde vom Herrn Finanzminister rundweg abgelehnt, mit der lakonischen Begründung, er könne keine Mittel bewilligen, wenn die Vereinbarungen mit den Ländern nach Artikel 15 a noch nicht unter Dach und Fach seien. Die Tatsache, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Länder bis zum heutigen Tage laufend diesbezügliche Vorleistungen getätigt haben, können ihn, den Herrn Finanzminister, nicht dazu veranlassen, eine solche — wenn auch dringend notwendige, analoge Vorfinanzierung seitens des Bundes zu tätigen.

Nun aber einige wichtige Zahlen im Zusammenhang mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem Österreichischen Roten Kreuz: Für die 750 Feuerwehren mit einem Gesamtmanschaftsstand von, wie ich bereits erwähnte, 37.612 Mann in der Steiermark, den 17 F- und B-Bereitschaften (Feuerlösch- und Bergebereitschaften), wie Sie wissen, und den acht Sondereinheiten vom Wasserdienst über den Ölalarmdienst bis zu den Atemschutz- und Funk-

trupps, wurden seit 1964, also im Zeitraum von 15 Jahren, insgesamt 231,6 Millionen Schilling und für den Katastrophendienst seit sieben Jahren 28,4 Millionen Schilling in der Steiermark aufgewendet.

Was die Funksirenensteuerung anlangt, — die Kostenaufteilung ist, wie Sie wissen, $\frac{1}{3}$ Gemeinde, $\frac{1}{2}$ Land und $\frac{1}{6}$ Bund, — wurden bereits 77 Sirenenanschlüsse in sieben steirischen Bezirken errichtet, 44 sollen im Vollausbau etwa im Bezirk Graz-Umgebung, Kollege Haas wird sich sehr freuen, demnächst errichtet werden und 100 Anschlüsse sind in den restlichen 10 steirischen Bezirken für das kommende Jahr 1979 vorgesehen, für die, und das möchte ich allerdings auch sagen, erst die Beiträge der Gemeinden vorhanden sind. Die Kosten betragen für das gesamte Vorhaben insgesamt zirka 10 Millionen Schilling.

Das Körperschutzsonderprogramm, Atemschutzstützpunkte etwa, neun an der Zahl in der Steiermark, Vollkörperschutzstützpunkte acht, sowie die Atem-Kreislauf-Lunge-Test-Untersuchungen sind, meine Damen und Herren, im vollen Laufen. Desgleichen das Tanklöschfahrzeugprogramm, welches einen Endstand, wie wir wissen, von 256 Tanklöschfahrzeugen bis 1980 vorsieht. Großgeräte, Drehleitern und schwere Rüstfahrzeuge wurden für sieben Feuerwehren in Weiz, Graz, Hartberg und Feldbach mit einer sehr beachtlichen Landesförderung angeschafft. Ebenso zügig wurde der Olalarmdienst ausgebaut, desgleichen auch der Feuerwehrfunk. Sehr erfreulich, meine Damen und Herren, die zielführende Palette der diversen Aktivitäten der Feuerwehrjugend, deren Stand im Jahr zwischen 2600 bis 3000 beträgt und für die bereits jetzt im abgelaufenen Jahr 883.000,— Schilling an Förderung vorgesehen waren.

Nicht mehr wegzudenken, — das wurde heute hier in dankenswerter Weise von meinem geschätzten Kollegen, Generalredner DDr. Stepantschitz, bereits hervorgerufen, — und hervorragend bewährt in ihrer Funktion die Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring, welche allein im abgelaufenen Jahr von 12.500 Teilnehmern besucht wurde und ein nicht wegzudenkendes Schulungs- und Ausbildungsprogramm anbietet.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nun auch, weil es dem Zusammenhang gemäß hierher gehört, ein paar Worte zur großartigen Einsatzorganisation des Roten Kreuzes in der Steiermark mit ihren 4500 freiwilligen Helfern und 174 hauptberuflichen Helferinnen und Helfern sagen, welche mit ihren 170 Rettungsfahrzeugen in 20 Bezirks- und 195 Ortsstellen jenen verantwortungsvollen, unersetzbaren Einsatz leisten, der allen Landsleuten gleichermaßen zugute kommt. Seitens des Landes, meine Damen und Herren, wurde das Rote Kreuz seit 1970 mit 14,4 Millionen Schilling gefördert und außerdem wurden für den Ausbau des Rot-Kreuz-Funknetzes 2,4 Millionen Schilling gewährt. Das Rote Kreuz, Landesverband Steiermark, das ist auch sehr interessant, beabsichtigte ursprünglich in Graz ein Katastrophenzentrum, das heißt also ein Katastrophenzentrum für die gesamte Steiermark und Bezirksstelle Graz-Stadt gleichermaßen zu errichten. Ich muß heute hier sagen, budgetäre Gründe

waren und sind es, die es erforderlich machen, daß dieses Vorhaben nur in einem verkleinerten Ausmaß durchgeführt werden kann. So wurde in der Rot-Kreuz-Sitzung am 23. November dieses Jahres die Vergabe der diesbezüglichen Baumeisterarbeiten an die Firma Holzmann & Stark beschlossen. Seitens des Landes, meine Damen und Herren, wurden in diesem Zusammenhang bisher jedenfalls 9,7 Millionen Schilling bedeckt.

Ich darf nun, meine sehr verehrten Damen und Herren etwas sagen, was nicht vom Referat allein aus zufriedenstellend zu lösen ist, das ist zum Beispiel der oft zitierte Brandschutz in Hochhäusern und auch in „hohen Häusern“. Ich möchte aber betonen, eine zielstrebige Schulungsarbeit und auch die Anschaffung diverser Gerätschaften in Ballungszentren mit Unterstützung des Landes haben eine wesentliche Entschärfung bewirkt. Eine endgültige Lösung könnte aber nur, und ich sage es hier, weil es einfach stimmt, durch bauliche Maßnahmen an den Gebäuden selbst herbeigeführt werden. Das heißt also ganz konkret, nicht Sprungtücher, nicht Rettungsschläuche, nicht Sprungkissen usw. usw., sind das Alfa und Omega, sind der Stein des Weisen in diesem Zusammenhang, sondern wirklich nur bauliche Maßnahmen an diesen Hochhäusern selbst.

In der Zielgeraden meiner Ausführungen zu diesem Budgetkapitel darf ich nun, meine Damen und Herren, allen Verantwortlichen in Regierung und Verwaltung, dem Herrn Landesrat Peltzmann und seinen Beamten, im besonderen aber allen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren, und ich möchte sagen, dem in der Zeit seiner Kommandoführung bereits hervorragend bewährten Landesbranddirektor Strablegg mit all seinen Stellvertretern und Mitarbeitern im Landesfeuerwehrkommando, allen Offizieren und Mannschaftsangehörigen ebenso wie deren Familien, und darauf lege ich besonderen Wert, vor allem den Frauen und Kindern, deren Verzicht und Verständnis erst diesen selbstlosen höchstqualifizierten Dienst für die Allgemeinheit ermöglicht, sehr herzlich danken! In der selben Weise richten wir den Dank aller Mitglieder des Hohen Hauses an die Führung und an die stets einsatz- und opferbereiten Frauen und Männer des Roten Kreuzes, deren nimmermüdem, idealistischem Wirken so viele Menschen in diesem Lande ihre Gesundheit, ja ihr Leben verdanken! In dieser Gesinnung des besonderen Respektes und der uneingeschränkten Anerkennung wollen wir auch bei der Beratung und Beschlußfassung des steirischen Landesbudgets 1979 diesen Idealisten und Vorbildern unserer Gemeinschaft jenes Dankeschön und jenes Gut Heil zurfufen, welche Dank und Anerkennung, Bewunderung, kameradschaftliche Verpflichtung und die besten Wünsche für das weitere Wirken gleichermaßen einschließen und welche sich auch an all jene wenden, die mit ihrem ständigen, oftmals sehr schwierigen idealistischen Einsatz der Sicherheit, dem Wohle und dem Schutze der Allgemeinheit und unserer schönen Heimat dienen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer.

Abg. Spöner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Die wesentlichen Voraussetzungen für das Funktionieren unserer Feuerwehren liegen in erster Linie bei unseren steirischen Gemeinden. Hier liegt das Fundament und vor allen Dingen unsere Gemeinden sind es, die es überhaupt erst ermöglichen, daß unsere Feuerwehren so ausgestattet sind, wie wir sie heute vorfinden. Der zweite wesentliche Punkt, daß unsere Feuerwehren heute so gut und klaglos funktionieren, ist aber auch der Idealismus und die Bereitschaft von Männern in unserem Lande, die eben jederzeit, wenn der Ruf an sie ertönt, bereit sind und auch zu jeder Zeit bereit sind, ihren persönlichen Einsatz, verbunden auch unter Umständen mit dem Einsatz ihres Lebens und anderen Dingen für unser Land, für unsere Bevölkerung zu opfern. Es klingt ein bißchen komisch, wenn von dieser Stelle aus gesagt wird: der zuständige Referent der Landesregierung und seine Männer. Ich möchte das nicht so betrachtet sehen, sondern möchte noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen und wiederholen, daß die Basis in unseren Gemeinden liegt. Und wenn unsere Gemeindevertreter und unsere Bürgermeister in Verbindung mit unseren Feuerwehrmännern nicht bereit wären, die finanziellen Mittel und andere Mittel bereitzustellen, dann hätte halt der Herr Landesreferent keine Männer, wie es hier gesagt wurde.

Sehr erfreulich für die Steiermark, ich glaube, auch für alle Abgeordneten dieses Hauses, ist es, daß laut Bericht aus dem Jahre 1977 die Steiermark an zweiter Stelle mit ihren Feuerwehren in Österreich steht. Das heißt, in punkto Ausbildung, in punkto Bereitschaft, aber auch in punkto Geräten und Anlagen, die notwendig sind. Meine Damen und Herren, wenn ich vielleicht nur zwei Zahlen nennen und sie wiederholen darf: daß wir in der Steiermark 1345 Löscheinsatzfahrzeuge haben, daß wir in der Steiermark bei unseren Feuerwehren 638 Kilometer Schläuche besitzen, so kann man sich vorstellen und ausrechnen, wieviele Millionen von unseren Gemeinden und Gemeindebürgern für diese Geräte bereitgestellt werden müssen. Aber eine sehr interessante Zahl, meine Damen und Herren, und Gegenüberstellung ist es, wenn man die Einsätze unserer Wehren betrachtet. So waren im Jahre 1977, der Bericht für 1978 liegt noch nicht vor, 920 Feuer-einsätze in unserem Lande und diesen 920 Feuereinsätzen stehen 6125 technische Einsätze gegenüber. Es ist selbstverständlich und auch jedem klar, daß speziell für diese technischen Einsätze auch entsprechende technische Hilfsmittel zusätzlich angeschafft werden. Aber zur Anschaffung für diese Mittel, die, wie wir gehört haben, teilweise vom Land kommen, muß ich sagen, daß auch dafür vom Bund und von den Menschen, die in diesem Lande leben, Mittel bereitgestellt wurden. Wenn ich sage, von den Menschen, die in diesem Lande leben, so meine ich, die Steierinnen und Steirer bezahlen jährlich eine Steuer, die sogenannte Feuerschutzsteuer, und auch von seiten des Bundes wird jährlich eine namhafte Summe für Katastrophenfälle, für die Anschaffung von Geräten für Katastrophenfälle und so weiter gegeben. Wenn ich im Budget nachblättere, so komme ich zur Überzeugung, daß gegenüber dem

Aufwand in der Gruppe 1 doch Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer aus Mitteln des Bundes zu 90 Prozent vorhanden sind, so daß ungefähr 10 Prozent dieses Aufwandes vom Land oder von anderen Seiten gewährleistet werden.

Meine Damen und Herren, vielleicht wird sich auch das im kommenden Jahr sicherlich in der Steiermark auswirken, wenn es vielleicht auch noch nicht budgetiert ist: Im heurigen Herbst wurde über Antrag des steirischen Nationalratsabgeordneten Schlager im Bundesgebiet eine Aufstockung vorgenommen, und zwar für den Ankauf von Geräten, die für Katastrophenfälle für das gesamte Bundesgebiet eingesetzt werden, wurde der Betrag verdoppelt, das heißt, bis zum heurigen Jahr wurden für diese Zwecke vom Bund 32 Millionen Schilling gewährt. Ab 1979 sind es 64 Millionen Schilling. (Abg. Pranchh: „Wo nimmt der Bund das Geld her?“) Eine weitere Aufstockung hat es für die Beihilfe zur Behebung von Katastrophenfällen gegeben. Hier war bisher im Bundesbudget ein Betrag von 60 Millionen Schilling ausgewiesen und im Jahre 1979 werden es 110 Millionen Schilling sein.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch ein Wort zur Versicherung: Ganz so ist es ja nicht, wie hier festgestellt wurde, daß unsere Feuerwehrmänner ohne Versicherungsschutz sind oder daß es keine Möglichkeit gäbe, unsere Feuerwehrleute zu versichern. Seit Inkrafttreten der 30. Novelle zum ASVG besteht die Möglichkeit und wurde auch den Ländern und Gemeinden empfohlen, eine Höherversicherung für die Feuerwehrmänner durchzuführen. Das geht bereits zurück ins Jahr 1974, also vier Jahre sind vergangen. Ich muß auch von dieser Stelle aus heute feststellen, daß es sehr wohl Gemeinden in der Steiermark gibt, die diese Höherversicherung durchgeführt haben, wo doch ein erhöhter Schutz für die Feuerwehrmänner vorhanden ist, daß aber von seiten des Landes, obwohl die Möglichkeit bestanden hätte und auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestanden wären, eine solche Regelung bis heute nicht durchgeführt wurde. (Abg. Marczik: „Es müßte eine bundeseinheitliche Regelung erfolgen!“) Kollege Marczik, ich stimme mit Dir vollkommen überein, daß diese Art der Versicherung nicht das Ideale ist. Ich stimme mit Dir voll überein, daß es zu einer anderen Lösung wird kommen müssen. Aber trotzdem möchte ich sagen, (Landesrat Peltzmann: „Herr Kollege, Sie bringen die Dinge durcheinander!“) — daß eine Möglichkeit vorhanden war und von dieser Möglichkeit, wenn sie auch nicht das Ideale ist, bisher nicht Gebrauch gemacht wurde.

Meine Damen und Herren, was ich jetzt sage, gehört leider auch zur Feuerwehr. Im Herbst dieses Jahres vor der Budgetdebatte im Parlament ging es durch die steirische Presse, durch das Fernsehen, durch den Rundfunk, das Problem des Datenschutzes. Es wurde im Parlament heftig gefordert und es hat ausführliche Diskussionen von Abgeordneten der ÖVP gegeben, daß der Datenschutz in verstärktem Maße gefordert wurde oder gefordert wird. Wenn ich sage, auf Bundesebene, ist sich die Österreichische Volkspartei sehr wohl bewußt und sagt, ja, leider können wir in der Steiermark das nicht behaupten. Wenn ich sage, wir können das in der

Steiermark nicht behaupten, so deshalb, weil sich der Herr Landesrat Peltzmann um einen Datenschutz in der Steiermark, oder noch genauer gesagt, um einen Datenschutz in der Feuerwehr überhaupt nicht kümmert. (Landesrat Peltzmann: „Sie können über so etwas ja gar nicht reden!“) Und wenn ich sage, er kümmert sich nicht darum, dann meine ich folgendes, meine Damen und Herren: Anlässlich der bereits geschlagenen Landtagswahl hat der zuständige politische Referent, Landesrat Peltzmann, sehr wohl sich über den sogenannten Datenschutz hinweggesetzt. Der Herr Landesrat griff einfach in die Kartei des Landesfeuerwehrkommandos und schickte jedem steirischen Feuerwehrmann eine Wahlbroschüre, und es wurde sogar von vielen steirischen Feuerwehrkameraden auch als Belästigung gefunden. Und wenn ich sage als Belästigung, Herr Landesrat (Landesrat Peltzmann: „Sie bringen Kraut und Rüben durcheinander!“), so kann ich Ihnen das beweisen, auch wenn Sie wollen mit Namen und mit Adresse — ein Feuerwehrmann in Scheifling hat mich angesprochen und hat mir folgendes gesagt: Herr Abgeordneter, ich bin weder Mitglied bei der ÖVP noch bei der SPÖ noch bei der FPÖ. Ich gehöre keiner Partei an. Ich bin sehr wohl Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Scheifling. Als solches Mitglied ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, mich auch meinen Aufgaben und meinen Pflichten zu unterwerfen, und wenn ich freiwillig dort Mitglied bin, dann aus dem Grund, weil ich eben einen gewissen Idealismus habe und weil ich eben bereit bin, zu jeder Zeit, wie alle unsere steirischen Feuerwehrkameraden, wenn an sie der Ruf erschallt, helfen zu müssen, daß sie dann auch in den Einsatz gehen. Aber, hat er mir gesagt, ich empfinde es als unanständig, wenn man in dieser Richtung, wenn man Leute, die freiwilligen Dienst tun, wenn man Leuten, die sich freiwillig bereiterklären, anderen zu helfen, diese Menschen dann in die Parteipolitik hineinzieht. Ich habe das zur Kenntnis genommen, und weil ich mir den Namen und die Adresse nicht sofort aufgeschrieben habe, wurde ich sogar von dem Feuerwehrmann gebeten, das zu tun, und ich kann, das hat er mir zugesagt, auch jederzeit davon Gebrauch machen. Meine Damen und Herren (Abg. Gerhard Heidinger: „Hartberg!“), das wiederhole ich, es ist ja nicht das erste Mal, aber ich hoffe, es wird das letzte Mal sein, mit Bedauern, und das sage ich jetzt aus ehrlicher Überzeugung, wir müssen leider schon seit längerer Zeit feststellen, daß in unserem Lande versucht wird, die Feuerwehr zu einer Vorfeldorganisation der ÖVP zu degradieren. (Landesrat Peltzmann: „Wenn mir das gelungen ist, fein!“) Meine Damen und Herren, auch das sage ich ganz, ganz ernst: Wenn das so weitergeht, und Herr Landesrat Peltzmann, das ist jetzt ein Appell an Sie, dann müssen Sie auch bitte zur Kenntnis nehmen, daß auch andere politische Kräfte in diesem Lande wach werden und sich unter Umständen auch dieser Mittel bedienen, wie Sie das bereits seit Jahren tun. Eines kann ich hier sagen, ich glaube, vielleicht mit wenigen Ausnahmen würden fast alle eine solche Vorgangsweise oder einen solchen Schritt bedauern, denn wir würden nicht nur unseren Feuerwehrkameraden nichts Gutes tun, sondern darüber hinaus auch der ganzen steirischen Bevölkerung nichts

Gutes tun. (Wechsel im Vorsitz: ab 17.45 Uhr Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren.) Herr Landesrat, ich frage Sie heute und hier von dieser Stelle aus, wann wird es aufhören, daß Sie versuchen, die steirischen Feuerwehren zu verpolitisieren (Abg. Gerhard Heidinger: „Er hört ja gar nicht zu!“), die eine Frage, und die zweite Frage, die ich an Sie richte, wann gedenken Sie auch die Taten unserer steirischen Feuerwehrmänner zu schützen und zu respektieren? (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! (Abg. Brandl: „Er ist ein Regierungsmitglied und muß oben zuhören!“ — Landesrat Peltzmann: „Für eine Berichtigung müssen Sie sich zu Wort melden!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Die Präpotenz ist unmöglich!“ — Abg. Hammerl: „Die Arroganz der Macht ist das!“ — Abg. Zinkanell: „Das ist unerhört!“)

Hohes Haus, meine Damen und Herren, ich möchte von dieser Stelle aus im Namen der Fraktion der sozialistischen Landtagsabgeordneten auch meinen Dank an die Frauen und Männer aussprechen, die im vergangenen Jahr bis heute Dienst geleistet haben, Dienst am anderen und Hilfe am anderen. Es sind das in erster Linie unsere steirischen Feuerwehrmänner. Ich darf darüber hinaus auch den Frauen und den Kindern unserer steirischen Feuerwehrmänner danken, es wurde in der Vergangenheit hier immer wieder gesagt, und ich bin überzeugt und ich hoffe es und ich tue es mit Stolz und Freude, daß es auch in Zukunft gesagt wird, denn sie sind diejenigen, die nicht wissen, wie und wann ihr Familienvater unter Umständen von einem Einsatz wieder zurückkommt. Ich darf ebenfalls den Frauen und Männern des Österreichischen Roten Kreuzes dafür danken, daß sie jederzeit, rund um die Uhr, für die Menschen dieses Landes bereit sind und dort helfen, wo Hilfe notwendig ist. Ich darf weiters den Männern und Frauen der Berg- und Wasserrettung für ihre Bereitschaft und für ihre Einsätze danken und darf darüber hinaus allen steirischen Landsleuten, die für den Nächsten da sind, wenn er Hilfe bedarf, danken für ihre Einstellung, für ihre Bereitschaft und für ihren Einsatz. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kanduth. Ich erteile es ihm.

Abg. Kanduth: Herr Präsident, Hohes Haus!

Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, daß es mir gegönnt ist, heute das erste Mal in diesem Hohen Hause als neugewählter Abgeordneter reden zu dürfen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Es darf ein jeder reden!“) Besonders erfreulich dabei ist, daß ich über die Leistungen der steirischen Bergrettungsmänner berichten darf. Der steirische Bergrettungsdienst wurde 1946 gegründet. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die damalige Bergwacht, dem Alpenverein angehörend, diese Aufgaben erfüllt. In der Steiermark gibt es seitdem 50 Ortsstellen und 14 eingeteilte Gebiete. In diesen 50 Ortsstellen sind 1100 Bergrettungsmänner aktiv tätig. Von 1946 bis 1977 wurden 19.940 Bergungen oder Hilfeleistungen erbracht. 19.940! Das heißt, daß mehr als eine Million Stunden geleistet wurden, und dazu kämen noch die Bereitschaftsstunden und die ungezählte Zeit für die

Ausbildung, die für diese harte Arbeit notwendig ist. Diese Leistungen wurden und werden ohne jede Kostenrechnung erbracht. Ich sage dies ganz bewußt, weil ich weiß, daß solche Einsätze in der Schweiz oder in Italien ein irrsinniges Geld kosten. Ich glaube, daß wir vom Bergrettungsdienst damit auch dem Fremdenverkehr einen großen Dienst erweisen. Bis vor zwei Jahren hat dieser steirische Bergrettungsdienst keine leichten Zeiten gehabt. Das muß man hier auch einmal sagen. Die Finanzierung, die Ausbildung, die Nachschaffung der Geräte, hat diesen Verein jedes Jahr vor große, fast unlösbare Aufgaben gestellt. Seit 1976 ist der steirische Bergrettungsdienst dem Katastrophendienst angegliedert, und seit dieser Zeit ist es etwas leichter geworden, weil der zuständige Referent, Landesrat Peltzmann, viel Verständnis für die Sorgen des steirischen Bergrettungsdienstes gehabt hat, und dafür darf ich ihm heute aufrichtig von dieser Stelle aus danken.

Die Kürzung im Budget 1979 von 250.000,— Schilling auf 190.000,— Schilling tut uns natürlich weh, weil doch gerade in der Ausbildung und in der Anschaffung von Geräten noch viele Wünsche offen sind. Wir hoffen aber, daß uns das Budget 1980 wieder diese Mittel bringt, die wir brauchen. Was ein Bergrettungsmann bei seinem Einsatz leistet und leisten muß, kann in keiner Zeitung stehen und kann auch nicht gezeigt werden.

Jeder Einsatz im Fels ist ein Einsatz des Lebens, aber ohne Aufsehen erfüllt der steirische Bergrettungsmann sein Gelöbnis, immer zu helfen, ohne zu fragen, wer der Hilfesuchende ist. Seit 20 Jahren arbeitet der steirische Bergrettungsdienst intensiv mit der Hubschrauberstaffel des Bundesheeres in Aigen zusammen. Das Können dieser Piloten und ihrer Helfer, hiezu gehören die Windenführer, die Flugretter, ist mehr als lobenswert. Die exakte Zusammenarbeit hat viel Einsätze zeitlich verkürzt und, was noch viel wesentlicher ist, vielen Menschen das Leben gerettet. Auf diese Männer können wir wirklich stolz sein. Fliegerisches Können und fliegerischer Mut und das Wollen zum Helfen bestimmen das Leben dieser Männer der Hubschrauberstaffel in Aigen.

Um das Bild des Helfers abzurunden, muß auch gesagt werden, daß seit 1975 ein Lawinenwarndienst besteht und bestens funktioniert. In acht steirischen Bezirken sind 20 Lawinenwarndienstkommissionen mit 205 Mitgliedern tätig. Sie erfüllen ihre schwere Aufgabe mit viel Pflichtbewußtsein und allem sittlichen Ernst. Ich bin davon überzeugt, daß auch durch diesen Warndienst Lawinenkatastrophen größeren Ausmaßes verhindert werden können. Ein gänzlich Verhindern von Unfällen wird es nie geben, weil es immer Unbéléhrbare gibt. Daß es in der kurzen Zeit möglich war, innerhalb von drei Jahren, einen gutfunktionierenden Lawinenwarndienst zu installieren, ist sicherlich ein Verdienst des zuständigen Referatsleiters, Hofrat Dr. Kreuzwirth.

Hohes Haus, ich habe versucht, in möglichst kurzer Zeit die Leistungen unserer freiwilligen Helfer der Steiermark aufzuzeigen, und ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ. Prof. Dr. Koren: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Harmtodt. Ich erteile es ihm.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit wenigen Worten möchte ich heute Teilaspekte aus dem Bereich des Katastrophenschutzes, die uns alle sehr am Herzen liegen, aufzeigen. Mein Kollege Marczik hat schon sehr viel gesagt, ich möchte mich daher heute sehr kurz halten und ein paar Gedanken zur wirtschaftlichen Landesverteidigung, zum Warn- und Alarmsystem und zum Oldienst sagen.

Die Aktion „Der Kluge hat Notvorrat“ wurde in diesem Jahr abgeschlossen. Somit wurden alle steirischen Haushalte mit Informationsmaterial über die Anlegung eines Notvorrates in Krisenzeiten versorgt. Das Informationsmaterial sollte unseren Mitbürgern vor Augen führen, warum eine Haushaltsbevorratung notwendig ist, was bevorratet werden soll und vor allem, wie die Bevorratung durchgeführt werden kann. Die Resonanz der Steirer und Steirerinnen auf diese Aktion war nicht sehr groß, weil Krisenfälle nicht in den Bereich des Vorstellungsvermögens gehören.

Über Antrag des zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Peltzmann, wurden bei insgesamt 52 Landwirten Krisentreibstofflager gefördert, damit die Landwirte in Krisenzeiten über einen entsprechenden Vorrat an Treibstoffen verfügen und es nicht, wie es in der Krise 1973 war, zu Engpässen in diesem so wichtigen Versorgungsbereich kommen kann. Im Maßnahmenkatalog der zivilen Landesverteidigung hat die Warnung der Bevölkerung und die Alarmierung der Einsatzorganisationen Vorrang vor allen anderen Aufgabenbereichen. In der Steiermark sind derzeit 77 Sirenen in sieben Bezirken an das Funksirenenystem angeschlossen, wobei derzeit eine Gesamtauslösung nur von den Bezirksfeuerwehrstationen, den sogenannten Florianistationen, möglich ist. Zu einem späteren Zeitpunkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollen auch alle Bezirkshauptmannschaften mit einer Auslösestation ausgestattet werden. Das Endziel ist der Anschluß aller derzeit etwa 700 Sirenen an eine zentrale Funksirenensteuerung. In der ersten Ausbaustufe der Funksirenensteuerung konnten von Bund und Land, den Gemeinden und dem Landesfeuerwehrverband 3,3 Millionen Schilling aufgebracht werden. Ein Zwischenprogramm mit 1,9 Millionen Schilling wurde bereits beschlossen. Die weiteren Ausbaustufen werden allerdings noch einen Gesamtbetrag von 35,4 Millionen Schilling erfordern, was in der gegenwärtigen Budgetsituation fast undenkbar ist.

Zum Olalarmdienst, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist im Voranschlag 1979 ein Betrag von 10.010.000,— Schilling angeführt. Es ist auch zu hoffen, daß dieser Betrag nicht zur Gänze in Anspruch genommen werden muß. Allerdings kann das Unfallschicksal nicht vorhergesehen werden. Im vergangenen Jahr hat der Olalarmdienst bei nicht weniger als 225 Unfällen aktive Umweltschutzmaßnahmen gesetzt. Das ist eine Zunahme von 13 Prozent gegenüber dem vergangenen Jahr. Insgesamt sind dabei

270.000 Liter wassergefährdende Stoffe ausgetreten. Durch das rasche Eingreifen der damit befaßten Organe und Hilfsmannschaften konnten glücklicherweise größere Schäden an Grundwasservorkommen und Wasserversorgungsanlagen verhindert werden. Der Einsatz der Mittel des Landes Steiermark auf diesem Sektor des Umweltschutzes ist, wie diese Zahlen erkennen lassen, unbedingt erforderlich und von sehr großer volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Ich möchte für diese Initiativen in diesem Bereich dem zuständigen Referenten der Landesregierung, Herrn Landesrat Peltzmann, meinen herzlichen Dank aussprechen.

Wenn Abgeordneter Sponer gesagt hat, daß sich unser Landesrat Peltzmann mit der Feuerwehr schmückt, so möchte ich nur eines sagen: Unser Landesrat Anton Peltzmann ist mit Leib und Seele bei dieser wichtigen Aufgabe, und auf Grund seiner gigantischen Leistungen ist er bei der Feuerwehr sehr, sehr beliebt.

Ich möchte abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, allen Feuerwehrkameraden und allen, die sich in irgendeiner Form eingesetzt haben, meinen herzlichen Dank aussprechen und Dank sagen für ihre ständige Bereitschaft. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist, glaube ich, erstmalig, daß sich zu dieser Gruppe und speziell zum Feuerwehrwesen mehrere Redner gemeldet haben, um über die Leistungen der Feuerwehren, der Schutzeinrichtungen in unserem Lande zu sprechen. Ich habe den Rednern mit Andacht zugehört und mußte leider feststellen, daß wohl so wie im Bericht der Feuerwehren allgemein über die Leistungen, über die Tätigkeit der Feuerwehren gesprochen wird, so daß auch einiges über die Betriebsfeuerwehren zu sagen ist. Ich habe mir die Mühe genommen, die Zeitungsberichte nur aus einem Zeitraum von 1 ½ Monaten zusammenzuführen, von den drei steirischen Zeitungen, und das ist das Ergebnis. Es wäre ja schon allein wert, darauf einzugehen, welche Ursachen die Menschen bewegen, daß sie die Feuerwehr in Anspruch nehmen, bei Dachstuhlbränden, bei technischem Versagen. Kurz und gut, es ist mir unmöglich in der Zeit, daher würde ich sagen, es wäre vielleicht doch zu überlegen, ob man nicht im Verlaufe eines Jahres doch einmal zu dieser wichtigen Sparte und der Bedeutung der Feuerwehren, nicht nur zu Budgetzeiten, sondern auch außerhalb einmal, die Gelegenheit wahrnehmen kann, dazu zu sprechen.

Ich sagte, die Freiwilligen Betriebsfeuerwehren. Wir haben in der Steiermark 55 an der Zahl und einen Mannschaftsstand von 2258. Daß natürlich die Ausrüstung bei den Betriebsfeuerwehren eine komplette, eine gigantische ist, zeigt die Zahl dieser 55 Feuerwehren, sie haben 146 Fahrzeuge mit 73 Anhängern, die einfach dazugehören, um all das mitzubringen, was für die Brandbekämpfung oder bei Hilfeleistungen notwendig ist. An den Geräten ist

in den letzten Jahren auf Grund der Situation der Feuerwehren der schwere Atemschutz im Ausbau gewesen und heute kann man sagen, daß der technische Bestand auf diesem Sektor natürlich in Verbindung mit den Freiwilligen Feuerwehren so gigantisch ist, daß jede Einsatzmöglichkeit auch Hilfe bringen kann.

So darf ich sagen, daß an Brandeinsätzen 1977 die Freiwilligen Betriebsfeuerwehren 320mal eingesetzt werden mußten oder zu Hilfe gerufen wurden, daß 103mal von diesen Nachbarschaftshilfe erbracht wurde. Daß gesamt gesehen zu diesen 423 Einsätzen, meine Damen und Herren, über 4000 Stunden notwendig waren; daß natürlich die größte Zahl an Einsätzen auf technischer Basis beruht, ist, glaube ich, jedem bekannt, der sich einigermaßen mit diesem Problem in unserem Lande befaßt. So kann ich sagen, daß die Betriebsfeuerwehren schon allein auf Grund ihrer Struktur, auf Grund ihrer Möglichkeiten im Betrieb ja doch etwas spezialisiert sind auf dem technischen Sektor, wenn sich auch bei den übrigen Feuerwehren hier der Ausbildungsstand so gehoben hat, daß fast kein Unterschied zu verzeichnen ist. Zugegeben, das bringt die Organisation, das bringt der Wille, das bringt der Fleiß, das bringt der Idealismus der Feuerwehren mit sich, daß gegenseitig so eine Aneiferung besteht, daß auf dem Leistungssektor, der alle Jahre abgehalten wird, fast kein Unterschied besteht. Natürlich haben auch die Angehörigen der Betriebsfeuerwehren von der Möglichkeit der Feuerweherschule Gebrauch gemacht, und hier hat sich eine beachtliche Zahl von 179 einer Schulung unterzogen, um das Wissen um die Vervollkommnung ihrer Einsatzmöglichkeit zu gewährleisten. Bei Brandeinsätzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Feuerwehren, die im Vordergrund stehen, da leider Gottes in den Betrieben da und dort Einsätze notwendig sind, hat es sich gezeigt, daß gerade in Betrieben, wo keine Betriebsfeuerwehren installiert sind, doch beträchtliche Brandschäden auch im Jahre 1977 zu verzeichnen waren. Ich könnte hier einige Firmen aufzählen. Ich will es nicht, denn wenn man nachliest, dann sieht man ja, daß es da und dort notwendig ist, der Brandvorsorge mehr Beachtung zu schenken. Sehen Sie, gerade hier sind die Betriebsfeuerwehren stolz darauf, daß sie ihr Hauptaugenmerk in den Betrieben dahingehend lenken, daß sie auch arbeitsplatzsichernd und -erhaltend wirken und das in einem Umfang, meine sehr verehrten Damen und Herren, der alljährlich über 100 Millionen Schilling ausmacht.

Ich darf schon zum Schluß kommen, denn ich weiß, daß der Herr Referent ja noch sein Schlußwort halten wird. Ich darf vielleicht noch sagen, daß die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehren eine sehr stolze Bilanz ist auf dem Verhütungssektor, für die Industrie und auch für die Erhaltung der Arbeitsplätze, wie schon gesagt. Wenn heute meine Vordredner namentlich schon gedankt haben für die Zusammenarbeit, sei es mit dem Roten Kreuz, der Bergwacht und allen hier in diesem Lande, dann, meine Damen und Herren, in einer sehr kameradschaftlichen Art und Weise. So darf auch ich sagen, daß von meiner Warte aus im Namen der Betriebs-

feuerwehren, ich bin ja selbst ein Angehöriger der Betriebsfeuerwehr Kindberg, daß es uns immer wieder freut, mit unseren Freunden, den Nachbarwehren, zusammenzuarbeiten und ihnen bei gegebenem Anlaß Dank zu sagen. So auch den Feuerwehren in der Steiermark. Sie sollen so bleiben, wie sie sind und was sie sind, eine freiwillige Hilfseinrichtung für die Menschen und eine Hilfe aller Einrichtungen in unserem Lande zur Erhaltung der Kultur und anderer Werte. Wenn hier schon mein Kollege Sponer gesagt hat, daß der Ausritt des Referenten bei politischen Wahlen immer wieder zu verzeichnen ist, meine Damen und Herren, die Männer der Feuerwehr fragen nicht nach der politischen Meinung, wenn sie im Einsatz stehen, sie fragen auch nicht nach einer Empfehlung, wenn politische Wahlen vor der Tür stehen. Sie wissen in jeder Lebenslage, in der Feuerwehr und auch privat, was sie zu tun haben, und so glaube ich, sagen zu können, lassen wir unsere Feuerwehren aus dem politischen Geschehen. Wenn diese Empfehlungen vom politischen Referenten so gemeint sind, daß er glaubt, Wahlergebnisse beeinflussen zu können: Die Feuerwehren sollen eine ideelle Schutztruppe für ihre Mitmenschen sein, und das habe ich mir erlaubt, hier zu sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gerhard Heidinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Gerhard Heidinger: Meine Damen und Herren!

Ich will nichts dramatisieren, aber wenn es zu viel wird, dann ist es eben zu viel. Der Herr Abgeordnete Sponer hat den Herrn Landesrat Peltzmann gebeten und gemeint, er möge die freiwilligen Feuerwehren nicht zu Vorfeldorganisationen der ÖVP degradieren. In einer Zwischenmeldung oder in einem Zwischenwort meinte dann der Herr Landesrat in etwas schnoddriger Art, „na, wenn mir das gelungen ist, dann ist es gut“. Herr Landesrat, ich protestiere gegen diese Ihre Absicht. (Abg. Doktor Eichtinger: „Das ist eine Zumutung, was Sie gesagt haben! Das stimmt nicht!“) Die freiwilligen Feuerwehrmänner, die ihren Dienst in diesem Lande tun, auf die wir stolz sind, wir Steirer, die die Einsatztruppe der Bürgermeister sind, die sind an einem Hinkommen zu einer Vorfeldorganisation der ÖVP nicht interessiert. Herr Landesrat, ich protestiere hier im Namen tausender Feuerwehrmänner, die der Sozialistischen Partei angehören, und ich protestiere hier im Namen von 144 sozialistischen Bürgermeistern (Beifall bei der SPÖ.), die ein Interesse haben, daß die freiwilligen Feuerwehren das bleiben, was sie sind, nämlich eine Organisation, die dem Nächsten dienen soll und nicht der ÖVP. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Heidinger, Ihr Protest war wunderbar gespielt, ich muß wirklich sagen, er hat

mich tief beeindruckt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie sollten einmal davon beeindruckt sein, daß die Feuerwehrmänner keine ÖVP-Brigade sein wollen!“) Bin ich auch. (Abg. Prensberger: „Das ist unerhört!“ — Abg. Marczik: „Das ist ja unerhört!“ — Abg. Zinkanell: „Hören Sie zu, wogegen er protestiert!“ — Glockenzeichen — Präsident: „Jetzt spricht der Herr Landesrat Peltzmann!“) Herr Präsident, ich kann wirklich nichts dafür! Ich dürfte dem Referat die letzten 16 Jahre nicht so schlecht vorgestanden haben, weil meine politischen Gegner so sehr in Nervosität kommen, anders kann ich es mir nicht erklären. (Abg. Gerhard Heidinger: „Die Sauberkeit fehlt! Jawohl, das ist unsauber! Wenn die Feuerwehrmänner wie in Hartberg in Uniform kommandiert werden zu ÖVP-Versammlungen, wird das Konsequenzen haben, wenn das so weitergeht! Die besten Bürgermeister schauen nicht mehr zu!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Präsident hat zwar mir das Wort erteilt, aber ich will die Gespräche bei Gott nicht stören. Mir wurde schon der Vorwurf des Nichtzuhörens gemacht, aber ich habe im Raum einen Kollegen gefragt, ob er nicht zufällig die stenographischen Berichte in Händen hat, das hat der Nervosität schon genügt, einen kleinen Aufruhr zu inszenieren. Ich weiß nur nicht warum! Ich darf sagen, daß ich nun im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung das sechzehnte Jahr den steirischen Feuerwehren vorstehe; wir machen keinen Unterschied zwischen den freiwilligen Betriebsfeuerwehren und den freiwilligen Ortsfeuerwehren, das war vor 16 Jahren noch der Fall, aber mit dem haben wir inzwischen total aufgeräumt. Ich stelle mich gerne einer Beurteilung durch diese rund 36.000 Feuerwehrmänner, die in der Steiermark in der braunen Uniform freiwillig für uns, für das Land, für die Menschen in diesem Lande Dienst tun. Wir werden in nächster Zeit reichlich Gelegenheit haben, uns mit dieser Materie zu befassen. Wie Sie ja wissen, haben wir ja bereits das neue Feuerwehrgesetz in den Steirischen Landtag eingebracht. Auch hier hat es immer wieder bei Diskussionen draußen den Anschein erweckt, als sei das ein Versehen des Referenten, daß das Feuerwehrgesetz noch immer nicht dem Steirischen Landtag zugemittelt wurde. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein Feuerwehrgesetz. Die Feuerwehren haben nie gesetzlos gehandelt, sondern die Entwicklung hat es mit sich gebracht, Überlegungen anzustellen, das alte Gesetz zu novellieren oder der gesetzgebenden Körperschaft, Ihnen meine sehr geehrten Damen und Herren, einen neuen Gesetzesvorschlag vorzulegen. Nun, er liegt vor, und wir haben schon bei den Vorarbeiten den freiwillig gewählten Funktionären im Landesfeuerwehrverband die Möglichkeit der Mitarbeit gegeben. Ich würde Sie auch bitten, daß wir während der Beratungen bei größeren Änderungen der Vorlage auch diesen Herren Gelegenheit geben, mitzubeurteilen, welche Änderung sie für sinnvoll halten.

Warum brauchen wir ein neues Gesetz? Hier komme ich auf die Gemeinden zurück, meine Herren Vorredner, und ich bin gar nicht so glücklich, daß fünf Vorredner diesmal zur Gruppe 1 gesprochen

haben, Herr Kollege Heidinger. Mir ist die Zeit auch bei Gott nicht zu lange geworden bei diesem Punkt. Vielleicht war es doch einmal gut, diesen Punkt, die Gruppe 1, etwas länger zu beleuchten, als das bei den letzten Budgetverhandlungen der Fall war. Aber die Bundesverfassungsgesetznovelle 1962 hat uns ja gezwungen, hier ein neues Gesetz in Angriff zu nehmen. Es ging darum, daß mit der Bundesverfassungsgesetznovelle 1962 der eigene Wirkungsbereich der Gemeinden ausgeweitet wurde und bei strenger Auslegung dieser Passagen ein überörtlicher Einsatz der Feuerwehren nicht mehr gewährleistet gewesen wäre. Und, Herr Kollege Sponer, ich habe immer gewußt, daß der oberste Chef der Feuerwehr der Bürgermeister ist. Ich war selbst 15 Jahre Gemeinderat und bin zur Zeit über 40 Jahre Feuerwehrmann. Ich brauche bitte keinen Nachhilfeunterricht. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe auch mit den Gemeinden auf diesem Gebiet in diesen 16 Jahren eine gute Zusammenarbeit gehabt, weil sonst wäre es nicht möglich gewesen, das zu erreichen, was wir in der Steiermark erreicht haben. Und, Herr Kollege Sponer, ich bin dem Bund ausgesprochen dankbar für jeden Schilling, es könnte mehr sein, wie immer im Leben, aber Sie haben ein paar Dinge total durcheinandergebracht. Die Zuschüsse nach dem Katastrophenschutzgesetz haben mit der Feuerwehr nichts zu tun, mit dem Referenten nichts zu tun, die hat mein Kollege Krainer, er verwaltet sie, und diese haben in der Gruppe 1 auch nichts verloren. Das möchte ich Ihnen doch bitte sagen dürfen, damit nicht falsche Dinge in den Raum gestellt werden. Die Einnahmen, lieber Herr Sponer, aus der Feuerschutzsteuer (Abg. Sponer: „Mit dem Katastrophenschutz haben sie sehr wohl etwas zu tun!“) — das ist ganz etwas anderes, ich habe genau aufgeschrieben, was Sie gesagt haben, Sie werden es im stenographischen Protokoll nachlesen können — haben mit dem Katastrophenschutz wieder gar nichts zu tun, weil sie durch einen Landtagsbeschluß, Gott sei Dank, kann ich immer wieder sagen, zweckgebunden sind. Das heißt, der Beschluß sagt aus, daß die Mittel der Feuerschutzsteuer nur für die steirischen Feuerwehren verwendet werden dürfen. (Abg. Sponer: „Das war nur eine Feststellung!“)

Das gleiche ist die 30. ASVG-Novelle. Wir wissen ganz genau, daß Land und Gemeinden zahlen dürfen, nur die Forderung des Bundesfeuerwehrverbandes um Bundesbeteiligung, die wurde bis heute nicht erfüllt, Herr Kollege Sponer, und um die geht es letztendlich. (Abg. Sponer: „In der Zwischenzeit habt ihr auch nichts gemacht!“) Darum, daß der Feuerwehrmann seinen normalen ASVG-Schutz hat, gibt es keine Diskussion, das ist uralt. Um was geht es uns? Uns geht es nur darum, daß, wenn Feuerwehrmänner tödlich verunglücken oder durch eine Verletzung arbeitsunfähig werden, nach einer Bemessungsgrundlage ihre Ruhebezüge oder die der Hinterbliebenen bemessen werden, die auf Vorschlag des Landesfeuerwehrverbandes eine gewisse Höhe der Lebenserwartung erreichen müßte, und daß alle Versicherten gleichgezogen werden. Heute gibt es Benachteiligte, das sind die Landwirte, die Selbständigen und die jungen Feuerwehrmänner. Sehen Sie, um das geht es.

Wir spielen das nicht auf, wir haben das nicht notwendig. Wir haben praktisch eine Zusage des steirischen Landtages, wenn das über das ASVG, über die Bundesregierung nicht zu regeln sei, ein eigenes Gesetz zu beschließen. Was brauchen wir uns da vorwerfen? Ich müßte Ihnen eigentlich allen Dank sagen, daß Sie diese Dinge so erkannt und uns das Mandat gegeben haben, diese Dinge zu regeln. Aber, Herr Sponer, das sollte man wissen. Schauen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist uns immerhin gelungen, die Feuerwehren der Jetztzeit anzupassen, und es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, den Männern beizustehen, die das Höchste, was heute einer hergeben kann — das ist einmal die Zeit, jede Sekunde, die sie gelebt haben, können sie mit keiner Milliarde mehr zurückerkaufen —, die uns diese Zeit geben, die Zeit dafür, daß sie üben, um die Fähigkeiten zu erlangen, um Ihnen zu helfen, jedem einzelnen Steirer, wenn Mensch, Sache oder Gut in Gefahr gerät. Hier wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß rund ein Drittel dieser Beträge von den Feuerwehren, sehr geehrte Damen und Herren, selbst aufgebracht wurde.

Rund ein Drittel dieser Beträge! Und wenn Sie sehen, daß heute Feste gefeiert werden in der Steiermark, Herr Bürgermeister, haben wir eine sehr genaue Statistik, ist das fast rund ein Drittel der Beträge. Und was machen sie bei den Festen? Sie versuchen, die Mittel hereinzubekommen, um neue Geräte, Uniformen und all das Material sich anzuschaffen.

Daß das Land Steiermark darüber hinaus die Feuerschutzsteuer wirklich zur Gänze geschont hat, indem zum Beispiel die Landesfeuerwehrschule zu 90 Prozent aus Budgetmitteln errichtet wurde, für das habe ich schon vor Jahren dem Hohen Haus herzlichen Dank gesagt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben auch rund zehn Sonderprogramme in diesen 16 Jahren bei den Feuerwehren installiert, und ich bilde mir ein, daß das eine oder andere, aus meiner Erfahrung, aus meinem Wissen um die Dinge, mir selbst eingefallen ist. Wir haben Bereitschaften, das war eine Sache der Steiermark, des Landesfeuerwehrverbandes, der uns heute mit 17 Sondereinheiten den überörtlichen Einsatz garantiert. Wir haben die Olalarmstützpunkte installiert, 18 Stützpunkte in der Steiermark, und wir haben als erstes Bundesland die Feuerwehrjugend ins Leben gerufen. Wir haben heute ein gut funktionierendes Feuerwehrrücknetz, und zur Zeit sind wir dabei, unser Programm fortzusetzen. Wir haben als Sonderprogramm mit zusätzlichen Landesmitteln, mit Normalbudgetmitteln, das Atemschutzstützpunktprogramm mit dem Atemschutz und dem Körperschutz durchgezogen. Wir haben bereits die medizinische Leistungsüberprüfung der 4440 AKL-Teste, die einen Kostenaufwand von 1 Million Schilling erfordern, bei den Feuerwehren durchgeführt. Bei der Sirenensteuerung, da gibt es ein bißchen Schwierigkeiten. Hier sage ich das sehr oft. Hier haben Bund und Gemeinden ihre Auflagen erfüllt, das Land ist hier ein bißchen im Hintertreffen. Aber wie Sie aus der Post sehen, nur 1000,— Schilling. Hier wurde immer wieder die Zusage gemacht, daß, sollten Bund und

Gemeinden ihre Verpflichtungen einhalten, selbstverständlich das Land auch durch Nachbedeckung diese Beträge aufbringen wird.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Gruppe haben wir auch Zivilschutz. Hier wurde schon die Anregung gegeben und gemacht, doch die Frauen mehr in den Zivilschutz einzubinden. Wir haben auch bereits etliche Spezialseminare, an denen sich rund 4000 Steirerinnen beteiligt haben, in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule veranstaltet. Nur können wir leider Gottes, weil die Unterbringungsmöglichkeiten in erster Linie nur für Männer mehr nach einem Kasernentyp gestaltet wurden, nur Tageskurse abhalten. Ich habe den Auftrag gegeben, die Planung hier für einen zusätzlichen Internatstrakt für Damen in Angriff zu nehmen. Ob es uns im nächsten Jahr gelingt, die Finanzierung sicherzustellen, werden ja Sie letztendlich entscheiden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erlaube mir auch, obwohl das in der Abteilung 5 ist, das Rote Kreuz kurz einzubeziehen. Hier muß ich sagen, vielleicht ist es mein Fehler, ich habe die Dinge nicht gesehen, es war vielleicht etwas zu hastig, die Budgetgestaltung, es bedrückt mich wohl, daß zum Beispiel für die Bergrettung, für das Rote Kreuz, für die Wasserrettung, für die Rettungsflugschwadron ein Betrag von nur 1,380.000,— Schilling, aber für die Beseitigung von Autowracks ein Betrag von 1,500.000,— Schilling im Budget drinnensteht. Ich glaube, ich muß Ihnen das sagen, weil ich beim nächsten Budget wahrscheinlich etwas mehr aufpassen muß, daß das Rote Kreuz und Bergrettung einen besseren Niederschlag finden. Das Rote Kreuz plant zur Zeit, es wurde heute bereits angezogen, einen Stützpunkt in Graz zu errichten. Es sind heuer 2 Millionen Schilling für diesen Zweck im ao. veranschlagt. Ich glaube, daß beim vorgesehenen Baugeschehen mit den zur Zeit zur Verfügung gestellten Mitteln für das Jahr 1979 das Auslangen gefunden werden kann; daß das 1980 nicht der Fall ist, dürfte jedem klar sein, der dieses Baugeschehen etwas kennt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke jedem der Vorredner für seine Dankesbezeugungen, und wenn Sie mich kritisiert haben (Abg. Hammerl: „Nicht ohne Absicht!“), ich halte das bei Gott aus, ich bin nicht so angerührt Herr Sponer, nur habe ich eines in meinem Leben zur Regel gemacht, wenn einer hertritt, dann trete ich zweimal zurück. Das ist eine Regel, die bekommen Sie von mir nicht heraus, da bin ich schon zu alt. (Abg. Hammerl: „Sehr demokratisch!“) Das kommt von den Kriegsgeschehen, um eine Sekunde schneller sein als der andere, dann kannst du vielleicht überleben. (Unverständlicher Zwischenruf.) Das ist hineingewachsen. Nun Herr Sponer, Verpolitisierung der Feuerwehren. Ich weiß nicht, wie Sie das aufgefaßt haben. Wenn ich das gesagt habe —, na, wenn das so wäre, könnte ja ein Politiker stolz sein, es ist aber nicht so. Das muß ich dazusagen. Ich glaube, und das Urteil überlasse ich jedem einzelnen Feuerwehrmann, daß es mir gelungen ist in den 16 Jahren, die Feuerwehr von der Politik herauszuhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Feuerwehrmann ist nicht nur Helfer, er ist voller Bürger dieses Staates, und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist noch jedem Politiker in der Demokratie erlaubt gewesen, für sich und seine Gesinnungsgemeinschaft zu werben. Wenn Sie es nicht können, kann ich nichts dafür. (Beifall bei der OVP.) Sie bringen hier Töne ins Gespräch, die wirklich nie angeschlagen wurden. Lieber Herr Sponer, für den Datenschutz weil Sie mir vorgeworfen haben, ich hätte ein Datenschutzgesetz einbringen müssen, ist die LAD zuständig und nicht ich. Ich habe zuerst gar nicht kapiert, was Sie wollen. (Abg. Sponer: „Sie haben auf alle Fälle einen Mißbrauch als Referent gemacht!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist Amtsmißbrauch!“) Wenn Sie 16 Jahre einer Organisation vorstehen und in Ihrer Kartei haben Sie die Adresse noch nicht drinnen, dann geben Sie es auf, das sage ich Ihnen auch! Ich habe sie. Daß sie teilweise nicht mehr stimmen, ist mein Pech. Es tut mir leid, daß ich rund 10 Prozent zurückbekomme, weil halt die Adresse nicht mehr richtig ist. Aber das müssen Sie mir wohl zugestehen (Abg. Sponer: „Nein, das gestehe ich nicht zu!“), daß ich nach 16 Jahren so viele Unterlagen gesammelt habe. Das hat aber mit Verpolitisierung einer Organisation überhaupt nichts zu tun, aber schon gar nichts zu tun! Das lehne ich ab. Ich darf nochmals sagen, ich habe seitdem ich die Ehre habe, diesen Organisationen vorzustehen, nie Tagespolitik und ich habe auch nie eine Unterscheidung zwischen groß und klein gemacht (Abg. Gerhard Heidinger: „Das war rein vorausschauend, das war nicht tagespolitisch!“) — ich habe nie einen Unterschied gemacht zwischen Freiwilligen Betriebsfeuerwehren und unseren Freiwilligen Ortsfeuerwehren. Wir brauchen beide. Wir brauchen in Graz die Berufsfeuerwehr. Ich habe auch, als die Berufsfeuerwehr ihre Bauvorhaben hier in Graz realisierte, bereits vor zehn Jahren dieser Grazer Berufsfeuerwehr außerordentliche Mittel aus dem Budget zugeschossen, um diese Bauvorhaben realisieren zu können. So werde ich auch, — soferne meine Partei mich weiterhin mit dieser Aufgabe beauftragt, und sie hat mich für die nächste beauftragt, — versuchen, in kameradschaftlicher Weise, in echter Freundschaft (Heiterkeit bei der SPO.) mit all den 45.000, die hier Dienst tun, ob das im Roten Kreuz ist, ob das in der Bergrettung ist, ob das in der Wasserrettung oder Flugrettung ist, und ob das in der Feuerwehr ist, zusammenzuarbeiten. Ich bin sehr, sehr stolz, daß der Dienst dieser Einheiten auch in den Dankesadressen von meinen Vorrednern seine echte Würdigung gefunden hat. So darf ich meinen Kollegen im Katastrophenschutzreferat — (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber die politischen Finger lassen Sie weg von der Feuerwehr, Herr Landesrat!“) Ich kann Ihnen sagen Herr Bürgermeister, da Sie so unpolitisch geboren worden sind, daß Sie das nicht kapieren wollen, werde ich das in Ihrem Sinne bestimmt nicht machen; das können Sie mir glauben.

Um was es uns geht: Es gibt keine OVP-Feuerwehr, es gibt keine SPO-Feuerwehr, es gibt nur steirische Feuerwehren, Herr Bürgermeister (Beifall bei der OVP.) Sie sind an und für sich ein sehr

rasch denkender Mensch, ich weiß nicht, von wo die heutige Schwerfälligkeit her stammt.

Meine Damen und Herren, ich will schon Schluß machen. Danke sagen will ich den Mitarbeitern im Katastrophenreferat und Sie wissen, daß bei leisen Anzeichen das Katastrophenreferat rund um die Uhr besetzt ist und jeder von Ihnen hat die Möglichkeit, sich über den Stand der Dinge jederzeit bei Katastrophen zu erkundigen. Ich möchte Dank sagen all jenen, die in der Landesfeuerwehrschule in Lebring Dienst tun, ich möchte Dank sagen dem Landesfeuerwehrkommando unter Führung des Landesfeuerwehrkommandanten Strablegg, der zur Zeit auch Vizepräsident des Steirischen Feuerwehrverbandes ist, und ich möchte dem Roten Kreuz auch herzlich Dank sagen und hier dem Herrn Konsul Griefß, dem Präsidium, das tagtäglich sinnt, wie es die Einsatzfähigkeit seiner Organisation stärken könne und das all seine Kraft im Dienste dieser guten Sache stellt und ich darf wohl auch in Ihrem Namen, sehr geehrte Damen und Herren, all diesen rund 45.000 Steirerinnen und Steirern ein herzliches Vergelt's Gott zurufen und sie bitten, auch weiterhin in dem bis jetzt bewiesenen Geist der Heimat und den Menschen in diesem Lande zu dienen. Gut Heil! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Prensberger: Herr Präsident, ich wiederhole meinen Antrag, den Ansätzen der Gruppe 1 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 einverstanden ist, möge eine Hand erheben.

Die Gruppe 1 ist somit angenommen.

Die Herren Redner und der Herr Referent haben Maßarbeit geleistet. Wir sind in einer runden Uhr, es ist 18.30 Uhr. Wir unterbrechen jetzt wegen Lüftung des Saales genau eine halbe Stunde bis 19 Uhr.

2. Präsident Gross: Meine Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zur Gruppe 2 Unterricht, Erziehung, Sport, Wissenschaft.

Berichterstatter ist Abgeordneter Alexander Haas, dem ich das Wort erteile.

Abg. Haas: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 2 im ordentlichen Haushalt beinhaltet Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Die Einnahmen dieser sehr umfangreichen Gruppe 2 belaufen sich auf 2.907.933.000,— Schilling. Die Ausgaben auf 3.440.351.000,— Schilling. Diese überaus beachtlichen Beträge teilen sich auf 31 Abschnitte und Unterabschnitte. Um hier die wichtigsten aufzuzählen, darf ich nennen: Unterricht in den allgemeinbildenden Pflichtschulen, den Sonderschulen, Unterricht in den berufsbildenden Pflichtschulen, mittleren und höheren berufsbildenden Schulen. Dafür werden 3.150.083.000,— Schilling ausgegeben. Für die Abschnitte 24 und 25, Kindergärten, Schüler-

heime, Lehrlingsheime sind Ausgaben von 212.178.000,— Schilling vorgesehen. Der Abschnitt 26 Sport umfaßt Ausgaben in der Höhe von 16.285.000,— Schilling. Der Abschnitt 27 Erwachsenenbildung sieht Ausgaben von 16.560.000,— Schilling vor. Für Forschung und Wissenschaft im Abschnitt 28 sind Mittel in der Höhe von 45.265.000,— Schilling vorgesehen.

Meine Damen und Herren, namens des Finanzausschusses, der sich mit dem Kapitel und der Gruppe 2 am vergangenen Freitag sehr ausführlich beschäftigt hat, darf ich um Annahme der Ansätze dieser Gruppe ersuchen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich werde versuchen, zum Thema Sport in einer sportlichen Leistung so laut zu reden, daß Sie mich trotz des Ausfalles der Mikrofonanlage verstehen können. Ich möchte diese Budgetdebatte zum Anlaß nehmen, einige grundsätzliche Überlegungen zum Thema Sport und Politik anzustellen. Sport und Politik, ein Thema, das in der letzten Zeit wieder stark in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Sport und Politik ist mehr als die Frage nach der Präsidentschaft in einem Fußballverein, ist mehr als die Frage auch nach der Präsidentschaft im gesamtösterreichischen Fußball, ist mehr als das Ringen um Subventionen in den Gebietskörperschaften und ist sicherlich auch mehr als ein Thema für Sonntagsgesprächen. Wir, und dazu lade ich Sie ein, müssen die größeren Zusammenhänge sehen, denn es ist unbestreitbar, daß zwischen Sport und Politik ideologische, materielle und institutionelle Zusammenhänge bestehen. Der Sport ist untrennbar Teil unseres industriellen Gesellschaftssystems und in diesem Zusammenhang stellen sich für mich mehrere Fragen. Und wer die Presse der letzten Wochen oder Monate verfolgt hat, sieht, daß von deutschen Presseorganen bis zu Diskussionsorganen in Österreich diese Fragen immer wieder gestellt werden.

1. Ist Sport und vor allem der Spitzensport nicht ein wesentlicher Impulsgeber für die gesamte Wirtschaft, insbesondere für einzelne Wirtschaftszweige, wie Freizeitindustrie oder Fremdenverkehr.

2. Ist Spitzensport nicht jeweils für die Regierenden auch eine willkommene Möglichkeit, Prestige zu demonstrieren? Negative Beispiele dafür aus der letzten Zeit sind sicherlich der Versuch, Prestige zu gewinnen. Für Australien (Abg. Gerhard Heidinger: „Argentinien!“) durch die Fußballweltmeisterschaft, oder Sportpolitik im Ostblock, wo man geradezu sportliche Aktivität als Teil der sozialistischen Persönlichkeit und als Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und ihrem Prestige sieht.

Die dritte Frage, die sich stellt: Reproduziert Sport nicht auch die Wettbewerbssituation, wie sie sich in unserem Wirtschaftssystem zeigt? Oder ist Sport manchmal nicht sogar eine Art Surrogat für eine kriegerische Auseinandersetzung im Wettkampf einzelner Staaten oder Gesellschaftsformen?

Vierte Frage: Kann man das passive und aktive Interesse breiter Kreise am Sport nicht auch als eine Systemstabilisierung im allgemeinen sehen? Etwa nach dem alten guten Spruch: panem et circensem — Brot und Spiele, wie es die alten Römer gesehen haben?

Und die letzte Frage in dem Zusammenhang: Die Wertung des Sports in der Medienöffentlichkeit. Gibt es hier nicht Überzeichnungen, gibt es hier nicht auch eine Umwertung?

Rangiert manchmal nicht eine sehr emotionale Schlagzeile vor wesentlichen, menschlichen, wirtschaftlichen oder politischen Problemen? Unbestreitbar ist für mich die Tatsache, daß das öffentliche Interesse am Sport größer wird, wobei es eine deutliche Neigung zu Gunsten des Spitzensportes gibt. Unbestreitbar ist aber auch die Tatsache, daß trotz steigenden Sportinteresses der breiten Öffentlichkeit Erkrankungen wie Fettleibigkeit, Kreislaufstörungen, Wohlstandserkrankungen und Haltungsschäden verschiedenster Art zunehmen. Also wird Sport in weiten Kreisen leider viel zu sehr, und oft fast ausschließlich, aus der Zuschauerperspektive betrieben.

Diese kritischen Fragen sollen in keiner Weise eine Absage an den Spitzensport sein, sondern vielmehr Versuch, ein Plädoyer zum Nachdenken über Fehlentwicklungen und zu einem Weg der Mitte. Der Zusammenhang von Spitze und Breite ist natürlich auch im Sport gegeben, denn nur aus einer ausreichenden Breitensportbetätigung kann Spitze sich entwickeln und die Spitzenleistung wiederum beflügelt viele Jugendliche und ältere Leute, sich im Sport gesund zu erhalten und Freude und Ausgleich zu finden. Das ist auch das immer wieder gebrauchte Stichwort für unsere moderne Industriegesellschaft. Wenn man es historisch-soziologisch anschaut, war es zuerst die Auflösung alter Sozialstrukturen durch den Sport, Sportarten, die nur bestimmte Gesellschaftsgruppen ausüben konnten und die dann immer mehr Allgemeingut geworden sind, oder eine generelle Unsicherheit, die die Bevölkerungsgruppen untereinander durch den Sport überwinden haben. Die Industrialisierung brachte eine körperliche Unter- und nervliche Überbelastung. Sie brachte eine Anonymität in der Massengesellschaft und damit den Wunsch nach Geborgenheit und sozialer Anerkennung und die Leistungsgesellschaft brachte uns den Druck, aber auch den Willen zur Leistung. Alles das kann parallel auch im Sport beobachtet werden. Zum Ausgleich für alle diese Belastungserscheinungen kann richtig verstandener Sport sicherlich viel Positives bewirken. Sport kann gesund sein, Sport kann Freude bereiten, kann zum Ausgleich sozialer Spannungen beitragen, kann als sozial integrativ wirken und kann leistungsfähig machen.

Hier liegt der wesentliche und der wichtige erzieherische Aspekt des Sports, auf den auch im Schulsport verstärkt geachtet werden sollte.

Wir haben schon oft in diesem Haus gesagt: Sport, die wichtigste Nebensache des menschlichen Lebens, Sport als Mittel zur sinnvollen Freizeitgestaltung, zur Gesunderhaltung. Stichworte wie Fitness-Sport oder Life-Time-Sport sind aktuelle

Schlagworte geworden. Hier sollte die Schule vor allem jene Sportmöglichkeiten fördern, aufzeigen und anbieten, die jeder von uns bis ins hohe Alter betreiben kann. Ob das Wandern, Fitmärsche, Fitläufe, Schwimmen, Schifahren, Radfahren oder Zwischendinge zwischen musischer Betätigung und Sport, wie Jazzgymnastik oder anderes ist. Eben in dieser Richtung der Breitensportmöglichkeiten ist in der Steiermark auch sehr, sehr viel im Zusammenhang mit Einrichtungen des Fremdenverkehrs getan worden. Die Möglichkeit, aktiv Sport zu betreiben, ist im Sinne eines Angebotes nicht nur an Vereine zu stellen, so wichtig das ist, sondern die Idee der offenen Sportplätze, wie sie etwa der Grazer Sportreferent, Bürgermeisterstellvertreter Hasiba, in die Tat umgesetzt hat, soll noch stärker und auch über die Landeshauptstadt Graz hinaus durchgesetzt werden. Viele Ansatzpunkte sind dazu da, in verschiedensten Möglichkeiten des schulischen, des außerschulischen, des vereinsgebundenen, aber auch vereinsungebundenen Sports. Diesen Weg sollte man weitergehen. Auch die Sportmöglichkeiten an den Berufsschulen wären zu überdenken. Es ist doch so, wenn ein Vierzehnjähriger aus der Pflichtschule ausscheidet, dann ist für ihn der Schulsport zu Ende und damit ist für ihn auch oft jede sportliche Betätigung zu Ende. Das Hinführen zu einem regelmäßigen Sport, der die vorher angeführten Funktionen erfüllen kann, soll in jeder Schule, in jedem Berufsausbildungsstadium angesprochen werden. Die Maßnahmen zur Förderung des Breitensportes kosten wahrscheinlich sogar wesentlich weniger Geld und können größeren Nutzen bringen. Sehen Sie, da gibt es meiner Meinung nach eben nichts Schlimmes, was nicht auch eine gute Seite hat. Und wenn wir heuer feststellen müssen — und mit einiger Sorge feststellen müssen, — daß das Sportbudget, wie auch alle anderen Budgetansätze, eine kräftige Beschneidung hinnehmen mußte, gibt es bei diesem schlimmen Zustand vielleicht auch etwas Gutes. Es könnte diese Beschneidung des Sportbudgets auch ein Anstoß zur Konzentration auf das Wesentliche sein, oder eben Fragen provozieren, wie dieses nun zur Verfügung stehende Geld am besten eingesetzt werden soll. Es gibt für mich in der ganzen Denkungsweise eine Parallele, sie ist in diesem Haus auch heute schon mehrfach angesprochen worden. So wie das Nein zu Zwentendorf und das damit zusammenhängende Damoklesschwert einer drohenden Energieverknappung die Phantasie angeregt und die Arbeit zu alternativen Energieformen beflügelt hat, so könnte auch die geringere Dotierung des Sports hier Anregung sein, sich neuerdings Gedanken zu machen, nachzudenken, neue praktikable Wege einzuschlagen, um auch mit den knapper gewordenen Mitteln auszukommen.

Wenn es in diesem Hohen Haus gelungen sein sollte, einige solcher Fragen und Gedanken zu deponieren, dann könnte man in der Sprache von Ö 3 dazu sagen: „Einfach zum Nachdenken;“ vielleicht trägt es da und dort Früchte, denn im letzten Jahr, genau zu dieser Stunde etwa, haben wir hier über die sportärztliche Betreuung gesprochen und das möchte ich zum Schluß dieser meiner Wortmeldung sagen. Es haben sich alle Institutionen, alle Verbände, das Land Steiermark mit dem Gesund-

heits- und Sportreferat, das Landeskrankenhaus, besonders die Herren Professoren Buchner und Cesnik, um diese sportärztliche Betreuung im vergangenen Jahr in einer besonderen Weise angenommen, es sind gute Erfolge erzielt worden. So glaube ich, daß hier innerhalb der Budgetdebatte auch Anstöße und auch Erfolgskontrollen unserer Wortmeldungen zu sehen sind und so wollte ich auch diese grundsätzliche Erläuterung verstanden wissen. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Laurich.

Abg. Laurich: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Dienstposten der Pflichtschullehrer wurden heute in der Diskussion schon einige Male erwähnt. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart wäre beinahe so weit gegangen, eine Kindesweglegung vorzunehmen und uns steirische Landeslehrer in den luftleeren Raum zu stellen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Er hat ja nur gesagt, daß er nicht der kompetente Referent ist!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich habe gesagt, daß ich nicht der Referent bin!“) Ich möchte das dahingehend geklärt haben.

Aber, meine Damen und Herren, allen Befürchtungen zum Trotz kann heute festgestellt werden, daß alle steirischen Lehrer, die mit Sommersemester ihre Ausbildung abgeschlossen haben, mit Schulbeginn des Jahres 1978/1979 in den steirischen Schuldienst aufgenommen werden konnten. Von solchen, die im Herbst fertig wurden, wurden 54 am 1. Dezember angestellt, der Rest wird am 1. Februar des nächsten Jahres in den steirischen Schuldienst kommen.

Wir können auch vermerken, daß im nächsten Schuljahr, also 1979/80, weitere 200 Pflichtschullehrer in den steirischen Schuldienst übernommen werden können und dies deshalb, weil hier der sogenannte Ordnungs- und Kennziffernerlaß, der hier polemischerweise als Sparerlaß zitiert wurde, in Anwendung kommen wird. Wir können auch feststellen, daß AHS-Lehrer, falls sie die erforderlichen Prüfungen hätten, sofort in den Bundesdienst übernommen werden könnten.

Ich möchte hier auch darauf hinweisen, daß die Überbelegung der AHS-Klassen, die vor wenigen Jahren noch bis zu einem Drittel betragen hat, im vergangenen Schuljahr auf 5 Prozent gesunken ist und das deswegen, weil die Bundesregierung, also das Bundesministerium für Unterricht, hier bauliche Maßnahmen gesetzt hat, wie es solche in der Zweiten Republik noch nicht gegeben hat.

Wir können mit Freude feststellen, daß in der Zeit von 1970 bis 1978 mehr Bundesschulen gebaut wurden als von 1945 bis 1970. Ich darf darauf verweisen, daß in der Steiermark von 1970 bis 1974 4140 Ausbildungsplätze mit einem Aufwand von 390 Millionen Schilling errichtet wurden.

Ich darf ferner die Feststellung machen, daß derzeit 12.780 Ausbildungsplätze, die einen Aufwand von 1.172.000.000,— Schilling erfordern, im Bau sind. Ich darf ferner feststellen, daß in Planung begriffen

weitere 4560 Ausbildungsplätze sind, die ebenfalls einen Aufwand von 528 Millionen Schilling erfordern werden.

Ich darf aber auch auf andere beachtliche Leistungen des Unterrichtsministeriums hinweisen. Für den Neubau des Schulschiheimes Murau-Frauenalpe wurde die Hälfte der Baukosten vom Unterrichtsministerium getragen und ich darf auch hier feststellen, daß für das Internat des Stiftsgymnasiums in Admont ein Zuschuß von 3,9 Millionen Schilling geleistet wurde. (Abg. Ritzinger: „Sehr gut! In Niederösterreich haben sie alles bezahlt, Harald!“) Ich sage das deswegen, weil die Leistungen des Bundes sehr, sehr oft kritisiert wurden und weil man leichtfertig sagt: der Bund trägt nichts für das steirische Schulwesen bei. (Abg. Brandl: „Richtig!“)

Nun, meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Mätz hat früher über die Wichtigkeit des Sports gesprochen. Auch hier möchte ich einige Ziffern bekanntgeben, und zwar hat das Unterrichtsministerium im Rahmen des Hallenbad- und Sporthallenzuschußprogrammes für die Steiermark bis 1977 einen Betrag von 49.340.000,— Schilling geleistet und wird für dieses Jahr und für das nächste Jahr weitere 28,8 Millionen Schilling bereitstellen. Ich sage Ihnen hier einige Projekte, die mit diesen Mitteln gefördert wurden oder finanziert werden sollen: Das Hallenbad Köflach mit 3,5 Millionen Schilling, das Hallenbad Murau mit 2,1 Millionen, das Hallenbad Graz-Eggenberg mit 3,5 Millionen, das Hallenbad Feldbach 3,92 Millionen, Sportplatz Feldbach 1 Million, Sportanlage Knittelfeld 1,17 Millionen, Hallenbad Kapfenberg 3 Millionen, Hallenbad Mariazell zusammen mit der Jugendherberge Mariazell und dem Bundessporthaus bisher 12 Millionen. — (Abg. Ing. Turek: „Wer hat das gegeben?“) Der Bund gibt das. (Abg. Lackner: „Wer gibt das?“ — Abg. Ing. Turek: „Der Steuerzahler gibt das!“) Wie alle Mittel, Herr Kollege! Auch das, was der Herr Bürgermeister Götz ausgibt, zahlt der Steuerzahler und schenkt uns nicht der Nikolaus! (Beifall bei der SPO.) — Sportplatz Fürstenfeld 0,75 Millionen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Das, was Sie hier aufzählen, zahlen wir für ein Bad!“) Ja, aber sehr verehrter Herr Landeshauptmann, über die Bäder und den Fremdenverkehr reden wir später, dazu habe ich dann auch einiges zu sagen.

Sporthalle Voitsberg 14,2 Millionen, Turnsaal Erzherzog-Johann-Stiftung 4,2 Millionen Schilling. Das waren also die Zuschüsse für Sporthallenbau und Hallenbäderbau in der Steiermark.

Die Leistungen für die Schul- und Heimbeihilfen sind ebenfalls beachtlich. — (Abg. Lackner: „Was gibt es für das Hallenbad Ramsau? Hier sind große Schwierigkeiten!“) Lieber Freund Karl Lackner, die Schwierigkeiten des Hallenbades Ramsau kannst Du sehr genau im Bericht des Rechnungshofes vom 29. März dieses Jahres nachlesen. Ich möchte die Sorgen nicht haben, die manche Träger von Hallenbädern, ob das nun Gemeinden oder Bäderbetriebsgesellschaften sind, haben. (Abg. Ileschitz: „Länger aufsperrn und nicht nur vier Stunden am Tag!“) — Im Jahr 1975/76 sind für 7800 Bezieher 62,8 Millionen ausgegeben worden und im vergangenen Jahr, also 1977/78, für 8850 Bezieher über 82 Millionen

Schilling. Auch die vielgelästerte Schulbuchaktion hat unseren steirischen Kindern ganz beachtliche Vorteile gebracht und die Eltern finanziell entlastet. Für die Schulbuchaktion 1977/78 wurden 160,615.706,— Schilling ausgegeben und für die Fachbuchaktion ein Betrag von 4,920.000,— Schilling. Sie sehen also, daß ganz beachtliche Mittel, Steuermittel selbstverständlich Herr Kollege, in die Steiermark zurückkommen. (Abg. Lackner: „Ganz egal, ob es das Kind von einem Holzknecht oder von einem Hofrat ist!“) Die Gleichheit muß her und die Gleichheit muß deswegen her, damit auch die Leistungen des Bundes wirklich anerkennenswerterweise neben die Leistungen des Landes gestellt werden können.

Unter dem Titel „Investitionsförderungen steirischer Vorhaben“ erhielten im vergangenen Jahr, meine Damen und Herren, bitte hören Sie zu, die Union für das Bundesjugendleistungszentrum Obllarn 4,3 Millionen Schilling, ASKO Sportzentrum Eggenberg 700.000,— Schilling, ATV Schladming für eine Dachstein-Tauernhalle 1 Million, (Landesrat Bammer: „Viel zu wenig!“) — der Postsportverein Graz für die Sporthalle 700.000,— Schilling, die Union Graz ist noch einmal vertreten für das Sportzentrum Gaußgasse 700.000,— Schilling und die Gemeinde Zeltweg für das Eissportzentrum 2,5 Millionen Schilling. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich muß sagen, die Million für die Dachstein-Tauernhalle ist ein Pappenstiel! Das Fünffache muß gegeben werden!“) Meine Herren, man müßte annehmen, Sie freuen sich darüber, was in die Steiermark kommt, aber ich kann mir vorstellen, daß Ihnen die Leistungen des Bundes eher zur Kritik Anlaß geben als zur Freude, darüber sind wir uns im klaren. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „1 Million ist wenig! Viel mehr muß gegeben werden. Sie müssen sich dafür einsetzen!“) Sehr verehrter Herr Landeshauptmann, ich habe mich eingesetzt durch eine persönliche Vorsprache, (Landesrat Dr. Krainer: „Noch einmal hingehen!“) daß diese Million überhaupt gegeben werden konnte, das darf ich Ihnen dazu sagen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ist wenig!“) Ist wenig, aber eine Million ist, wenn man sie nicht hat, ganz schön viel. (Abg. Gerhard Heidinger: „Laurich fordert Wegart!“) Meine Damen und Herren, eine Million ist für Schladming viel zu wenig. Ich würde aus meinem Herzen eine Mördergrube machen, wenn ich nicht sagen würde: es wäre schön, wenn wir noch mehr bekämen. Aber Herr Landeshauptmann, ich denke mit Wehmüt an die Zeiten, wo wir bitter wenig, ich möchte fast sagen, beinahe gar nichts für Vorhaben bekommen haben. Aber diese Zeiten haben sich doch ein bißchen geändert und wir haben diese Million vom Bund bekommen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Seitdem wir beide so gut sind!“) Herr Landeshauptmann, Sie kennen ja die Finanzierung. Sehr verehrter Herr Landeshauptmann, ich war bei zahllosen Sitzungen dabei, vorher, während des Baues und nachher, wo man nicht gewußt hat, wie man die Schulden zahlen soll. Mir ist das sehr wohl bekannt.

Aber meine Damen und Herren, weg von den erfreulichen Leistungen des Bundes zu einem anderen Kapitel.

Obwohl auch hier in diesem Hause sehr, sehr oft polemische und abwertende Bemerkungen über Schulversuche gemacht werden, ist es eine Tatsache, daß Schulversuche eine grundsätzliche Voraussetzung für sachbezogene, schulpolitische Entscheidungen sind. (Abg. Dr. Schilcher: „Sie sind doch hier im Landtag!“) Sehr verehrter Herr Kollege! Sie sind vielleicht noch nicht der Meinung, aber Ihr Schulsprecher im Parlament, der Herr Dr. Gruber, sieht den Wert der Schulversuche sehr wohl ein. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Er braucht einen Anlauf!“) Herr Kollege, ich komme schon auf die steirischen Schulversuche zu sprechen, nur braucht das einen Anlauf, damit man irgend etwas hat. So!

Ich möchte noch eines sagen: Kritisiertern und Nörglern ist der Umstand vielleicht zu wenig bekannt, daß viele, viele Reformen gerade auf diese Schulversuche zurückgehen. Ich verweise auf den Förderunterricht an den Volksschulen, an den Hauptschulen, an den allgemeinbildenden höheren Schulen und an den berufsbildenden Schulen. Ich verweise auch darauf, daß die Einführung der musischen Schwerpunkte für Hauptschulen, wie zum Beispiel für das Ferdinandum oder für Gratkorn, auf Schulversuche zurückgeht. Ich verweise mit Stolz darauf, daß die Einführung der Hauptschulen mit sportlichem Schwerpunkt, wie zum Beispiel die Sporthauptschule Schladming oder die Brucknerschule, auf Schulversuche zurückgeht. Ich verweise darauf, daß der fremdsprachige Vorschulunterricht in den Volksschulen darauf zurückzuführen ist. Verschiedene Lehrplanreformen, die Oberstufenreformen für Höhere Schulen, der leistungsdifferenzierte Unterricht, die sechssemestrige Lehrerausbildung, um nur einige wichtige Schulversuche hier zu erwähnen.

Und nun zu den steirischen Schulversuchen, Herr Kollege Dr. Schilcher. Wir haben in der Steiermark Gesamtschulversuche an 15 Standorten mit 151 Klassen. Wir haben Vorschulklassen an 41 Standorten mit 56 Klassen, wir haben fremdsprachigen Vorschulunterricht an 247 Standorten und hier in 611 dritten Klassen und 339 vierten Klassen.

Meine Damen und Herren, es ist auch interessant, daß im vergangenen Schuljahr 1977/1978 41,35 Prozent der Volksschüler Fahrschüler gewesen sind. An der Spitze hier, das möchte ich ausdrücklich erwähnen, liegt der Schulbezirk Feldbach mit über 60 Prozent. (Abg. Dr. Eichinger: „Fahrschüler!“) Und nun, Herr Landesrat, Fahrschüler. Da sieht man wieder den Segen der von der Bundesregierung eingeführten Schülerfreifahrt. Hier möchte ich dies zum besseren Verständnis der rechten Reichshälfte sagen. (Beifall bei der SPO.) Falls das dem Herrn Kollegen Direktor Professor Eichinger nicht bekannt ist, was man unter Fahrschüler verstehen sollte oder könnte! (Abg. Gerhard Heidinger: „Wissen tut er es schon, aber zugeben tut er es nicht!“)

Herr Landesrat Professor Jungwirth, ich spreche nun Sie an und habe zwei Ersuchen an Sie, zwei dringende Ersuchen an Sie: Bei allem Verständnis dafür, Herr Landesrat, daß Schulleiter und Bürgermeister bestrebt sind, mit allen Mitteln Schülerzahlen und damit Klassen zu erhalten, müssen doch alle Überlegungen, die eine Änderung des Schul-

sprengels betreffen, in erster Linie davon ausgehen, daß das gemacht wird, was den Kindern dient. Es dürfen hier keine lokalpolitischen oder parteipolitischen Überlegungen Platz greifen. (Allgemeiner Beifall.) Es ist daher unverstänlich, daß man einen Antrag der Gemeinde Lannach, die in ihrem Gemeindebereich zwei Schulen hat, eine moderne Schule, einen Schulneubau, in dem Klassen leerstehen, und drei Kilometer entfernt eine einklassige Schule, die Volksschule Laubegg, daß man dem Antrag der Gemeinde Lannach nicht stattgegeben hat, die einklassige Schule aufzulösen und die Kinder dieser Schule in die Volksschule Lannach, die siebenklassig ist, zu geben, weil die Kinder dort in einer voll organisierten Volksschule keinen Abteilungsunterricht mehr hätten. (Abg. Ing. Turek: „Das ist das Direktorenproblem — wohin mit dem Direktor! Das wird gelöst, wenn der eine Direktor in Pension geht!“) Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das eine echte pädagogische Begründung wäre. Abgesehen davon hätte man auch die Gemeinde entlasten können, weil die Adaptierung dieser Volksschule Laubegg einen runden Betrag von einer Million Schilling erfordern würde. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Trockenklosett im Freien!“) Trockenklosetts sind da noch, hört man gerade, und diese einklassige Schule hat man nicht aufgelöst. Man hat dem Antrag nicht stattgegeben. (Abg. Schrammel: „Auch in der Mittelschule Fürstenfeld — das ist eine Bundesschule!“ — Abg. Gerhard Heindinger: „Da gibt es doch kein Trockenklosett!“) Herr Landesrat, ich ersuche Sie ferner, dafür Sorge zu tragen, daß die Schulsprengeländerungen so zeitlich beschlossen werden, daß die Bürgermeister in der Lage sind, Veränderungen auch für den nächsten Voranschlag zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, Bund, Land und Gemeinden wenden beachtliche Mittel für die Pflichtschulen sowie die Mittleren und Höheren Schulen unseres Landes auf. Noch zu keiner Zeit wurde unseren Kindern differenzierteres Bildungsangebot ermöglicht, und noch zu keiner Zeit, meine Damen und Herren, war es unseren Kindern möglich, einen Bildungsgang zu wählen, der der Neigung und dem Leistungsvermögen des einzelnen besser entsprechen hätte.

Es muß uns aber mit Sorge erfüllen, wenn die nun vorliegende Auswertung des Statistischen Zentralamtes für das Schuljahr 1975/1976 bekanntgibt, daß 30 Prozent der österreichischen Schüler an Haltungs- und Sehfehlern leiden, 43 Prozent Fußfehler haben, 31,5 Prozent Zahnschäden durch Karies haben, (Abg. Dr. Schilcher: „Warum?!“ — Abg. Prantkh: Ist ja klar, wenn sie nur fahren!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Mehr zu Fuß gehen, nicht soviel fahren!“), 7,9 Prozent an vegetativen Störungen erkrankt sind und jeder dritte Schüler Übergewicht hat.

Ich glaube, es müßte Aufgabe der zuständigen Stellen sein, mehr als bisher zu tun, um eine Früherkennung dieser Krankheiten zu ermöglichen. Ein in der letzten Landtagsperiode eingebrachter Antrag der sozialistischen Fraktion auf Schaffung mobiler Untersuchungsstationen, meine Damen und Herren, könnte ein Weg in diese Richtung sein. (Beifall bei der SPO und FPÖ.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Buchberger.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Berichterstatter und meine geschätzten Vordredner haben bereits darauf hingewiesen, daß jetzt unter der Gruppe 2 die Kapitel Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft die bedeutendsten Faktoren sind. Ein wesentlicher Faktor in dieser Gruppe sind, wie bereits zum Teil diskutiert, die Volks- und Hauptschulen, die Höheren Schulen und nicht zu übersehen, die Diskussion darüber wird auch sicherlich noch stattfinden, der Teil der Kindergärten. Wenn man heute mit offenen Augen durch die Gegend fährt und versucht, zu sehen und mitzuerleben, so muß registriert werden, daß nicht nur auf dem Sektor der Höheren Schulen rein baumäßig sukzessive logischerweise so manches geschieht, wir aber auch mit Freude registrieren müssen, daß auf dem Sektor der Volksschulen, der Hauptschulen noch nie so viel gebaut wurde wie in den letzten zehn oder zwanzig Jahren. Und um so erfreulicher für uns, daß vor allem auf dem Sektor der Kindergärten durch unser Kindergartengesetz, das wir in den letzten Jahren verabschiedeten, nun auch der Bau der Kindergärten draußen in den ländlichen Regionen immer größere Formen annimmt und damit zu rechnen ist, daß hier auch auf dem Gebiete in den nächsten Jahren eine entsprechende Befriedigung eintreten wird.

Einen breiten Raum in dieser Gruppe, meine sehr verehrten Damen und Herren, nimmt vor allem auch die Lehrlingsausbildung für den gewerblichen und industriellen Bereich ein. Einen Schwerpunkt in dieser Gruppe nehmen auch die landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ein. Wenn wir uns hier gerade mit dem Sektor des Ausbaues, des Weiterbaues und der Weiterentwicklung des landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulwesens näher befassen, können wir ebenfalls mit Freude und Dankbarkeit registrieren, daß hier eine Entwicklung Fuß gefaßt hat, die sich auch mit unserer nun eingeleiteten modernen Agrarpolitik voll und ganz deckt. Es wird von uns aus immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß das Fundamentale einer positiven agrarischen Entwicklung die Ausbildung der bäuerlichen Jugend darstellt.

Und wenn wir uns in dem Zusammenhang kurz mit diesen Dingen beschäftigen, können wir feststellen, daß die Besucherzahl der landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen in den letzten Jahren enorm zugenommen hat und daß die Auswirkungen des Besuches der Fachschulen durch unsere bäuerliche Jugend bereits auch auf die bäuerlichen Betriebe spürbar zu vermerken sind.

Ich will Sie nicht mit Zahlen belästigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil die Logik die ist, wenn man eine Palette von Zahlen angeboten bekommt, diese sehr leicht wiederum vergißt. Lieber Kollege Laurich, es wäre interessant, diese Zahlen, die du uns genannt hast, uns einmal schriftlich in die Hand zu drücken, um zu wissen, was auf dem Gebiet überhaupt geschehen ist.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, um Ihnen kurz die Entwicklung des Besuches der bauerlichen Berufs- und Fachschulen aufzuzeigen, so war der Besuch im Jahre 1974/75 bei 1561; diese Zahl ist im Schuljahr 1975/76 auf 1738 gestiegen, belief sich im Jahre 1976/77 auf 2388 und war im Jahre 1977/78 bereits auf eine Höhe von 2656 angestiegen. Wir befinden uns derzeit in der Zahl der Besucher im Schuljahr 1978/79 bereits auf über 3600. Wir können mit Freude registrieren, daß hier das Angebot an landwirtschaftlichen Fachschulen, das der bauerlichen Jugend angeboten worden ist, auch von der Jugend reichlich benützt wird. Wir sagen Worte des Dankes, aber es ist auch notwendig, immer wieder auf diese zukunftsorientierten Dinge hinzuweisen. Seinerzeit begonnen bei Landesrat Prirsch als Referenten, dann Landeshauptmann Dr. Niederl, jetzt Landesrat Dr. Krainer, und unter der Obhut unseres Landesschulinspektors Hermann Schaller können wir sagen, daß wir uns auf dem Gebiet in bezug auf die fachliche Weiterbildung der bauerlichen Jugend auf dem richtigen Weg befinden, und wir sind den genannten Herren von der Sicht der Landwirtschaft aus zu Dank verpflichtet. Eine Basis für die Weiter- und Ausbildung des bauerlichen Menschen ist die landwirtschaftliche Berufs- und Fachschule. Es soll aber damit in der Ausbildung des künftigen Bauern nicht abgetan sein. Wir legen besonderen Wert auf die außerschulische Weiterbildung, wir bieten auch von seiten der Kammer ein reichhaltiges Kursprogramm an, legen besonderen Wert auf die Ausbildung zum landwirtschaftlichen Meister und wenden unser besonderes Augenmerk auch der bauerlichen Jugendorganisation, dem Bund steirischer Landjugend, zu.

Wenn ich hier auf die außerschulische Weiterbildung im kurzen Stile eingehen darf: ein reichhaltiges Kursprogramm von seiten der Kammer. Wiederum nur zwei Zahlen: In den Jahren 1977 bis 1978 fanden, organisiert von der Kammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark, 2030 Kurse statt. Diese 2030 Kurse wurden von insgesamt 65.000 Kursteilnehmern besucht. Sie sehen daraus, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir die Möglichkeit dieser außerschulischen Weiterbildung auch von der Sicht des bauerlichen Menschen her reichlich anbieten und von ihr auch sehr zahlreich Gebrauch gemacht wird.

Die Ausbildung zum Meister, meine sehr Verehrten: Das, was im gewerblichen Bereich schon seit Jahren eine Selbstverständlichkeit war, wurde bei uns im bauerlichen Bereich erst etwas später nachvollzogen. Momentan ist die Lage die, um auch wiederum nur eine Zahl zu nennen, daß wir bereits in der steirischen Landwirtschaft 2500 Meister haben, ob das Landwirtschaftsmeister sind, Meister des Obstbaues oder Meisterinnen der ländlichen Hauswirtschaft. Die überparteiliche und überkonfessionelle Jugendorganisation, der Bund steirischer Landjugend, straff und gut durchorganisiert in 228 Ortsgruppen in der Steiermark, hat gegenwärtig eine Mitgliederzahl von insgesamt 8800.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte Ihnen diesen Auszug deshalb in kurzen Zügen geben, um Ihnen wiederum unter Beweis zu stellen, daß die bauerliche Jugend gerne bereit ist,

die verschiedenen Angebote der Möglichkeit einer fachlichen Weiterbildung sehr stark in Angriff zu nehmen.

Aber wie ich bereits versucht habe, eingangs zu sagen, bezüglich der Ausbildung in den bauerlichen Fachschulen, der fundamentalen Ausbildung, vertreten wir, ohne das gesetzlich verankert zu haben, auch den Standpunkt, daß jeder Hofübernehmer in der Steiermark zumindest eine landwirtschaftliche Fachschule besucht haben soll. Logischerweise legen wir auch einen besonderen Wert darauf, nach Möglichkeit auch eine höhere Schule zu absolvieren. Diese Möglichkeit ist auch in der Steiermark in Raumberg gegeben. Aber das Fundamentale für die Entwicklung unseres bauerlichen Berufsstandes sind die landwirtschaftlichen Fachschulen. Wir danken für das, was bisher angeboten wurde. Wir ersuchen aber die Hohe Landesregierung und die Damen und Herren des Hohen Hauses, auch in der Zukunft dem Ausbau der landwirtschaftlichen Fachschulen besondere Bedeutung zuzumessen. Für das mittelfristige Bau- und Investitionsprogramm für 1976 bis 1980, so die Vorschau unseres Landesschulinspektors Hermann Schaller, ist mit einem weiteren Investitionsbedarf von rund 200 Millionen Schilling zu rechnen. Damit soll dem immer stärker werdenden Zuspruch nach ländlichen Bildungsmöglichkeiten sowie der Notwendigkeit der Modernisierung älterer Schulbauten Rechnung getragen werden.

Wir haben auch auf Grund unseres grünen Berichtes, der Ihnen bereits zugegangen ist, uns ein diesbezügliches mittelfristiges Ausbauprogramm zu recht gelegt. Ich darf das in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Schaffung entsprechender Schul-, Internats- und Werkstättenräume durch Zu- und Neubau.
2. Sanierung bestehender Schulen, Internatsräume und Lehrwerkstätten, soweit sie den heutigen Erfordernissen nicht mehr entsprechen.
3. Schaffung von Mehrzwecksälen, die einerseits dem Turnunterricht, andererseits aber auch den kulturellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen unserer Schulen als Bildungsanteil entsprechen.
4. Die Sportanlagen gehören auch hinein in den bauerlichen Bereich. Wir haben uns zur Aufgabe gesetzt, für jede Gemeinde zumindest einen Sportplatz, so meinen wir, daß es auch notwendig und sinnvoll ist, auch als Teil zu den landwirtschaftlichen Schulbauten ein entsprechendes Sportanlagenbauprogramm mit zu planen.

Als letztes, meine sehr verehrten Damen und Herren: Sonstige Baumaßnahmen, die immer wieder notwendig erscheinen.

Das sei für die nächsten Jahre unser notwendiges Bildungsprogramm. Wir wissen und haben Verständnis für die Dinge, soweit eben die notwendigen Mittel vorhanden sind. Ich darf Sie nur im Namen der bauerlichen Jugend und auch der älteren Generation ersuchen, diese Möglichkeiten auch immer wieder in den kommenden Jahren zu prüfen und auch in der Zukunft diese Unterstützung dem bauerlichen Fachschul- und Ausbildungswesen angedeihen zu lassen, wie es eben in den letzten Jahren möglich war. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher: Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Heidinger hat als Generalredner der SPO heute gegen den Romantizismus der Alternativen und für die Fortsetzung einer Politik des Wirtschaftswachstums in Solidarität mit den Schwachen der Gesellschaft gesprochen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Dazu bekenne ich mich!“) Er hat damit nicht zuletzt auch ein Wort aufgenommen, das erst unlängst durch die Gazetten ging, ein Wort eines sehr bedeutenden steirischen Vertreters der Industriellenvereinigung, der von den OKO-Romantikern gesprochen hat, die nein zu Zwentendorf gesagt haben. So ist in der Öffentlichkeit ein bißchen der Eindruck entstanden, es gäbe einen sehr schroffen Gegensatz zwischen diesen OKO-Romantikern auf der einen Seite und den Realisten auf der anderen Seite.

Bevor daraus vielleicht eine Art Klassenkampf wird, möchte ich doch ein paar Worte zur Aufklärung sagen. Umso mehr, als sich die Steirische Akademie heuer des Themas der Alternativen angenommen hat. Vielleicht zuerst ein Wort zu den Realisten: Die Realisten pflegen besonders gerne Zahlen vorzulegen. Ich bin immer ganz überrascht, mit welcher Kunst — wahre Zahlenakrobaten, wie etwa der Herr Abgeordnete Laurich, — hier durchaus zum Nutzen von Debatten mit diesen Dingen umgehen können. Auch der Herr Landesrat Klauser hat in seinem Budget auf manchen Seiten bis zu 53 Zahlen untergebracht. Oberster Maßstab all dieser Zahlen ist das Bruttonationalprodukt. Herr Landesrat Klauser hat uns informiert, daß in der Zeit der sozialistischen Regierung von 1970 bis 1977 das Bruttonationalprodukt um 32 Prozent gestiegen ist. Das soll offenbar heißen, daß es uns um diese Prozentsätze besser geht. Nun ist aber dieses Bruttonationalprodukt schon einmal als Maßstab problematisch. Schauen Sie, wenn Sie sich ein Auto kaufen, dann erhöhen Sie das Bruttonationalprodukt um diesen Kaufpreis. Wenn Sie dieses Auto um den nächsten Baum wickeln, erhöhen Sie das Bruttonationalprodukt um den Wert des Reparaturpreises. Wenn Sie sich dabei verletzen, erhöhen Sie das Bruttonationalprodukt um den Wert der Spitalsbehandlung und wenn Sie daran sterben, erhöhen Sie das Bruttonationalprodukt um den Wert der Begräbniskosten, ganz abgesehen von den sonstigen Transferzahlungen, die Sie damit bewegen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Es gibt aber auch Leute, die arbeiten!“) Lebensversicherungen, die ausbezahlt werden und dergleichen mehr. Das heißt, das Bruttonationalprodukt steigt pausenlos, was immer Sie auch tun, ob es Ihnen Freude macht oder ob Sie daran weniger Freude haben. Die von Herrn Abgeordneten Stepantschitz erwähnten 400 Toten jährlich auf den steirischen Straßen erhöhen, so gesehen, natürlich auch das Bruttonationalprodukt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Nur wenn alle gestorben sind, dann erhöht sich nichts mehr!“) Das ist auch nicht ganz sicher. Zunächst erhöht es sich auch noch, solange irgend jemand da ist, der vielleicht diese Dinge bezahlt. Ich will damit nur sagen, Herr Abgeordneter Hei-

ding, in diesem Bruttonationalprodukt steckt maximal die halbe Wahrheit. Das heißt, Sie haben nur eine halbe Bilanz eröffnet. Realisten neigen nämlich dazu, immer nur vom Haben zu reden und nicht vom Soll, wie das in der Bilanz heißt. Soll und Haben soll es ja geben. Besser gesagt, Sie machen eigentlich aus dem Soll gerne auch ein Haben. So gesehen sind dann 500.000 Alkoholiker nicht auf der Soll-Seite, sondern auf der Haben-Seite, ebenso die steigende Zahl der Drogensüchtigen, die vom Abgeordneten Maitz erwähnten zunehmenden Fettleibigen, die man behandeln muß, die Streßerkrankten, die, wie Abgeordneter Laurich erwähnt hat, die Haltungsschäden haben und dergleichen. Die sind doch eigentlich gefühlsmäßig, von unserem Gefühl her, eher auf der Soll-Seite. Sie erscheinen in Ihren Rechnungen immer auf der Haben-Seite. Sehen Sie, das ist ein Punkt, gegen den sich die Okoromantiker wehren und sagen, das ist doch eigentlich ein wertblindes System. Ein System, das mir überhaupt keine verlässliche Auskunft gibt, wie wohl sich die Leute fühlen, sondern das gibt doch nur eine sehr einseitige, sehr vordergründige „Auskunft“. Hand aufs Herz, uns geht es allen besser. Die Okoromantiker sagen, vielleicht müßte man die Hand doch noch auf einen anderen Körperteil tun unter Umständen, um die volle Wahrheit mitzuteilen in diesem Zusammenhang. Das ist der eine Punkt, Herr Abgeordneter.

Der zweite, den die Okoromantiker ein bißchen aufs Korn genommen haben, ist diese Art von Vollgasgesellschaft, in der wir uns fortbewegen. Ich bin auf diesen Ausdruck eigentlich gestoßen im Zusammenhang mit der Zwentendorfdiskussion. Wir haben da gesehen, wie im Ausland Atomreaktoren gebaut werden müssen, weil dort einfach die Firmen mit all ihren Beschäftigten schon da sind, die die Einzelteile dieser Reaktoren bauen. Da gibt es Firmen, die machen die Bleigläser, die müssen einfach Beschäftigte haben, und die müssen ihre Beschäftigten beschäftigen, daher müssen Bleigläser irgendwo eingebaut werden. Ebenso die Greifzangen, mit denen die Arbeiter da hinter diesen Bleigläsern arbeiten. Da gibt es Spezialfirmen, die erzeugen die Greifzangen. Die haben 300 bis 500 Beschäftigte. Die kann man nicht hinausschmeißen. Also müssen die Firmen, die Greifzangen erzeugen, für ihre Greifzangen irgend jemanden haben, der sie ihnen abkauft, daher müssen wir Atomkraftwerke bauen, damit die Firmen, die Greifzangen erzeugen, nicht Leute entlassen müssen. Dasselbe gilt für den Spezialfußboden, dasselbe gilt für die Spezialstaubsauger. Denn ein Atomkraftwerk muß ja ununterbrochen mit Spezialstaubsaugern gesaugt werden. Da gibt es auch wieder 600 Beschäftigte in einer Spezial-Staubsaugerfirma, die man nicht entlassen kann, und so weiter. Sehen Sie, das ist das eigentliche Problem, man hat das Gefühl, man kann eigentlich gar nicht mehr stoppen. Man kann nur mit einem Bleifuß am Gas weiterrasen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Extreme Darstellung der Dinge!“) Ich weiß nicht, ob das gerade ein Ausdruck von besonderer Freiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit ist. Wenn ein Olschich heute (Abg. Gerhard Heidinger: „Sehr extreme Darstellung der Dinge!“) Zwentendorf wäre extrem gewesen. (Abg.

Gerhard Heidinger: „Dann hättet es nicht gebaut!“ Tun wir doch nicht. (Abg. Brandl: „Ihr habt ja angefangen!“) — seinen Olhahn ein bißchen zudreht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt jammert er! Macht eine Staubsaugerfabrik daraus!“) Schauen Sie, es ist wirklich nichts Schlechtes. Ein Wort von Adenauer: Ich habe das Recht, über Nacht gescheiter zu werden. Das ist eigentlich nichts Schlechtes. (Abg. Gerhard Heidinger: „Um 8 Milliarden!“) Herr Abgeordneter Heidinger, wenn Sie hier eine Atomdebatte wollen, können wir ruhig reden. Rechnen Sie sich einmal aus, wieviele Milliarden das kostet, wenn die Sache schiefeht. Rechnen Sie aus, wieviele Milliarden Sie brauchen, wenn Sie keine Müllagerung finden. Sie kennen das Beispiel. Jeder Bauer, der einen Stall baut, muß zuerst wissen, wo er den Mist hintut. (Abg. Loidl: „Das hätte man hier vorher auch wissen müssen!“) Nur in Zwentendorf hat man es nicht gewußt. Sie kennen das ohnehin alles. Da wollen wir uns nicht verbreitern. Was mich daran nur stört, das ist für mich ja nur ein Beispiel, daß man offenbar in der Gesellschaft, in der wir leben, nur mehr ganz schwer abdrehen kann. Daß wir immer nur Sachzwänge haben und nicht mehr frei und selbständig entscheiden dürfen. Ich frage mich zunehmend, ob das fortschrittlich ist, wenn man immer Gas gibt, und ob der, der auch einmal bremsen möchte, unbedingt der Konservative ist, wie Sie es gesagt haben.

Das Dritte, Sie haben gesagt, Herr Abgeordneter, Alternativen, das ist etwas für die Reichen. Das ist etwas für die, die einen luxuriösen Lebensstandard haben, den Armen, denen bleibt die freie Luft und ein bißchen fischen gehen, wenn ich mich recht erinnere. Das war ziemlich wörtlich. (Abg. Gerhard Heidinger: „Nein, nein, der Wohlstand!“) Ja, der Wohlstand.

Nun, Herr Abgeordneter, ich lade Sie ein, nächstens an einer Sitzung dieser Steirischen Akademie teilzunehmen. Da werden Sie sehr wenig Reiche und Leute mit Wohlstand finden, die sich dort engagieren. Das sind junge wie alte Leute, die mit sehr viel Idealismus und vor allem mit einer Gesinnung auftreten, die nicht nur an das Reden denkt, sondern auch daran denkt, wie man das machen kann: Die haben noch ein Gefühl dafür, daß man nicht etwas anderes predigen kann als man selbst tut; die wirklich so leben, wie sie predigen. Daß dort sehr viele Hunderte von jungen und alten Leuten sind, die überhaupt nicht zu den Reichen gehören.

Als ich versucht habe, ein Inserat zu machen, mit Leuten gegen Zwentendorf, da waren plötzlich Junge, Alte, Sozialisten, ÖVPLer, Freiheitliche, alle bereit. So einfach ist das nicht, daß man sagt, die Reichen sind gegen Zwentendorf und die wirklich Ausgebeuteten müssen für Zwentendorf sein. (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege Schilcher! Jetzt drehen Sie mir doch nicht das Wort im Munde um! Die Reichen können leichter auf einen Zuwachs verzichten. Sind Sie mir nicht böse — worauf soll ein Mindestrentner noch verzichten?“) Herr Abgeordneter Heidinger, ihre Meinung ist ja die Reduktion des Menschen auf seine materielle Existenz. Lebenssinn und Lebensglück ist einfach verdienen. Nicht cogito ergo sum, sondern ich verdiene, ergo sum. Das ist halt ein bißchen zu eng, glaube ich. Ich

meine wirklich, daß diese Leute zeigen, daß es auch noch einen anderen Sinn des Lebens gibt als nur den, jedes Jahr halt um 3 Prozent ein bißchen mehr zu verdienen. Vielleicht kann man es so nennen, ich will ja keinen Gegensatz. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich bin kein Wachstumsfetischist. Wenn man den Leuten anders helfen kann, soll man es tun. Versuchen wir gemeinsam eine Umverteilung!“) Herr Abgeordneter, vielleicht versuchen wir, gemeinsam nachzudenken. Nur Herr Abgeordneter, das ist ja Ihr nächster Punkt. Sie sagen also, wer nein zu Zwentendorf sagt, der muß ja zu einer neuen Umverteilung sagen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sehr richtig!“) Gut. Darf ich Sie erstens einmal darauf aufmerksam machen, daß diese Umverteilung ohnedies pausenlos stattfindet, allerdings umgekehrt seit der sozialistischen Regierung. Das heißt, daß die oben eigentlich immer mehr haben und die unten immer weniger. Weil sozial und sozialistisch halt immer weniger identisch sind. Lassen Sie sich von Ihrem Landesrat Klausner belehren, der in seiner Einbegleitungsrede gesagt hat: (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege, ich glaube es Ihnen!“) Mehr Wachstum, so wie Sie das meinen, bedeutet mehr Bürokratie und bedeutet keineswegs, daß der einzelne, der kleine Mann, sich in diesem System leichter zurechtfindet. So einfach ist das nicht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich habe manchmal das Gefühl, daß Sie auf der falschen Seite sitzen!“) Herr Abgeordneter Heidinger, fragen Sie einfach Ihre Genossen in Wien, die alle nicht zur Wahl gegangen sind, warum sie nicht zur Wahl gegangen sind (Abg. Gerhard Heidinger: „Weil sie verärgert sind!“), und dann werden sie Ihnen mitteilen, was der wahre Grund war, weil es da eine ganz interessante neue Verbundung vor allem in der politischen Führungsschicht gibt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie haben recht, Sie kämpfen nur auf der falschen Seite!“) Und da bin ich der Meinung, ist die Kritik dieser jungen Menschen durchaus am Platz. Das heißt, die Okoromantiker meinen einfach eines: daß mehr Wirtschaftswachstum halt einfach nicht mehr soziale Gerechtigkeit bedeutet. Das ist eben Ihr Irrglaube. (Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt zieht er zurück!“) Nur auf der anderen Seite sind diese Okoromantiker auch keine Maschinenstürmer, zu denen Sie sie gerne stempeln würden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Davon habe ich kein Wort gesagt!“) Sie sind auch keine Technikverächter, wo Sie sie gerne haben möchten, sondern das sind einfache Menschen, die, statt ununterbrochen um das Goldene Kalb zu tanzen, unter Umständen wieder mehr Ideen haben möchten, mehr Freiheit, ein bißchen weniger Abhängigkeit und daher sagen: Es ist nicht der Weisheit letzter Schluß, ein System, das davon abhängt, daß der Schah von Persien wohl gut gehätschelt ist, weil sonst in Österreich die Lichter ausgehen, daß dieses System doch nicht so ist, wie wir es uns unter Umständen vorstellen könnten. Ich meine, diese Leute möchten, daß man mit der Technik umgehen lernt und sich nicht von der Technik beherrschen läßt. Ich glaube, Ihre Formel, die Sie angeboten haben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist der links-rechte Flügel — und der Dorfer lacht dazu!“) Warum haben Sie denn dann das andere gesagt? (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege Schilcher,

ich unterstreiche alles, aber drehen Sie sich auf die andere Seite und sagen Sie es ihnen!") Herr Abgeordneter, ich habe ja Ihre Rede gelesen, und die war voll von Bekenntnissen zum Wachstum. Toll, das ist erfreulich! (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich bekenne mich dazu — und wissen Sie warum? Weil darauf bisher unser sozialer Friede aufgebaut war!") Dagegen ist ja bitte auch überhaupt nichts einzuwenden, Herr Abgeordneter Heidinger. Selbstverständlich, dagegen ist auch nichts zu sagen. Nur was Sie meinen ist: weil es bisher so gegangen ist, wird es auch in Zukunft so weitergehen. Das ist eben diese Formel: Zukunft ist Vergangenheit plus 3 Prozent. Da glaube ich nicht, daß es so einfach geht. Da glaube ich, könnte man unter Umständen von diesen Idealisten ein bißchen lernen, und nicht mehr möchte ich. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich verurteile das nicht!") Wohl, Sie haben gesagt, daß sind diese Romantizismen, auf die man nichts geben soll. (Abg. Gerhard Heidinger: Das ist doch keine Beleidigung, wenn ich ihm sage, er ist romantisch! Darunter ist doch etwas Schönes zu verstehen!) Ich bin nicht angerührt, weil ich gehöre nicht dazu. Um was es mir geht — und vielleicht können wir uns da durchaus treffen —, daß wir diese einfachen Formeln, die wir da immer anbringen, ein bißchen überprüfen. Denn daß mehr Wachstum, wie Sie gesagt haben, automatisch mehr Vollbeschäftigung ist, ist nicht ganz sicher. Daß es in der Industrie nicht stimmt, wissen wir. (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber gar kein Wachstum ist sicher nicht Vollbeschäftigung!") Herr Abgeordneter, kommen Sie dann heraus! Daß mehr Wachstum in der Industrie nicht mehr Vollbeschäftigung ist, wissen Sie wie ich. Daß da bestenfalls eine Hoffnung besteht, daß diese Leute im tertiären Bereich beschäftigt werden, wissen Sie auch. Daß sie dort aber sehr teuer werden, wissen wir auch schon. Denn eine Familie, die funktioniert, macht die Erziehung billiger als eine Tagesmutter plus zwei Kindergärtnerinnen, Heimerzieherinnen, Ganztagschullehrer und so weiter. Und auf die Frage, wer das künftig alles bezahlen soll, sind die Antworten auch nicht wahnsinnig überzeugend. Das heißt, auf der Spitze des Berges, auf der wir uns jetzt befinden, ist die Luft offenbar dünn, egal von welcher Seite wir da hineinsteigen. Vielleicht ist diese Ratlosigkeit, die uns verbindet, vielleicht ist die auch ein Brückenschlag zwischen diesen Okoromantikern und Realisten, die ich meine. Es wäre ja ganz sinnvoll, wenn wir uns zusammentäten, etwa in dem Sinn, daß wir sagen: Versuchen wir, voneinander zu lernen. Daß die Unzufriedenen, die sagen, wie es bisher läuft, ist es nicht gut, quer durch die Parteien gehen, quer durch die Verbände, wissen wir. Daß die Glaubwürdigkeit der Parteien nicht steigt, wenn wir so tun, als hätten die ohnehin nichts zu reden und ohnehin nur sind, das wissen wir mittlerweile auch schon. Es wäre daher sinnvoll, wenn wir uns zusammensetzen würden, und das hat den Herrn Landeshauptmann bewogen, einen Arbeitskreis einzurichten für alternativen Lebensstil. Und dort soll diese Begegnung stattfinden, und dort werden wir miteinander diskutieren. Ich bin überzeugt, daß diese Diskussion sehr fruchtbar sein wird, weil wir sowohl tüchtige Menschen brauchen, Menschen die

anpacken, zupacken, als auch Leute, die nachdenken, die einen Freiraum haben. Und wenn die sich treffen, kann ich mir vorstellen, geht es in Zukunft besser. Statt hier irgendwelche Gräben aufzureißen zwischen den Romantikern und den Realisten, würde ich Sie miteinladen, gemeinsam in dieser Zukunft mitzuarbeiten. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pinegger.

Abg. Pinegger: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Lasset mich bei den Kleinen verweilen. Aber das ist nicht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auf Sie bezogen (Allgemeine Heiterkeit), sondern ich meine damit eine Sparte im Rahmen der Erziehung, die sich auf den Kindergarten bezieht. Mit der Einführung des Kindergartenförderungsgesetzes, meine Damen und Herren, und zwar 1974, hat sich eine enorme Verdichtung des Netzes an Kindergärten in unserer Steiermark gebildet. Wir durften feststellen, daß überall dort, wo bislang keine Kindergärten waren, oder wo man bislang versuchte, und zwar überbrückend, einen Erntekindergarten zu führen, daß dort Dauerkindergärten errichtet wurden. Und es ist sicher im Rahmen dieser vorschulischen Erziehung auch dieses Erfassen dieser Kinder im Alter von drei, vier und fünf Jahren von wesentlicher Bedeutung. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, die Bedeutung dieser vorschulischen Erziehung in diesen Kindergärten habe ich ad eins: als Großvater selbst schon kennengelernt und ad zwei: habe ich es kennengelernt in meiner Eigenschaft als Lehrer. Ich hatte aber nur in meiner Gemeinde bislang das Glück, einen Erntekindergarten zu führen. Ich habe immer wieder irgendwo verspürt, daß diese Kinder, die in den Genuß dieses Erntekindergartens kamen, irgendwo in der Gemeinschaft schon vorbereitet waren, und es war der Einsatz dann im Rahmen der schulischen Ausbildung ein wesentlich leichter.

So dürfen wir, meine Damen und Herren, hier feststellen, daß seit dieser Einrichtung dieses Kindergartenförderungsgesetzes ein großer Nachholbedarf im Zusammenhang mit der Schaffung von Kindergärten beseitigt wurde.

Wir sind aber noch lange nicht dort angelangt, wo wir sagen könnten, so ähnlich, wie wir es im Pflichtschulbereich haben, es sei irgendwo lückenlos, so wie man die Volksschulsprengel abgrenzt, oder wie man lückenlos Hauptschulsprengel abgrenzt, daß das schon in dem Sinne bewerkstelligt sei. Wir müssen leider Gottes feststellen, daß es ein Gefälle gibt, was den Kindergartenbesuch, besser gesagt, was die Möglichkeiten dieses Kindergartenbesuches anbelangt, ein Gefälle, das sich von der Stadt zum Land in dem Sinne ergibt. Es ist irgendwo ganz natürlich. Die größten Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang bereitet in den ländlichen Gemeinden das Heranbringen der Kinder in den Kindergarten, genauso wie dann das Abholen der Kinder. Das ist bedingt durch die geographischen Entfernungen, es ist aber darüber hinaus auch bedingt, meine Damen und Herren, durch die arbeitsmäßige

Überlastung der bäuerlichen Bevölkerung. Es ist auch zumeist in dem Sinne gegeben, daß durch diese Einrichtung, die ja mehr abzielt auf einen Erziehungskindergarten als auf einen Versorgungskindergarten, die Bewegung der Kindergartenzöglinge erschwert, daß es auch nicht der Personenkreis der Arbeiter und Angestellten bewerkstelligen kann, weil es zumeist endet mit der Unterrichtseinheit an den Volksschulen. (Wechsel im Vorsitz: ab 20.15 Uhr Dritter Präsident Feldgrill.)

Meine Damen und Herren, es ist in diesem Zusammenhang im Finanzausschuß, und darüber dürfen wir uns glaube ich freuen, im Zuge der Einbringung einer Resolution von allen drei im Landtag vertretenen Parteien dahingehend ein Vorstoß auf Bundesebene unternommen worden, daß man unter Umständen Möglichkeiten sucht, wie man im Rahmen dieses Schülerfreiverkehrs vielleicht auch die Kindergartenkinder miteinbeziehen könnte. Dafür sei gedankt.

Nun, meine Damen und Herren, auch ein klein wenig Statistik: Hier bin ich irgendwo mit meinem lieben Kollegen Laurich auf einer Liste. Ich möchte nur einige Zahlen nennen. Ich habe mir die Aufgabe gemacht und habe versucht, zu errechnen, wie sieht es gegenwärtig, mit Stand 30. November 1978, in dieser Überschau, bezogen auf die Kindergärten aus. Wir haben in der Steiermark die Drei-, Vier- und Fünfjährigen berücksichtigt. Eine Besucherzahl in der Höhe von 35 Prozent. Das heißt, ein starkes Drittel dieser drei Jahrgänge hat also in der Steiermark die Möglichkeit, einen Dauerkindergarten oder einen Erntekindergarten zumindest zu besuchen. Der Bezirk Radkersburg zum Beispiel liegt bei 30 Prozent, der Bezirk Fürstenfeld bei 26 Prozent, Murau bei 25 Prozent, der Bezirk Voitsberg 34 Prozent, Graz-Umgebung 36 Prozent und Graz-Stadt 55 Prozent. Würde ich die Städte in dieser Bezirksschau ausklammern, so würden natürlich die Prozentsätze der diese Bezirkshauptstädte umgebenden ländlichen Gemeinden noch wesentlich geringer werden.

Meine Damen und Herren, die Zahl der Kindergärten, öffentliche und private, hat sich seit Wirksamwerden des Kindergartenförderungsgesetzes 1974 wie folgt dargestellt: Waren 1974/1975 279 Kindergärten in der Steiermark in Betrieb, so sind es mit 30. November 1978 434 Kindergärten, die in Betrieb sind, also eine namhafte Steigerung. Mit 30. November 1978 sind aber, und zwar nach dem Rechtsstatus, bereits 526 Kindergärten existent, das heißt, es wird an ihnen gebaut. Es ist also damit zu rechnen, daß sie im Jahre 1979 zum Großteil zur Eröffnung kommen. 1974 hatten wir 654 Kindergärtnerinnen im Dienst stehen. Mit 30. November 1978 sind es 880.

Und nun zu der Förderung, die gemäß dieses Kindergartenförderungsgesetzes seit 1974 einsetzte. Es ist hier die Bauförderung. Sie betrug von 1974 bis 1978 für 157 öffentliche Kindergärten und für 71 private Kindergärten insgesamt den namhaften Betrag von 132,3 Millionen Schilling. Bei Inkrafttreten des Kindergartenförderungsgesetzes 1974 war ein Betrag in der Höhe, und zwar bezogen auf das Jahr 1974, von 3,8 Millionen Schilling für Bauförderung ausbezahlt. Die Personalförderung, die sich auf

die Kindergärtnerinnen bezieht, die erste Kindergärtnerin, sprich 100 Prozent, jede weitere, die in einer Gruppe tätig ist, ist gleich 50 Prozent. Seit 1974 wurde der Betrag für diese Personalförderung in der Höhe von 168,9 Millionen Schilling verausgabt. An Beihilfen an die Eltern konnte in diesem Zeitraum der Betrag von 141,1 Millionen Schilling verausgabt werden. Demnach betrug der gesamte Förderungsbetrag seit Inkrafttreten des Kindergartenförderungsgesetzes für Objektförderung, Personalförderung und Kindergartenbeihilfe den namhaften Betrag von 446,2 Millionen Schilling.

Wenn auch, meine Damen und Herren, im Budget 1979, das wir gegenwärtig diskutieren, die Ansätze in verschiedenen Gruppen, oder in den meisten Gruppen, irgendwo eine Reduzierung erfahren haben, so dürfen wir feststellen, daß die Ansätze in der Gruppe 2, Unteransatz 24, vorschulische Erziehung, im Vergleich zu 1978, sprich 118,7 Millionen Schilling, 1979 auf 130,5 Millionen Schilling angehoben werden konnten. Das heißt mit anderen Worten, das Land Steiermark investiert in die jüngste Jugend für diese vorschulische Bildung auf Langzeit gesehen wertvolle Gelder.

Meine Damen und Herren, auch die ländlichen Gemeinden sind hier in diesem Sinne beispielgebend wie die städtischen, die waren es in der Vergangenheit, das möchte ich in aller Form hier bekennen, weil sie budgetär in dem Sinne, was die Finanzkraft anlangt, stärker waren. Aber die ländlichen Bereiche konnten somit auch hier miteinbezogen werden.

Meine Damen und Herren, ich darf von dieser Stelle aus dem verantwortlichen Referenten, Herrn Landesrat Jungwirth, all den Beamten, die in den zuständigen Rechtsabteilungen ressortmäßig mit diesen Agenden der Kindergartenförderung tätig sind, ein herzliches Wort des Dankes sagen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch all den kommunalen Vertretern, die irgendwo draußen, und zwar auch dieser vorschulischen Erziehung, durch Einbau von Mitteln in ihren kommunalen Budgets Rechnung tragen, in aller Herzlichkeit danken. Ich möchte den vielen Kindergärtnerinnen, die an diesen Außenstellen für unsere Kleinsten tätig werden, einen Dank sagen, aber auch den Helferinnen, und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, all jenen Eltern, die eigentlich diese Gemeinschaftsbildung als wertvoll erkannt haben und ihre Kinder oft unter großer Mühe in diese Kindergärten bringen, auch denen gebührt ein herzlicher Dank. Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, gebührt, und das wird ja immer wieder von dieser Stelle aus gesagt, den braven Steuerzahlern, ob es Arbeiter, Angestellte, Bauern, Gewerbetreibende, Freischaffende sind, der Dank des Landes Steiermark und Ihnen der Dank, daß Sie mir gelauscht haben. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Ich erteile das Wort dem Herrn Präsidenten Gross.

Abg. Gross: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Im Kapitel 2 finden wir auch das Unterkapitel Erwachsenenbildung. Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, einige Male in diesem Hohen Haus zu

Fragen der Erwachsenenbildung Stellung zu nehmen, und ich glaube, wir sind uns alle darüber klar, daß diese Erwachsenenbildung in der heutigen Gesellschaft einen besonderen Stellenwert hat. Der Strukturwandel der Gesellschaft bringt es einfach mit sich, daß unsere Bildungsaufgaben hier einfach immer dringender werden. Dabei allerdings müssen wir mit Besorgnis einen starken Widerspruch zwischen Bildungsnotwendigkeiten, Bildungsvorstellungen und Bildungsinteressen feststellen. Die in den sechziger Jahren oft vertretene Meinung, die technisch-wirtschaftliche Entwicklung benötige in ihrer Weiterentwicklung automatisch immer mehr höherqualifizierte Arbeitskräfte, ist nunmehr einer nüchternen Betrachtungsweise gewichen. Neue technische Verfahren sowie Rationalisierung und Automatisierung haben in Teilen der Industrie und zunehmend auch in anderen Bereichen zu einer Stagnation, ja auch zu Verlusten von Arbeitskräften geführt. Immer häufiger sind diese Faktoren aber auch Ursache für einen Qualifikationsverlust bei den Fachkräften. Daraus ergeben sich wiederum Probleme für den Arbeitsmarkt, die fast in allen Industrieländern fühlbar werden. So gesehen ist es in einer Zeit, in der sich nunmehr herausstellt, daß Bildungs- und Ausbildungsvorgänge sich nicht sofort und unmittelbar im Berufsleben oft verwerten lassen, eine eminent politische Aufgabe für uns alle, die Menschen immer wieder zu motivieren und sie zu besserer und mehr Bildung anzuregen. Die Schule, die Erwachsenenbildung sowie der gesamte Kulturbereich können einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung dieser Zivilvorstellungen leisten. Denn, meine Damen und Herren, nur wer gelernt hat zu lernen und damit einen Zugang zur lebenslangen Weiterbildung findet, der kann durch seine Mobilität auf dem Arbeitsplatz eine gesicherte Existenz aufbauen. Diese wiederum ist zumindest Grundlage für eine wirklich aktive Teilnahme am Kulturleben und Voraussetzung für eine vielseitige Entfaltung der Persönlichkeit. Es geht uns allen um eine ständige Verbesserung und eine verstärkte Durchlässigkeit des Bildungssystems und um eine möglichst hochwertige erste Bildungsphase für möglichst viele Menschen, die die Grundlage für die berufliche Mobilität legen muß. Ferner geht es um ein modernes System der Weiterbildung und Umschulung, ohne daß dadurch neue soziale Ungerechtigkeiten entstehen. Dabei wird es aber auch zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Schule, Universität und den Einrichtungen der Erwachsenenbildung kommen müssen, wenn nicht vieles, was wir dabei tun, einfach Stückwerk bleiben soll.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, glaube ich, wird es unumgänglich notwendig sein, daß unsere Bestrebungen darin münden, daß das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz früher oder später durch ein Volksbildungsgesetz auch in Österreich abgelöst wird, weil wir damit die finanzielle Grundlage der Erwachsenenbildung sicherstellen werden. Gerade in der Steiermark gibt es eine sehr große Anzahl von Einrichtungen der Erwachsenenbildung, welche die Bedeutung dieser Arbeit schon sehr früh erkannt haben, und wir sehen dies in einem dichten Netz von Bildungsorganisationen in unserer engen Heimat. Die ständig stei-

genden Teilnehmerzahlen bei diesen Einrichtungen der Erwachsenenbildung zeigen aber auch, daß wir auf diesem Gebiet auf dem richtigen Weg sind. Ich möchte hier Bildungsorganisationen nicht detailliert hervorheben. Es gibt so viele Bemühungen in der Steiermark, konfessionelle Verbände, Verband der Volkshochschulen, Arbeiterkammer, Urania und anderes mehr, aber wenn wir die Besucherzahlen der letzten sechs, sieben Jahre nur durchleuchten, merken wir eine fast 100prozentige Steigerung. Das Land Steiermark fördert diese Aktivitäten im Jahre 1979 mit einem Betrag von 1,4 Millionen Schilling für die Volkshochschulen, und ich möchte hier zugestehen, daß das Land Steiermark trotz aller Kürzungen damit beweist, welchen Stellenwert es der Erwachsenenbildung zumißt. Diese Budgetpost ist nicht unter die Kürzung gefallen, das möchte ich hier positiv festhalten.

Meine Damen und Herren! Diese positive Gesinnung, die im Lande Steiermark gegenüber der Erwachsenenbildung herrscht, können wir leider in der Landeshauptstadt Graz nicht feststellen. Denn nicht nur, daß es in Graz fast keine finanzielle Unterstützung für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung gibt, stoßen auch noch Eigeninitiativen, wie zum Beispiel die der Arbeiterkammer zur Errichtung eines neuen Bildungshauses in Graz mit eigenen Mitteln, auf wesentliche Schwierigkeiten und auf Widerstand. Für uns als Erwachsenenbildner eigentlich unverständlich, und wir hoffen nur, daß hier auch ein Umdenken in der nächsten Zeit eintritt, denn wenn die Arbeiterkammer schon bereit ist, wesentliche finanzielle Mittel in ein Bildungshaus zu investieren, dann soll man ihr nicht unnütze Schwierigkeiten bereiten.

In der Gruppe 2 finden wir aber auch die Ausgaben und Ansätze über Forschung und Wissenschaft und dazu, meine Damen und Herren, möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen machen, weil ich glaube, daß in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, in der wir alle Anstrengungen zur Sicherung der Arbeitsplätze unternehmen müssen, diese Frage eine besondere Bedeutung hat. Zunächst möchte ich davon ausgehen, daß die Bundesregierung in den letzten acht Jahren die Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 22 Prozent erhöht hat. Das wären jetzt Zahlenspiele, die vielleicht wieder der Herr Abgeordnete Schilcher erwähnen könnte. Das sind im Jahre 1978 insgesamt 4,2 Milliarden Schilling. Wenn wir nun die Beiträge, welche die Länder und die Wirtschaft ebenfalls für Forschung und Entwicklung bereitstellen, dazurechnen, kommen wir auf eine Summe von 10,4 Milliarden Schilling. Das entspricht einem Anteil von 1,2 Prozent des Bruttonationalproduktes gegenüber 0,9 Prozent im Jahre 1970. Das bedeutet aber, meine Damen und Herren, das sollen wir in aller Deutlichkeit erkennen, daß wir im internationalen Vergleich bei der Forschung gegenüber gleichwertigen Industrieländern, wo wir also bei 2 bis 2,5 Prozent stehen, noch immer stark unterrepräsentiert sind. Ich glaube, allein aus diesen wenigen Zahlen ist deutlich erkennbar, daß wir uns hier noch in einem Aufholprozeß befinden, den aber nicht allein die öffentliche Hand tragen kann.

Es gibt zu dieser Frage eine Studie von Experten, es waren 130, die der Meinung sind, daß noch viel mehr als bisher österreichische Betriebe im Bereich Forschung und Entwicklung aktiv tätig sein müssen. Eine Koordinierung der Bestrebungen auf diesem Gebiet, vor allem im Bereich der mittleren und kleineren Unternehmen, ist in diesem Zusammenhang notwendig. Ich brauche in diesem Hohen Hause sicherlich nicht betonen, daß hier das Geld gut angelegt ist, denn die Statistik beweist, daß auf einen Förderungsschilling zwischen den Jahren 1972 bis 1977 19 Umsatzzillinge erreicht werden konnten. Wenn wir immer wieder betonen, daß unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit nur durch die Erzeugung sogenannter intelligenter Produkte auf Dauer erhalten werden kann, dann müssen wir uns alle gemeinsam zu einer verstärkten Forschungsförderung bekennen. Großartige Leistungen, wie zum Beispiel die Entwicklung des LT-Verfahrens oder die auf dem Sektor der Verbrennungsmotoren hier in Graz, um nur zwei Beispiele zu nennen, beweisen, daß das Wissen und Können unserer Forscher und Arbeitnehmer vorhanden ist, und es nur darauf ankommt, ihnen jene Bedingungen zu geben, die sie brauchen, um in unserer Heimat und nicht im Ausland wirken zu können. Nachdem wir hier auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ganz entscheidende Weichen für die Zukunft unseres Landes stellen, sollte das über alle parteipolitische Grenzen hinweg unser gemeinsames Anliegen sein. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

(Wechsel im Vorsitz.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Chibidziura das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich will einige Anmerkungen zum Sport bringen, nachdem einige Herren bereits sehr philosophische Darstellungen gebracht haben und im besonderen der Herr Dr. Maitz philosophisch über den Sport gesprochen hat, möchte ich dies mehr aus der Sicht der Praxis tun. Ein großer Teil unserer Jugend ist bereits vom Wohlstand verzogen und dadurch sehr, sehr bequem. Sie schwänzen oft lieber die Turnstunde oder rauchen vor- und nachher noch geschwind eine Zigarette und erleben den Sport beinahe wie die alten Römer als Zuschauer im Zirkus, heute halt vor dem Fernseher. (Abg. Dr. Dorfer: „Das sagt der Urgermane Chibidziura!“) Beutegermane, Urgermane nicht, wenn Sie es so haben wollen! Dr. Maitz hat das mehr oder minder die Fettleibigen genannt.

Die Schiamateure lassen sich heute von den vielen, vielen Zuschauern bejubeln und manchem rinnt oder rieselt noch der Schauer über den Rücken. Den Zweigen der Leibesübungen aber, die keine Sensationen zu bieten haben, denen fehlen die Zuschauer. Das Fernsehen bringt Übertragungen oft erst nach Mitternacht. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Da wird früher abgeschaltet!“) Trotz dieser negativen Aspekte — zum Beispiel wurde schon angeführt, daß zu wenig Geld da ist — wird es notwendig sein, unsere Jugend mehr für den aktiven Sport zu begeistern. Zuschauen ist gut, aber selberrmachen ist besser. Das müssen wir dem Steirer

sagen, und das ist das, was er braucht. Mit einem Fit-Mach-Mit-Wandertag oder einem Fitlauf beziehungsweise einem Fitmarsch am 26. Oktober, das heißt, einmal im Jahr, ist nichts getan. Das ist gerade so, wenn einer in die Sauna geht, einen Kilo herunterschwitzt und dann zwei Krügel wieder aufgießt. (Abg. Karrer: „Marschieren!“)

Meine Damen und Herren, immer wieder hören wir, machen Sie viel Bewegung, betreiben Sie Sport. Diese Ratschläge zählen zu den ältesten und meistgehörten und am wenigsten befolgten volksmedizinischen Empfehlungen. Der richtige Tip für den Steirer muß richtiger heißen, schwitzen Sie mindestens einmal täglich aus körperlicher Anstrengung, sofern es der Arzt nicht verboten hat. Den gemächlichen Sonntagsspaziergang zwischen Jause und Mittagessen, den können Sie sofort aus der Wertung Ihres Fitnessprogrammes streichen; und gehen Sie am natürlichen Sportgerät des Städters, den Stiegen, nicht gedankenlos vorbei, um in den Fahrstuhl oder Lift zu steigen. Weil aber allein tun selten Spaß macht (Allgemeine Heiterkeit!), sind die Vereine da und mit diesen Tausende ehrenamtliche Funktionäre, die sich mit viel Idealismus unermüdet für das Wohl des Vereines und die Gesundheit ihrer Schützlinge bemühen, die oft selbst in die Tasche greifen, um den oft an der Grenze der Existenz operierenden Verein nicht auflösen zu müssen. Hier sei allen Funktionären der kleinen Vereine recht, recht herzlich gedankt. Die finanzielle Basis der kleinen Vereine ist einfach nicht gegeben, zumal die Sportförderung in erster Linie den Prestige- und Großprojekten zufließt.

Es ist zwar richtig, daß dem Spitzen- und Leistungssport sowie dem Breitensport Trainings- und Wettkampfstätten von modernster Ausstattung zur Verfügung stehen sollen, aber es ist auch eine Pinsenweisheit, daß nur ein gut funktionierender Breitensport die Gewähr für einen guten Spitzensport sein kann. Wenn wir jetzt die Prestige- und Großprojekte betrachten, muß es immer mal drei heißen, einmal Union, einmal ASKO, einmal ASVO. Meine Damen und Herren, das heißt auf gut Deutsch, der Sport in der Steiermark ist zu stark verpolitisiert. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Aber keine Spur!“) Meine Damen und Herren, solange der Sport in der Steiermark von der Politik bestimmt wird und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Sportvereine von der Zugehörigkeit zu einem politischen Dachverband abhängig ist, kann es in unserem Lande niemanden verwundern, wenn viele von einer sportlichen Tätigkeit Abstand nehmen. Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß die politischen Sportverbände in einem umfassenden Sportdachverband der Steiermark zusammengefaßt (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Das sind sie ja bereits!“) und übergeführt werden sollen, und dort sollen die einzelnen Fachverbände nach Sparten unterteilt werden. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Herr Kollege, das sind sie!“ — Abg. Doktor Dorfer: „Der Turek ist bei Union — wer zweifelt daran!“) Diese Dachorganisationen sollen dann ihren Wirkungskreis über die Bezirke in die einzelnen Gemeinden erstrecken können. Alle Sportstätten, inklusive der Schulsportstätten, sollen zusammengefaßt und nach Möglichkeit der Öffentlich-

keit geöffnet werden. Die finanzielle Frage ist durch einen Sportpool für die Steiermark zu lösen. Diesen Pool sollen die Gemeinden, das Land und der Bund und auch die Wirtschaft speisen. Die einzelnen örtlichen Sektionen sollen durch ausgebildete und qualifizierte Lehrwarte, Trainer, Sportlehrer, aber auch Schulsportlehrer betreut werden, deren Ausbildungssystem neu zu überdenken ist und deren Leistungen teilweise aus Mitteln der Sportförderung zu entgelten sind. Dem steirischen Sportdachverband obliegt es auch, festzustellen, wo Lücken im Sportstättenbau liegen und die Füllung dieser Lücken zu initiieren. Als Minimum wäre je eine Mehrzweckhalle pro Bezirk und eine brauchbare, der Allgemeinheit zugängliche Sportstätte in jeder Gemeinde anzusehen. Durch seine örtliche Sektion erfaßt der Sportdachverband die Talente bereits in der Schule und gliedert sie in die praktische, sportliche Ausbildung ein. Die Koordination zwischen Schule und Verein muß verbessert werden. Zum Beispiel leiden Schulgemeinden und deren Vereine sehr stark darunter, daß Lehrer oft nicht mehr im Orte wohnen, nach der Schule nach Hause fahren und damit für das kulturelle und sportliche Leben des Schulortes verloren sind. Richtig wäre es, wenn die Lehrer der Schule auch im örtlichen Verein tätig sein könnten. Besonders ist der Schulsport zu intensivieren. Ansätze besonderer Art, wie die Sporthauptschule und die Brucknerhauptschule sind ja sicherlich von Vorteil. Für Spitzensportler sollen Leistungszentren aller Sparten geschaffen werden. Die Zahl der heute im Schulalter sich befindlichen haltungsgeschädigten Kinder ist noch immer alarmierend. Es ist notwendig, die nötigen Leistungsanreize zur Sportbetreibung zu schaffen, der Schwerpunkt der Freiheitlichen liegt aber auf dem Breitensport, der ja nach den gesundheitsorientierten Funktionen optimal geeignet ist, das immer größer werdende Problem der Freizeitgestaltung zu bewältigen und schließlich wesentlich zur Integration des einzelnen in eine gesunde Gemeinschaft beizutragen.

Zum Schluß noch herzlichen Dank all jenen, die sich um den steirischen Sport bemühen und verdient gemacht haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Stoisser.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin ein bißchen ein Realist und werde doch mit einigen Zahlen beginnen. Die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, hat etwa 20 Prozent unseres Budgets, nämlich 3,44 Milliarden Schilling, wie wir gehört haben, und beschäftigt sich mit der Ausbildung unserer Jugend. Ich möchte am roten Faden die Geburtenentwicklung in der Steiermark (Landesrat Bammer: „Roter Faden ist immer gut!“ — Abg. Brandl: „Roter Faden — guter Faden!“) — roter Faden, die Schrift ist schwarz — diese Gruppe betrachten. Wir haben im Jahre 1978 49.000 Kinder im Alter, daß sie in den Kindergarten gehen könnten, und im Jahre 1981 sind es nur mehr 44.000. Es sind also in vier Jahren um 5.000 Kinder weniger, die den Kindergarten besuchen könnten. Das sind etwa 170 Gruppen. Das sollte man ein

bißchen näher betrachten, wenn man an den Bau von Kindergärten denkt. Wir haben durch das Kindergarten gesetz sehr viele Kindergärten in der Steiermark gebaut und sind sicherlich noch nicht am Ende der Entwicklung. Aber es gibt schon da und dort Kindergärten, wo man schauen muß, daß man die Kinder für diese Räume hat. Hier wäre eine Möglichkeit, wir haben auch einen solchen Resolutionsantrag abgegeben, daß man mit den Schulbussen auch Kinder zu den Kindergärten führen kann, so daß sich einzelne Gemeinden unter Umständen den Kindergartenbau ersparen könnten. Diese Entwicklung der Geburten, die von 1963 bis 1977 eine Verminderung von 40 Prozent erfahren hat, im Jahre 1963 hatten wir über 23.000 Lebendgeburten, im Jahre 1977 nur mehr 14.000, hat natürlich auch eine Auswirkung auf den Schulbau überhaupt und hier im speziellen auf den Hauptschulbau. Die Volksschulen sind ja ziemlich unausgelastet, hier jagen sich die einzelnen Schuldirektoren schon da und dort die Schüler ab, wie wir es heute schon in einer Wortmeldung gehört haben. Auch hier einige Zahlen. Im Jahre 1978, also heuer, haben wir rund 86.000 Schüler, die in der Unterstufe der AHS oder Hauptschule, also die 10- bis 14-jährigen, sein sollten. Im Jahre 1987, also in neun Jahren, sind es nur mehr etwa 59.000, das sind um rund 27.000 weniger, also ein rundes Drittel. Auch hier erhebt sich die Frage beim Schulbau für die Hauptschulen, ob man diese Geburtenzahlen auch richtig bei der weiteren Projektierung von Neubauten berücksichtigt. Als Kommunalpolitiker weiß man, daß hier die Forderungen von der Lehrerschaft sehr hoch geschraubt sind und die Kassa eher knapp ist. Wir haben auch im Schulaufonds im Budget 1979 nur mehr 40 Millionen Schilling, zum Unterschied von 57 Millionen Schilling im Vorjahr. Der Bundeszuschuß, der als Zweckzuschuß an die Gemeinden gegeben wurde, betrug im Jahre 1978 21,6 Millionen Schilling. Der ist heuer im Zuge des Finanzausgleiches zur Gänze weggefallen. Auch das muß berücksichtigt werden.

Und nun zu den Lehrlingen. Auch bei den Lehrlingen haben wir dieselbe Entwicklung. Wir haben heuer etwa 33.500 Lehrlinge, und es sollten nach der Entwicklung nächstes Jahr etwas mehr sein. Im Jahre 1980 beginnt bereits die Zahl der Lehrstellen-suchenden zurückzugehen. Nur kommen wir hier zu einem Problem. Wir haben heuer über 900 Lehrlinge noch nicht untergebracht. Es sind 365 männliche und 608 weibliche Jugendliche in der Steiermark, die einen Lehrplatz suchen, laut Aussendung des steirischen Arbeitsamtes. Vor allen Dingen in der Industrie ist der Rückgang gegenüber dem Vorjahr sehr stark und beträgt etwa 8 Prozent. Bei Handel und Gewerbe sind es 5 Prozent weniger Neuaufnahmen als im Vorjahr, und das ist einigermassen bedenklich. Was sind hier nur die Ursachen für diese Entwicklung? Wir haben ja bisher faktisch alle Jugendlichen, die bereit waren, eine Lehrstelle anzunehmen, untergebracht. Es hat sich die Wirtschaft in den vergangenen Jahren immer bemüht, die Lehrlinge unterzubringen, und heuer geht es nicht mehr. Es gibt hier sicher verschiedene Ursachen. Zum einen ist es die wirtschaftliche Entwicklung. Es ist auch in den kleineren und mittleren Betrieben schon etwas weniger Arbeit, es ist aber auch zum anderen

die neue Novelle zum Berufsausbildungsgesetz, die einige Schwierigkeiten bringt. Es ist zum Beispiel die Probezeit von drei Monaten auf zwei Monate gesenkt worden, die Behaltspflicht wurde auf vier Monate, also um einen Monat, erhöht, und wenn eine Prüfung vorzeitig stattfindet, ist auch die Lehrzeit nicht nach der lehrvertragsmäßigen Zeit von drei Jahren zu Ende, sondern unter Umständen schon um zwei oder drei Monate früher. Außerdem gibt es wahnsinnig viel Bürokratismus dabei. In der Lehrlingsstelle der Kammer der gewerblichen Wirtschaft ist nach dem Sommer ein wahnsinniger Andrang von Verwaltungsarbeit, der, meiner Meinung nach, zur Hälfte nicht notwendig wäre. Wenn ich Ihnen zeigen würde, welches Formular es gibt nur zur Beistellung des Materials für das Gesellenstück, so kann man nur den Kopf schütteln über soviel Bürokratismus. Ich glaube, hier hätte man ein bißchen schauen können, wir haben ja gewarnt, aber ich fürchte, daß diese Entwicklung sich in der nächsten Zeit nur noch verschlechtern wird.

Nun zum Berufsschulwesen, für das die Landesregierung, das Land Steiermark, zuständig ist. Wir haben seit 1963 1,6 Milliarden Schilling für das Berufsschulwesen ausgegeben, davon etwa 800 Millionen Schilling für den Bau und für die Ausstattung dieser gewerblichen Berufsschulen. Es sind nur mehr drei Schulen zu bauen, und zwar soll das Lehrhotel Aigen fertiggestellt werden, das soll im nächsten Jahr bereits stattfinden, der Bau der Landesberufsschule Lassing, wohin die Konditoren und Fleischer kommen sollen, und der Bau der Landesberufsschule Knittelfeld für die metallverarbeitende Industrie muß noch durchgeführt werden. Dafür sind noch weitere 450 Millionen Schilling erforderlich. Wir haben zur Zeit 20 Landesberufsschulen, und 90 Prozent der Lehrlinge sind in der Steiermark bereits lehrgangsmäßig untergebracht. Es hat das Land Steiermark damit seinen Anteil an der Ausbildung der Jugend vom Kindergarten bis zu den berufsbildenden Schulen sicher sehr ernstgenommen durch Beistellung von Kapital und Beistellung von Arbeit, und ich glaube, das alles ist im Sinne unserer Jugend bestens angelegt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Preamsberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Preamsberger: Hohes Haus!

Wenn über Lehrlinge gesprochen wird, dann glaube ich, ist es gerade in der heutigen Zeit notwendig, auf ein paar Dinge hinzuweisen, denn wir haben als Arbeitnehmervertreter zeitgerecht auch natürlich verlangt, daß in der Industrie das Lehrstellenangebot vergrößert und ausgebaut werden muß. (Landesrat Peltzmann: „Da habt Ihr ein gutes Beispiel gegeben!“) Das haben wir bei Waagner-Biró ganz gut gemacht. Ich möchte hier auch darauf hinweisen, daß wir, weil jetzt vom Sport gesprochen wurde, einer der ersten Betriebe in der Steiermark, ich könnte vielleicht sogar sagen, ohne überheblich zu sein, in Österreich waren, die in der Dienstzeit für Lehrlinge den Sport eingeführt haben, weil wir mit Recht auch immer den Standpunkt eingenommen haben, daß es für eine gute Lehrausbildung ja auch notwendig ist, daß die körperliche Verfassung des

jungen Menschen auch in einem guten Zustand ist, und dafür ist Sport sehr geeignet. Es ist aber auch ein gewisser Hintergedanke von uns, von der Lehrlingsausbildung und vom Betriebsrat, gewesen, daß hier unser Sportverein, der ja an und für sich in verschiedensten Sparten auch in unserer Firma tätig ist, einen gewissen Nachwuchs aus dem Bereich der Lehrlinge erhält. Schauen Sie, heute, in der Zeit der Einsparungen, so wie hier im Budget sind wir gezwungen auf Landesebene, die Gemeinden, nun durch die wirtschaftliche Situation zu sparen, besteht die Gefahr, daß in gewissen Bereichen auch der Industrie und der Wirtschaft nun der Weg des Einsparens in Richtung der Jugend gehen soll. Wir verhindern das, denn wir sind der Meinung, daß es unbedingt notwendig ist in einer Zeit der geburtenreichen Jahrgänge, daß wir Vorsorge zu treffen haben, die jungen Menschen, die lernbereit sind, auch auszubilden, damit in den späteren Jahren, wo es weniger Jugend geben wird, denn rückläufig sind die Geburtenjahrgänge, auch für unsere Wirtschaft die ausgebildeten Kräfte zur Verfügung stehen. Wir können es uns auch gar nicht leisten, in einer Zeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vielleicht gerade auf dem Gebiet der Lehrlinge und der Lehrplätze Einsparungen vorzunehmen, denn, wie man erfährt und wie man liest, es ist direkt schockierend, befindet sich unter den Arbeitslosen der westlichen Welt leider eine sehr große Zahl von Jugendlichen. Man liest von zirka 7 Millionen. Welche Auswirkungen, können wir auch aus den Zeitungen entnehmen — sie sind zum Teil katastrophal. Es ist verständlich, daß der junge Mensch, der in der Demokratie aufwächst, natürlich auch das Vertrauen zur Demokratie verliert, wenn er nach Erlernen eines Berufes — oder oft schon gar nicht die Möglichkeit hat, einen Beruf zu erlernen — denn an und für sich keine Arbeit findet. Hier müssen wir Vorsorge treffen, und das kann sich der Westen nicht leisten auf weite Sicht, daß die Jugendarbeitslosigkeit zunimmt, sondern wir haben Vorsorge zu treffen, daß sie rückläufig wird. Wir haben seitens der Bundesregierung zeitgerecht auch Maßnahmen gesetzt, daß man einen Ansporn gibt, hier neue Lehrstellen zu schaffen. Wir konnten durch die Förderungen im Jahre 1977 doch 24.000 Lehrplätze in Österreich neu schaffen. Insgesamt stehen auch an Förderungsmitteln für 1979 zusätzlich 97 Millionen Schilling zur Verfügung. Was begrüßenswert war, es sind auch im Budget 300 Millionen Schilling, für den Notfall, vorgesehen, daß man, wenn notwendig, Vorsorge treffen kann, um zusätzliche Förderungen von Lehrplätzen durchzuführen. Man spricht leichter darüber, Lehrplätze zu fördern, es ist aber an und für sich nicht sehr einfach, denn man muß nachweisen, ob diese Lehrplätze, für die man eine Förderung beansprucht, auch echt zusätzlich geschaffen wurden. Da gibt es nun auch Förderungen aus dem Bereich der Länder, und Überschneidungen müssen natürlich auch verhindert werden. Die Zahl der Lehrstellenbewerber steigt von Jahr zu Jahr, und es wurde auch darauf hingewiesen, daß das Lehrstellenangebot leider dieses Jahr ein wenig rückläufig war. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß es besonders erfreulich ist, und ich habe es gehört und auch gesehen bei der Alpine, daß man dort ganz

zielbewußt eine Lehrwerkstätte errichtet hat, die beispielgebend ist. Man hat auf diesem Gebiet der Schwerindustrie den Appell, der immer wieder gerichtet wurde, auch an die Industrie, neue Lehrplätze zu schaffen, ernstlich auch in der schweren Zeit durch große Investitionen berücksichtigt.

Ich glaube, daß wir in dem Gewerbebereich, wo wir die meisten Lehrplätze praktisch heute vorfinden, auch in den Berufsschulen feststellen können, daß von den Industriehrlingen auch in den Schulen meistens ein Mehr verlangt wird an Können, und hier, glaube ich, müßte man auch ein wenig großzügiger vorgehen. Ich bin immer besonders erfreut, und ich habe auch vor ein paar Wochen die Möglichkeit gehabt, das unseren Lehrlingen zu sagen, daß die Lernergebnisse, die Abschlußprüfungen, von unserer Jugend einfach beispielgebend sind. Wir haben zum Beispiel sehr viele junge Menschen, die mit Vorzug ihre Prüfungen ablegen. Das ist aber auch ein Beweis, daß die Jugend sich darüber im klaren ist, daß sie nicht nur Forderungen stellen kann, sondern auch lernen und sich vorbereiten muß für die spätere Zeit, die ja an und für sich gerade nicht sehr rosig aussieht.

Nun wird in der „Tagespost“ am 1. November 1978 darauf hingewiesen, daß ein Lehrlingsdilemma in der Steiermark besteht, daß, wie schon auch der Herr Ingenieur Stoisser darauf hingewiesen hat, 325 Burschen und 608 Mädchen nicht untergekommen seien. Ich darf hier den Appell richten, man möge gerade im Bereich der Jugend, im Bereich der Lehrlinge, das aus der politischen, propagandistischen Auseinandersetzung herausziehen, denn man erreicht nämlich gerade das Gegenteil. Ich habe erlebt, daß 1978 man in den einzelnen Betrieben dafür kämpft, daß mehr Lehrlinge aufgenommen werden, man erreicht das dann nach längeren Auseinandersetzungen, dann werden die Lehrlinge zur Prüfung eingeladen, und am Ende stellt man dann fest, wenn die Zuschriften an die jungen Menschen ergehen, daß sich ein Großteil nicht einfindet, der die Prüfung bestanden hat. Warum? Weil sehr viele aus der Angst heraus, nicht den passenden Lehrplatz zu finden, sich an mehreren Stellen bewerben, und sie suchen sich logischerweise dann auch den besser erscheinenden Betrieb aus, um dort die Lehrstelle dann aufzunehmen. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist nicht immer der bessere Betrieb!“) Ich glaube, hier müßte man ein bißchen vorsichtig sein, denn wenn in den Zeitungen immer alarmierende Berichte stehen, daß nicht die dementsprechenden Lehrplätze zur Verfügung stehen, dann glaube ich, wird von dieser Möglichkeit, sich an vier, fünf Stellen zu bewerben, immer mehr Gebrauch gemacht, und am Ende dann stellt man fest, daß die erkämpften Lehrplätze nicht voll besetzt werden.

Ich glaube, so schlimm wird es nicht sein, wenn vom Herrn Dr. Schreiber darauf hingewiesen wird, daß die am 1. August in Kraft getretene Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes die Lage verschärfen hätte. Ich glaube, daß man nicht bestreiten kann, daß diese Novellierung eine Qualitätsverbesserung und natürlich auch Mehrkosten verursacht hat. Aber etwas hat mich schockiert aus diesem Zeitungsbericht, weil es ja immer eine Meinungsverschiedenheit zwischen Gewerkschaft und Bundes-

wirtschaftskammer in dieser Frage gegeben hat, daß von 10.000 Lehrbetrieben nur 30 angesucht haben, daß die Verhältniszahlen hier geändert werden sollen. Ich habe damit gerechnet, nachdem durch die Novellierung diese Möglichkeit geschaffen wurde, daß man auch bei den Verhältniszahlen in den einzelnen Lehrbetrieben großzügiger vorgeht, daß hier vielleicht doch reichlich Gebrauch gemacht werden wird. (Abg. Ing. Turek: „Habt Ihr schon einen Beweis dafür, daß Ihr recht habt?“ — Abg. Ing. Stoisser: „Das ist eine Schranke, die unnötig wäre!“) Moment! Der Zwischenruf, Kollege Turek, veranlaßt mich dazu, ich wollte hier nicht auf gewisse Dinge eingehen: Es wird immer auch Streitfragen geben, sowohl von der Jugend in Richtung Lehrherr als wie umgekehrt, das bestreite ich nicht. Aber man wird bei diesen Ausführungen meistens dazu gezwungen darauf hinzuweisen, daß im Bereich der Industrie leider eine Möglichkeit, daß der Lehrling eine Wertschöpfung bringt, nicht in der Form gegeben ist wie in gewissen Sparten des Gewerbes. Denn wenn ich als Installateur- oder Elektrikerlehrling einen Jugendlichen einsetzen kann, erspare ich mir zum Teil gewisse Hilfskräfte. Er bringt mir schon etwas, er wird ja auch verrechnet. In dem Bereich der Industrie ist er eine echte Ausgabepost, weil er zusätzlich in der Dienstzeit, wie ich gesagt habe, Sport, Schulunterricht zusätzlich zur Berufsschule und so weiter hat. So ist die Ausbildung ein bißchen intensiver. Nun habe ich gelesen, daß zum Beispiel in Bruck 87 Mädchen keinen Lehrplatz gefunden haben. Nun hat das Landesarbeitsamt eine Überbrückungsmöglichkeit geboten, was ja begrüßenswert ist, man hat einen Kurs für Haushaltsführung angeboten. Siehe da, von diesen 87 Mädchen haben nur 31 davon Gebrauch gemacht, und die anderen meinten, sie sind nicht pessimistisch in der Frage, daß sie vielleicht einen Lehrplatz nicht finden könnten, denn sie waren der Meinung, sie finden schon später noch einen Lehrplatz.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß es notwendig ist — das wurde in diesem Haus schon öfters gesagt —, daß die Jugend auch etwas umdenken muß. Es bedarf auch einer gewissen Aufklärung, das soll schon früh genug beginnen, damit sie nicht alle den gleichen Beruf erlernen wollen, denn wir stellen in den letzten acht Jahren fest, daß es immer zwei Berufe sind, die an der Spitze stehen. Das ist der Einzelhandelskaufmann, und das ist der Kraftfahrzeugmechaniker. Diese beiden Berufssparten liegen weit an der Spitze. Eines darf man doch auch besonders herausstreichen: Für Lehrstellensuchende in Österreich gibt es 225 verschiedene Berufe, die sie erlernen können. Es wäre also wünschenswert, wenn in gewissen Sparten der Versuch unternommen werden würde, der Jugend diese Berufsausbildung in anderen Bereichen schmackhafter zu machen.

Wenn heute darauf hingewiesen wird, daß wir schwerere Zeiten in der Ausbildung der Jugend entgegengehen, dann darf ich hier doch darauf hinweisen, daß in den nächsten Jahren — das wurde auch vom Kollegen Stoisser gesagt — bis 1980 ja die Jugend, die von der Schule kommt und einen Beruf erlernen will, rückläufig ist. Wir stellen fest, und das ist zu begrüßen, daß heute sich Maturanten bereiterklären, einen Beruf zu erlernen. Das kann

nicht schaden, das kann nur gut sein. Denn wenn ein Maturant, der eine dementsprechende Schulausbildung hat, sich bereiterklärt, dann noch einen Beruf zu erlernen, das kann für die Wirtschaft nur ein enormer Vorteil sein. Wir dürfen auch nicht übersehen, da können wir mit Stolz darauf hinweisen, daß 1977 ein absoluter Rekord an Lehrlingen in Österreich zu verzeichnen war. 184.261 Lehrlinge standen in der Ausbildung, das ist ein absoluter Rekord, und wir können wirklich darauf stolz sein.

Wenn ich nun Herrn Landesrat Peltzmann kurz noch einmal auf die Berufsschulen anspreche. Wir bauen hier erstklassig schöne Internate, wir bauen sie wirklich für diese Jugend herrlichst aus, von Sportmöglichkeiten bis zu den Aufenthaltsräumen. Es würde uns aber freuen, Herr Landesrat, wenn auch ein größerer Teil der Abgeordneten die Möglichkeit hätte, im obersteirischen Bereich die neuen Schulen zu besichtigen. Ich werde im Landesberufsschulbeirat sowieso die Anregung bringen, daß zumindest wir die Chance eingeräumt bekommen, daß wir diese Schulen doch einmal besichtigen können. (Abg. Ing. Turek: „Gibt es Schwierigkeiten?“) Ich meine, man muß ja eingeladen werden. Das rege ich doch an.

Ich möchte abschließend die Gelegenheit wahrnehmen, den Lehrkräften in den Landesberufsschulen und all den Berufsschulen meinen Dank auszusprechen für ihre Bemühungen, den jungen Menschen für ihre Zukunft die Ausbildung angegedeihen zu lassen. Sie bemühen sich sehr, und ich glaube, es ist im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitnehmer zu begrüßen. Ein Danke für diese Bemühungen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Kollege Prensberger hat festgestellt, den Weg des Sparens soll man gegenüber der Jugend nicht gehen. Ich kann diese Meinung Prensbergers nur heftig unterstreichen. Leider muß man dazu feststellen, daß genau diesen Weg hauptsächlich jene Betriebe gehen, wo die Bundesregierung durchaus die Möglichkeit hätte, darauf Einfluß zu nehmen, daß dieser Weg gegenüber unserer Jugend nicht gegangen wird. Das steirische Berufsschulwesen, meine Damen und Herren, ist unbestrittenmaßen vorbildlich. Kollege Stoisser hat schon die wachsende Zahl der Berufsschüler angeführt, vor allem auch, was noch notwendig ist, um das große Programm des Berufsschulbaues in der Steiermark zu Ende zu führen. Trotzdem müssen noch einige Bemerkungen zu einem durchaus gefährlichen Signal in unserer wirtschaftlichen Entwicklung getan werden. Die Arbeitsmarktlage im allgemeinen kann man als dürrtig bezeichnen. Die Lehrlingsarbeitsmarktsituation im besonderen ist durchaus bedenklich. 1978 werden in den steirischen Betrieben um zirka 600 Lehrlinge weniger eingestellt, das ist zwar keineswegs ein Grund zur Panik, aber immerhin ein gefährliches Signal. Insgesamt hat sich jedenfalls die Lage gegenüber den vergangenen Jahren bei den Lehrlingen verschlechtert. Die Ursachen dieses

Rückganges haben natürlich sehr viele Komponenten, es ist zum ersten sicherlich die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, es ist aber vor allem auch die Mehrbelastung der Betriebe durch die Lehrlingseinstellung.

Es ist die Novelle zum Berufsausbildungsgesetz schon genannt worden, die mit 1. August 1978 in Kraft getreten ist. Meine Damen und Herren, genau dieser 1. August 1978 war sicherlich der falsche Zeitpunkt für die Einführung dieser an sich durchaus guten Novelle zum Berufsausbildungsgesetz. Hier muß gesagt werden, und das bestätigen auch die Ausführungen des Kollegen Prensberger, gerade die größeren Betriebe, vor allem auch die Industriebetriebe, kalkulieren natürlich genauer wie der kleine und mittlere Betrieb. Das hat eben jetzt dazu geführt, daß besonders in der Industrie die Rückgänge der Lehrlingsziffern perzentuell die allerhöchsten sind, weil eben dort genauer kalkuliert wird. Insgesamt ist jedenfalls diese Novelle zum Berufsausbildungsgesetz eine Bremse bei der Lehrlingseinstellung. Das ist einigermaßen unbestritten.

Ich möchte aber vor diesem Forum noch einmal an die Bundesregierung beziehungsweise den zuständigen Minister appellieren, eine Erleichterung bei den Verhältniszahlen zu ermöglichen. Ich weiß, und das hat auch Prensberger schon angeführt, daß es seit 1. August die Ausnahmemöglichkeit von den Verhältniszahlen gibt. Nur, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor. Wer sucht denn schon gerne um eine Ausnahme an? Man nimmt die Verhältniszahl als gegeben an und jede bürokratische Mehrbelastung ist eher dazu angetan, daß man einen Lehrling, der vielleicht noch in irgendeinem größeren oder kleineren Betrieb, vor allem kleineren Betrieb, aufgenommen werden könnte, nicht aufnimmt, weil man sich nicht Ausnahmen hiefür genehmigen lassen will. Nur dadurch und nicht anders kann ich mir erklären, daß erst 35 von zirka 10.000 steirischen Lehrbetrieben überhaupt bisher um diese Ausnahmegenehmigung angesucht haben, weil eine gewisse Scheu vor irgendwelchen bürokratischen Verfahren besteht.

Aber die Hauptursache, Hohes Haus, meine Damen und Herren, des Sinkens des Angebotes an Lehrstellen ist doch zweifellos die finanzielle Schwächung unserer Betriebe durch die Steuerlawinen seit dem Jahre 1975. Wenn man nüchtern dieses Ergebnis dieser Steuerlawinen betrachtet, muß man doch sagen, sie haben keinerlei Budgetsanierung gebracht, wohl aber haben sie eine ganz beachtliche Arbeitsplatzverhinderung mit sich gebracht. Es gibt da ziemlich genaue Errechnungen der Bundeswirtschaftskammer, die sich in diesen Fragen bisher noch immer als richtig erwiesen haben und die besagen, und ich sage nur die eine Ziffer, meine Damen und Herren, allein die zusätzlichen Steuern und Abgabenlawinen seit 1975 haben mindestens 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der österreichischen Wirtschaft verhindert. Der ärgste Höhepunkt in dieser Entwicklung ist zweifellos das 2. Abgabenänderungsgesetz gewesen, das der Wirtschaft etwa 17 Milliarden Schilling kostet; eine ungeheure Eigenkapitalverminderung ist die Folge und die Folge davon ist, daß man eben Ausgaben, die man nicht tätigen muß, nicht tätigt. Seit 1970, meine Herren Sozialisten sind die

Steuern und Abgaben in diesem Lande um 176 Prozent gestiegen, während das Bruttonationalprodukt nur um 138 Prozent gestiegen ist. Also insgesamt zweifellos eine Schwächung der Investitionsmöglichkeit. Das unsinnigste Unterfangen, das dieser Bundesregierung auf diesem Sektor eingefallen ist, war doch zweifellos die Lkw-Steuer, oder wie es so schön heißt, der Straßenverkehrsbeitrag, in Wirksamkeit getreten am 1. Juli 1978 seligen Angedenkens. (Abg. Gerhard Heidinger: „Was hat das mit dem Schulwesen zu tun!“) Darf ich Ihnen das gleich erklären. Infolge der leicht vorhersehbaren Retorsionsmaßnahmen, wir haben es hier sogar gesagt, in diesem Haus, daß das kommen wird, und ihre Refundierung durch die Bundesregierung (Abg. Gerhard Heidinger: „Die Transitsteuer haben Sie auch verlangt in diesem Haus!“) — da bleibt dem Fiskus praktisch von diesem Gesetz nichts mehr übrig. Lieber Kollege Heidinger, Sie haben heute von Terrormaßnahmen der Frächter gesprochen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Genau!“) Ich mache Sie darauf aufmerksam, die Frächter in diesem Land sind keine Terroristen, denn sie haben mit ihren „Terrormaßnahmen“ ganz genau erkannt, wohin dieses Gesetz führt. Erstens bringt es dem Finanzminister gar nichts und zweitens verhindert es etwa die EG-Mitfinanzierung der Pyhrnautobahn. (Abg. Zdarsky: „Das war gelenkt!“) Diese Lkw-Blockade war eine demokratische und sicher richtige Maßnahme unserer Frächter. Sie war vor allem auch eine Maßnahme zur Sicherung tausender Arbeitsplätze im gesamten Verkehrsgewerbe. (Abg. Dr. Horvatek: „Im Fremdenverkehr!“) Herr Kollege Horvatek, reden Sie doch nicht vom Fremdenverkehr! (Abg. Laurich: „Fremdenverkehr!“) Reden Sie doch nicht vom Fremdenverkehr; die Frächter haben nicht den 1. Juli festgesetzt für das Inkrafttreten dieses Gesetzes. (Abg. Gerhard Heidinger: „Terror bleibt Terror!“) Wir haben die Bundesregierung gewarnt und wir haben diesen Zeitpunkt als den schlechtestmöglichen immer schon vorher genannt. Ausschließlich die Bundesregierung und die rote Mehrheit im Parlament haben festgesetzt, daß am 1. Juli, zu einem unmöglichen Zeitpunkt, dieses Gesetz in Kraft treten muß. Da können Sie nicht den Frächtern vorwerfen, daß sie am 1. Juli diese Maßnahmen getroffen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Das einzig mögliche, meine Damen und Herren, das einzig mögliche zur Lkw-Steuer ist, daß dieses unsinnige Gesetz zurückgenommen wird. Ich weiß schon, daß das nicht geht, weil das Prestigeverlust wäre, daß das ein Gesichtverlust der Bundesregierung wäre. (Abg. Loidl: „Jahrelang habt Ihr diese Transitsteuer verlangt!“) Aber es gibt doch niemanden ernst zu nehmenden lieber Loidl, der dieses Gesetz noch gut heißt und dieses Gesetz noch als gut ansieht. Dieses Gesetz gehört weg und ist ein Schandfleck in der Steuergeschichte unseres Landes. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! (Abg. Brandl: „Die Transitsteuer wurde verlangt!“) Die unmittelbare Folge dieser Belastungslawinen ist ein gefährlich geringes Wirtschaftswachstum Österreichs. Und wenn Sie, meine Damen und Herren, die Vergleiche mit dem Ausland bringen: es dürfte Ihnen, ich nehme

an, nicht entgangen sein, daß das Wirtschaftswachstum in Österreich in diesem Jahr netto bei 1,5 Prozent, 1,6 Prozent liegen wird und daß es im Durchschnitt der OECD-Staaten, also praktisch aller westlichen Industriestaaten bei mindestens netto 4 Prozent in diesem Jahr zu liegen kommen wird. Es ist unbestritten, Hohes Haus, daß ein mindestens 4-prozentiges Nettowirtschaftswachstum überhaupt (Abg. Gerhard Heidinger: „Ein Traum!“) die Vollbeschäftigung sichern kann, vor allem auch die Jugendbeschäftigung und die Möglichkeit der Einstellung der Lehrlinge, um die es ja geht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ihr spielt ja mit gezinkten Karten und verteilten Rollen!“) Meine Damen und Herren, die Utopie Nullwachstum ist im höchsten Maße gefährlich, ist im höchsten Maße unsozial. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ihr könnt den „Zerrissenen“ von Nestroy spielen!“) — So hat er es nicht gesagt. Und selbst wenn er es gesagt hätte, ist das nicht Ihr Problem. Die Utopie Nullwachstum, meine Damen und Herren, führt zwangsläufig zu einer beachtlichen Arbeitslosigkeit und die Utopie Nullwachstum führt zu sozialem Rückschritt. Wir könnten den derzeitigen sozialen Stand mit einem Nullwachstum doch nie halten.

Hohes Haus, die Lösung des Problems Jugendvollbeschäftigung kann nur in einer offensiven Wirtschaftswachstumspolitik gelegen sein, und darunter verstehe ich vor allem die Schaffung von Investitionsanreizen aller Art, materieller und psychologischer Art. Es ist hier nicht der Platz, darauf näher einzugehen. Es ist durchaus zeitgemäß, wenn ich vielleicht nur in Klammer anführe, daß Grundprinzipien des Raab-Kamitz-Kurses, Grundprinzipien der Wirtschaftswachstumsgesetze vor 10 Jahren, in etwas modifizierter Form, es sein müßten, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, und die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen exportierenden Industrie ist das Um und Auf. Ist uns bewußt, meine Damen und Herren, daß die Industrie in Österreich seit 1970 etwa 70.000 Arbeitsplätze weniger gemacht hat? Wissen Sie, was das heißt? (Abg. Gerhard Heidinger: „Und die neuen Technologien haben ihren Anteil daran!“) Zirka 70.000 hat neuerlich der Präsident der Industriellenvereinigung festgestellt und er hat keine unrichtigen Ziffern in der Hand.

Und noch eines, meine Damen und Herren: Eine offensive Wirtschaftswachstumspolitik kann sicher nicht erreicht werden mit einer hochstaplerischen Währungspolitik, die dazu führt, daß man sagt, der Urlaub im Ausland ist billiger. Sogar unserem Bundesregierungschef ist der Urlaub in Österreich schon zu teuer. (Abg. Schrammel: „Mallorca!“) Dann können Sie sich vorstellen, wohin das führt. (Abg. Brandl: „Ein ganz alter Hut!“ — Abg. Hammer: „Das ist die Rede vom vorigen Jahr!“) Fast 40 Milliarden Schilling werden in das Ausland hinausgetragen. Eine solche Wachstumspolitik kann nicht gemacht werden mit dem Öffnen aller Importschleusen, nur um die Preise zu drücken. Die inländischen Arbeitsplätze sind dabei uninteressant und kommen unter die Räder. Und jetzt, meine Damen und Herren, eine Gewissensfrage! Können Sie mir erklären, warum bei der Post die Briefträger zur Zeit mit

Yamaha-Motorrädern aus Japan fahren? Ich kann es mir nicht erklären. (Abg. Brandl: „Weiß ich auch nicht!“) Yamaha-Motorräder. Mir haben einige Briefträger erzählt, sie sind zwar nichts wert, aber sie sind aus Japan importiert und tragen zu unserem Handelsbilanzdefizit bei. Vielleicht meine Herren Sozialisten (Abg. Gerhard Heidinger: „Wahrscheinlich geschenkt bekommen!“) können Sie mir erklären, warum unsere Polizisten und Gendarmeriebeamten zu einem beachtlichen Teil auf Honda-Motorrädern aus Japan herumfahren? (Abg. Hammerl: „Weil sie eine schnelle Maschine brauchen!“) Können Sie mir das erklären? Ich kann es nicht. Es wäre sehr interessant. Ich weiß nicht, ob das ein Beitrag zu unserer Vollbeschäftigung ist. (Abg. Hammerl: „Es gibt doch keine besseren!“) Eine solche Politik, Kollege Hammerl, kann man in der Stadt Graz machen, aber nicht in der Republik. Das ist eine Ausverkaufspolitik. Eine Jugendvollbeschäftigung kann damit sicher nicht gesichert werden. (Abg. Laurich: „Sie werden öffentlich ausgeschrieben und der Billigstbieter kommt zum Zug!“) Bitte sehr! Wenn Sie der Auffassung sind! (Abg. Loidl: „Es gibt ja keine schweren Maschinen in Österreich!“) Ich habe Sie ja gefragt, Herr Kollege Loidl. Wenn Sie das gutheißen, daß die Motorräder aus Japan kommen, bitte sehr! (Abg. Laurich: „Das heißt ja niemand gut, aber es gibt die internationale Zwischenhandelsspanne!“) Ich stelle nur fest. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wer hat die Motorräder importiert? Sicher ein schwarzer Händler!“)

Sicherlich sollen zur grundsätzlichen Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses dieser Bundesregierung noch zur Schaffung von Jugendarbeitsplätzen gewisse Spezialmaßnahmen getroffen werden. Da gibt es im Taus-Konzept zum Beispiel die Vorstellung von der Prämie zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Oder die Lehrplatzförderungsbeihilfen, die in diesem Budgetentwurf in der Gruppe 7 angeführt sind. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie haben sich geirrt, Sie sind noch nicht dort!“) Auch wenn der Bundeskanzler das Taus-Konzept als „irgendein Papier“ abtut, das anscheinend nicht wert ist, angesehen zu werden und ich bin mir darüber im klaren, daß unsere Lehrplatzbeihilfen auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sind; so möchte ich doch sagen, die Entscheidung in dieser Entwicklung liegt zweifellos dort, wo die Kompetenz und die Verantwortung liegt, nämlich bei der Bundesregierung. Ich möchte sagen: Kreisky hat zur Zeit jedenfalls allein die Macht, gute Vorschläge durchzusetzen, gute Politik zu machen, um unsere Lehrlinge voll einstellen zu können, um Jugendarbeitslosigkeit jeder Art zu verhindern und ich hoffe, daß ihm dazu und nicht nur für optische Großmanöver die Vollmacht von seiner Partei gegeben wurde.

Meine Damen und Herren, es ist anzunehmen, daß dieser Austro-de-Gaulle sehr bald, man hört im Frühjahr 1979, seine letzte Wahlschlacht antritt, um nämlich die Antwort, ob er die vielen echten offenen Fragen überhaupt lösen kann, so vor allem auch die Jugendvollbeschäftigung, überhaupt nicht mehr geben zu müssen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Wir unterbrechen die Landtagssitzung. Es wird morgen um 9.00 Uhr fortgesetzt. (Unterbrechung der Sitzung: 21.25 Uhr — Wiederaufnahme: 6. Dezember 1978, 9.00 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, wir nehmen die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. Es ist punkt 9.00 Uhr.

Ich habe gestern zu Beginn der Sitzung die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 59/1, Beilage Nr. 5, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut geändert wird, dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß zugewiesen. Die zuständige Rechtsabteilung hat nunmehr die Dringlichkeit dieser Gesetzesvorlage begründet.

Um daher dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß Gelegenheit zu geben, diese Gesetzesvorlage zu beraten und sodann im Hohen Haus antragstellend zu berichten, unterbreche ich die Sitzung auf 10 Minuten und ersuche die Mitglieder des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben.

(Unterbrechung der Sitzung von 9.01 Uhr bis 9.11 Uhr.)

Ich nehme nunmehr die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe dem Hohen Haus bekannt, daß der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 59/1, Beilage Nr. 5, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut geändert wird, behandelt hat und nunmehr antragstellend berichten kann.

Ich schlage vor, dieses Geschäftsstück auf die heutige Tagesordnung zu setzen und hierüber zu verhandeln.

Gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages können nicht auf der Tagesordnung stehende Geschäftsstücke nur dann als dringlich in Behandlung genommen werden, wenn der Landtag mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder hiezu seine Zustimmung gibt. Außerdem wäre von der Einhaltung von der Auflagefrist abzusehen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, welche meinem Vorschlag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Mein Vorschlag ist angenommen, und wir kommen zur Behandlung der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 59/1, Beilage Nr. 5, Gesetz mit dem das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut geändert wird.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Ritzinger als Berichterstatter zu berichten.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorlage über das Gesetz, mit dem das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut abgeändert wird, wurde im Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß soeben durchberaten und beinhaltet im wesentlichen folgende Bestimmungen:

Es ist Ihnen sicher bekannt, daß im Jahre 1974 in der Steiermark die Bürgermeisterpension eingeführt wurde, und zwar mit Stichtag 1. Jänner 1975. Alle Bürgermeister, die vor dem 1. Jänner 1975 tätig waren, sind nach diesem alten Bezügegesetz beziehungsweise Pensionsgesetz durch den Rost gefallen, indem sie keine Pension erhalten haben. Daraus sind eine Reihe von Härtefällen entstanden, und um diese Spitzen dieser Härten auszugleichen, wurde nun dieses vorliegende Gesetz beziehungsweise die vorliegende Novellierung im Landtag eingebracht, vom Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß soeben durchberaten und bringt nun die Tatsache, daß eine Reihe von Bürgermeistern, die vor dem 1. Jänner 1975 als Bürgermeister tätig waren, nun auch in den Genuß einer Bürgermeisterpension gelangen, einschließlich ihrer Hinterbliebenen.

Die Vorlage liegt Ihnen vor, und ich darf Sie namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses ersuchen, dieser Vorlage, beziehungsweise dieser Novellierung Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt offenbar nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung und bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

Wir setzen nun die Behandlung der Gruppe 2 fort. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer: Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Ausführungen des Kollegen Dr. Dorfer veranlassen mich, doch kurz zur Lehrlingsausbildung ein paar Worte zu sagen. Er hat gemeint, daß die Lehrlingsausbildung in der Steiermark vorbildlich sei und hat weiter gemeint, obwohl er den Termin kritisiert hat, daß die Novellierung des Gesetzes einigermaßen akzeptabel sei. In beiden Ausführungen habe ich den Eindruck, daß er dies doch etwas einseitig, aus seiner Sicht, also aus Unternehmer-sicht sieht, und ich möchte, ohne das Ausbildungswesen schlechtmachen zu wollen — ich betone das —, mir erlauben, Anregungen zu geben, beziehungsweise meine Gedanken hier vorzutragen.

Weil ich das als Sinn dieser Diskussion sehe, daß ein Abgeordneter hier Anstöße, Anregungen für weitere Sachdiskussionen gibt. An dieser Stelle habe ich schon einmal Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß in den OECD-Ländern die Arbeitslosenrate gerade der Jugendlichen, und das wurde auch gestern vom Kollegen Prensberger betont, besonders hoch ist und auch darauf hinzuweisen, daß man dort anhand von Studien versucht, nicht mehr die Symptome zu beseitigen, sondern den Ursachen auf den Leib zu rücken. Sehen Sie, und genau bei diesem Punkt spüre ich das Unbehagen, das auf anderem Gebiet der Kollege Schilcher spürt, nämlich daß die betroffenen jungen Menschen in der Lehrlingsausbildung in der bestehenden Form, eingebettet in dieses ganze System ruhen, und man nicht daran rühren will, weil man doch Sorge hat, die Jugendlichen und die Schulabgänger überhaupt

unterzubringen. Nun meine ich, ließe sich das eine und andere durchaus verbinden. Es gibt Vorstellungen der OGB-Jugend, die sehr umfassend sind, die kein Papierl sind, sondern wo in sehr umfangreichen Arbeiten Meinungen und Vorstellungen zusammengetragen wurden, die sehr, sehr gut sind (Abg. Ing. Stoisser: „Für wen gut?“), die wirklich überwiegend für die betroffenen Lehrlinge — das unterscheidet uns manchmal Herr Kollege, ich sehe das natürlich ein — (Abg. Dr. Dorfer: „Wissen Sie, Herr Kollege, wenn man das in die Tat umsetzen würde, hätte man viel mehr Jugendarbeitslosigkeit! Wer ist es, der sich für die Lehrlinge einsetzt? Nicht die Verstaatlichte!“) Das ist jetzt die große Frage. Das ist Ihre Behauptung, und ich versuche jetzt genau, wenn Sie mir zuhören, Herr Kollege Dr. Dorfer, Ihnen meine Aspekte darzustellen. (Abg. Dr. Dorfer: „Leider!“) Sehen Sie, auf der einen Seite, und das betrifft immerhin 180.000 junge Menschen, haben wir diese in der Vergangenheit sehr bewährte Form der Lehrlingsausbildung vorwiegend im Gewerbe und im Handel, bekanntlich über 70 Prozent, 16 Prozent rund in der Industrie, und die restlichen teilen sich dann auf. Das schaut in der Praxis so aus, daß vier Einheiten praktische Ausbildung geboten werden und eine Einheit theoretischer Unterricht. Und wir haben auf der anderen Seite, das werden Sie ja zugeben, auch unbestritten eine Fachschulausbildung. Wenn wir beispielsweise die Bulme nehmen, und ich meine nicht die höherbildende, sondern die mittlere Schule, diese Fachschulausbildung, wo das Verhältnis so aussieht, daß ungefähr drei Teile Theorie und zwei Teile Praxis geboten werden. Sehen Sie, auch dieses Modell ist unbestritten. Ich brauche nicht Illusionen entwickeln, sondern jetzt nur noch anbieten, daß man diese beiden Formen, die als bewährt gelten, doch versucht, zusammenzuführen, nämlich den Anteil des theoretischen Unterrichtes anhebt und die praktische Ausbildung etwas zurückstellt.

Warum sage ich das? Weil das überhaupt die Grundvoraussetzung wäre für die Diskussion, diese Lehrzeit allenfalls anrechnen zu können, wenn sich ein junger Mensch entschließt, weiterhin eine Schule zu besuchen und sich weiterzubilden. Heute ist die Lehrlingsausbildung eine Sackgasse. Ein Lehrling hat überhaupt nur die Chance, über die Erwachsenenbildungseinrichtungen weiterzukommen, die ja nicht genützt werden, weil sie eben sehr, sehr umständlich beziehungsweise unzumutbar sind. Zeigt wieder die Erfahrung, rund 4 Prozent nur schaffen über diesen Weg die Hochschulreife oder haben über diesen Weg die Hochschulreife erlangt. (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist viel, nicht wenig, Herr Kollege!“) Das ist Auffassungssache. Ich glaube, und mit mir sehr viele, daß das sehr wenig ist. Heute haben wir das Symptom, der Kollege Prensberger hat es gestern gesagt, daß Leute, die die Matura haben, sozusagen zurückfinden zur Lehrlingsausbildung und dann auch in die Lehre gehen. Das ist, glaube ich, auch kein zumutbarer Weg, daß ein Neunzehn- oder Zwanzigjähriger wieder in die Lehre geht. Deswegen die Einladung, darüber nachzudenken und mitzuwirken, daß wir eben die bestehende Lehrausbildung so reformieren, und zwar möglichst umgehend reformieren, daß dieser

Bildungsweg durchlässig wird und daß auch jemand, der nach der Schule meint, seine praktische Begabung in die Waagschale legen zu müssen oder zu können, das auch tut, so daß auch befähigte Schüler diesen Weg finden. Es ist jetzt keine Unterstellung von mir, aber landläufig sagt man, na ja, wenn er nicht die Voraussetzungen für eine mittlere und höhere Schule bringt, geht er eben lernen. Man könnte auch einladen, den anderen Weg zu beschreiten, nämlich, wie gesagt, die praktische Begabung zu nützen. Sehen Sie, jetzt komme ich auf das zurück, was der Kollege Stoisser hier einmal gesagt hat, nämlich, daß sich die Ausbildungskosten in der Lehrlingsausbildung und der Ertrag dadurch irgendwo die Waage halten, daß sich das ausgleicht. Nehmen wir an, das stimmt so, dann liegt es doch letztlich, wenn wir offen sind, daran, wer diese Änderung bezahlen wird. (Abg. Ing. Stoisser: „Aus der Ausgleichszulage könnt ihr das zahlen, sonst nicht!“) Es ist kaum zumutbar, daß ein Ausbildungsbetrieb, wenn er nur 2½ Tage ausbildet und 2½ Tage die Jugendlichen in die Schule gehen, daß dann der Ausbildungsbetrieb dafür die Lehrlingsentschädigung bezahlt. Natürlich ist das der springende Punkt. Aber auch hier ist es so, daß wir anlehnen können an die Handhabung einerseits der Fachschulregelung und Finanzierung und andererseits eben die Anregung aufgreifen, einen Berufsbildungsfonds einzurichten, der auch jene Betriebe miteinschließt, die heute nicht ausbilden. Ich habe noch einmal nachgesehen, Herr Landesrat, von 250.000 Betrieben bilden nur zirka 60.000 aus, das heißt, alle anderen nehmen das Angebot in Anspruch, das dann im Anschluß daran entsteht.

Noch ein kleiner Aspekt dazu, bitte schön: Wir haben heute in der Ausbildung doch das Kriterium, daß über 50 Prozent der Burschen in nur 10 Lehrberufen tätig sind beziehungsweise die Ausbildung erfahren. Bei den Mädchen ist es noch krasser. Abgesehen davon, daß die Lehrberufsliste bei den Mädchen relativ kurz ist und wesentlich weniger Mädchen als Burschen die Lehre antreten, haben über 90 Prozent der Mädchen in 10 Ausbildungsfachgebieten, in Berufen Platz. Sehen Sie, wenn Sie hier selektieren und sagen, wenigstens für die wichtigsten Lehrberufe Möglichkeiten zu eröffnen. Nehmen wir an, es würde funktionieren, daß man den theoretischen Unterricht beträchtlich anhebt, so ich jetzt persönlich bitte, das ist keine Klubmeinung, das möchte ich sagen, zu überlegen, daß man die Lehrplätze insofern vermehrt. Nicht daß man die Lehrzeit verkürzt, sondern indem man diese Halbzeit, in der der Lehrling die theoretische Ausbildung nützt, einem zusätzlichen Lehrling für die praktische Ausbildung im Betrieb anbietet, das heißt, daß man theoretisch die Ausbildungsplätze verdoppeln könnte und überhaupt keine Sorge hätte, hier keine fundierte Berufsausbildung anzubieten. Sehen Sie, meine Damen und Herren, noch einmal: Ohne hier anheizen zu wollen, ohne hier etwas kritisieren zu wollen oder etwas schlecht machen zu wollen, gibt es dennoch die Einladung, im Sinne der Jugendlichen, im Sinne einer Durchlässigkeit, im Sinne der notwendigen Reform, darüber zu diskutieren, Wege zu beschreiten, die natürlich in erster Linie dem Jugendlichen, dem in

Ausbildung stehenden Jugendlichen zugute kommt, aber in letzter Konsequenz, meine Damen und Herren, auch der Wirtschaft zugute kommt, wenn fundiert ausgebildete junge Leute zur Verfügung stehen. Danke schön. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich mich zu diesem Problem Lehrlingsausbildung gemeldet habe, dann glaube ich, erwarten Sie von mir, daß ich auf Grund der Situation, in der ich mich mit dem zuständigen Referenten befinde, doch einiges sage. Vielleicht vorweg grundsätzlich: Wenn ich das tue, dann nur als Abgeordneter, als einer der vielen gewählten Vertrauenspersonen in unserem Lande, egal ob dies nun ein Roter oder ein Schwarzer ist. Als Privater, das möchte ich hier sagen, interessiert mich das überhaupt nicht, sondern ich stehe auf dem Standpunkt, daß eben Einrichtungen des Landes nicht so zu halten sind, wie in diesem Haus schon einige Male es aufgezeigt wurde, daß der eine oder andere Referent die eine oder andere Auffassung vertritt, sein Reich ist eine politische Domäne, hier kann er fuhrwerken, wie es ihm paßt, und hier kann er zensurieren, wie es ihm gefällt. Wenn Sie sich zurückerinnern, vor Jahren habe ich von dieser Stelle aus über das Problem der Ausfolgung von Formularen für die Gewährung von Lehrlingsbeihilfen gesprochen, habe auch hier konkret Beispiele gebracht und nachgewiesen, daß hier der zuständige Referent doch nicht im Sinne einer gedeihlichen Zusammenarbeit, ich meine zwischen Politiker und Bevölkerung, arbeitet. Es ist dann etwas besser geworden und ich habe die Formulare bekommen, weil doch auch in unserem Bezirk das politische Kräfteverhältnis so ist, daß ungefähr zwei Drittel SPO-Stimmen sind und ein Drittel OVP. (Abg. Doktor Eichtinger: „Ein bißchen wenig!“) Mit den kleinen Schwankungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, (Landesrat Peltzmann: „Seit 1970/71 zu unseren Gunsten — seitdem Sie kandidieren!“) darf ich sagen, kann man nichts anfangen, das geht zum Teil in die Prolongation oder ein Prozent, je nach Stimmung, je nach Situation. Das befriedigt beide nicht, das sage ich ganz offen. Aber meines Erachtens gibt es dem Referenten nicht die persönliche stolze Anmaßung, daß er hier seine persönlichen politischen Belange in der Behandlung der Abgeordneten ausweitet. So darf ich sagen, ist das seinerzeitige Verhältnis doch etwas besser geworden, bis zum Sommer dieses Jahres, wo bekanntlich in der Wahlzeit doch Rechenschaft gelegt wird, ob einer gut gearbeitet hat, ob sein Arbeitsstil verträglich ist, oder wie er sich sonst irgendwie benimmt und das trifft auch zu für beide Parteien, für die Sozialisten wie für die OVP-ler. So habe ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter unseres Bezirkes wahrlich keinen Grund gehabt, den zuständigen Referenten über verschiedene Belange zu loben, sondern habe einfach meine Meinung der Bevölkerung kundgetan. Siehe da, meine Damen und Herren, als ich dann getreu dem Vermächtnis, wie es jahrelang geübt

wurde, mit Unterlagen der betroffenen Lehrlinge hier beim Büro vorgesprochen habe, habe ich die Antwort bekommen: Nein, ich bekomme es nicht, weil ich mir erlaubt habe, in der Wahlzeit den Landesrat negativ zu kritisieren. Hier, glaube ich, sehe ich doch eine Verfehlung, die sich auch ein Regierungsmitglied nicht leisten kann. Ich habe mir, nachdem dies schon sehr lange geht, überlegt, was ich machen soll. Am liebsten hätte er sicher gerne gesehen, daß ich zum zuständigen Referenten gegangen wäre und mich dort entschuldigt hätte. Ich habe keine Veranlassung gehabt. (Abg. Dr. Dorfer: „Warum haben nur Sie dieses Problem? Können Sie mir das erklären?“) Da bekommen Sie auch die Antwort. (Abg. Dr. Dorfer: „Er ist ein unschuldiger Erzengel!“) Ich muß wohl sagen, wenn der Kollege Dorfer sagt, warum nur ich die Probleme habe, schauen Sie: In unserem Bezirk ist es so, daß jeder OVP-Funktionär die Formulare bekommt. Ich könnte sie hier namentlich aufzählen, ich habe sofort sechs, sieben Namen parat, von Neuberg beginnend bis hinunter zum letzten Zipfel unseres Landes beziehungsweise Bezirkes. Wenn Sie wollen, tue ich es, der Herr Landesrat weiß es ganz genau. Sehen Sie, ich stehe hier objektiverweise auf dem Standpunkt, daß jeder Funktionär das Recht hat, seine Mitmenschen zu betreuen. Wo kämen wir da hin, wenn dies nur einseitig geschieht, beziehungsweise wenn die Funktionäre von solchen Betreuungsmöglichkeiten ausgeschaltet werden. Hier sehe ich nicht nur den Bezirk, sondern auch in den übrigen Gebieten in der Steiermark passiert es, daß nicht OVP-Funktionäre große Schwierigkeiten bei der Erlangung solcher Formulare bekommen, beziehungsweise wird dies sogar abgelehnt.

Ich habe hier ein Schreiben, unterzeichnet vom zuständigen Referat, ausgehändigt bekommen, vom 5. September 1978, wo dem Bewerber um solche Formulare mitgeteilt wird: Nein, es ist nicht möglich, sondern nur für die Eltern oder die Erziehungsberechtigten. Hier frage ich Sie, meine Damen und Herren, sind nur OVP-Funktionäre Eltern oder Erziehungsberechtigte? Geht das so weit? (Unverständlicher Zwischenruf.) Herr Landeshauptmann, hier steht nur von dem. Deshalb sage ich: Es ist meines Erachtens eine solche persönliche Anmaßung des Referenten, daß er hier so einseitig vorgeht. Es ist meines Erachtens ein Widerspruch in unserer Verfassung, die doch aussagt, daß den Abgeordneten die Hilfe gegeben werden muß, auch von den zuständigen Regierungsmitgliedern, daß sie ihrer Betreuung der Bevölkerung nachkommen können. Meine Damen und Herren, das gilt für „Schwarz“, das gilt aber auch für „Rot“ und wenn Sie wollen, das gilt für „Blau“. Ich bin hier nicht eifersüchtig. Um was es mir geht ist, daß doch in unserem Bezirk sehr viele Menschen zu uns kommen und die Eltern nicht immer so gut im Schreiben sind, daß sie ohne weiteres einen Brief an die Abteilung schreiben. So habe ich mir erlaubt, diesen offenen Brief an den Herrn Landesrat Peltzmann abzusenden, ihn gebeten, er möge doch einmal von seiner bisher üblichen politisch-egoistischen Praxis Abstand nehmen und dem Sinn und dem Geiste nach der steirischen Verfassung so handeln, wie jedes andere Regierungsmitglied. Daß er vielleicht

andere Ziele verfolgt, Kollege Dorfer, das weiß ich, denn ansonsten würde seine Haltung nicht so sein und so frage ich heute und vielleicht letztmalig den zuständigen Referenten, ob er gewillt ist, diesen Weg der Öffnung für alle Abgeordneten gleich zu behandeln, oder ob er es weiterhin so machen will, wie er es bisher getan hat, daß er glaubt, nun die Verteilung, wenn auch ungesetzlich, so weiterzumachen, wie er sie bisher gehandhabt hat. Ich persönlich bin der Meinung, er müßte doch einmal Vernunft annehmen, (Abg. Dr. Eichinger: „Er ist sehr vernünftig!“) er müßte doch einmal dazu kommen und sagen: hier in der Jugend, in der Lehrlingsbetreuung, in der Hilfe der Abgeordneten draußen für die Erledigung der Probleme, kann nicht ein so politisch-egoistischer Standpunkt eingenommen werden. Herr Landesrat, ich frage Sie nun klipp und klar, hier Antwort zu geben, ob Sie gewillt sind, den Abgeordneten, auch wenn sie nicht von der OVP sind, diese Formulare auszuhändigen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Der Herr Landesrat Peltzmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Gruppe 2 scheinen die Berufsschulen und die Lehrlingsbetreuung, soweit das Land Steiermark sie vornimmt, auf. Über die Berufsschulen braucht man nicht allzuviel Zeit verlieren. Wir benötigen noch drei Schulen. Die drei Schulen sind in Planung. Aigen wird bereits im Schuljahr 1979 in Betrieb gehen. Durch die Inbetriebnahme Aigens wird es uns möglich sein, den Überhang in Gleichenberg, der zur Zeit 800 Lehrlinge beträgt, abzubauen und wir hoffen, daß wir dann auch die Lehrlingseinschulung der Fremdenverkehrsberufe 100prozentig, das heißt jeder Lehrgang zu seiner Zeit, durchführen können.

Anders liegt es bei den zwei noch benötigten Berufsschulen Lassing und Knittelfeld. Hier wurde eine neue Finanzierungsmethode gesucht. Die Planungen sind in Knittelfeld komplett abgeschlossen, in Lassing sind noch Teilplanungen notwendig. Ich rechne damit, daß wir im Sommer 1979 beide Schulen beginnen können und bis zum Schuljahr 1982 100 Prozent der steirischen Lehrlinge, wenn ich Graz ausnehme, Graz hat einmal eine Sonderregelung, wir haben nur gewisse Berufsgruppen, die das Führen von Lehrgangsklassen zu verantworten haben, aber auf der anderen Seite haben wir sämtliche in lehrgangsmäßige, wir sagen im Redebrauch in sogenannte Landesberufsschulen eingeschult. Zur Zeit besuchen 32.816 Lehrlinge unsere Berufsschulen. Davon 1466 aus anderen Bundesländern, während 537 steirische Lehrlinge in anderen Bundesländern um- und eingeschult wurden. Es dreht sich in erster Linie hier um Splitterberufe, wo die Klassenzahl, das heißt drei aufsteigende Klassen, nicht gegeben ist. Wir haben 567 Berufsschullehrer und, wieder außer Graz, sechs Bezirksberufsschulen. Unsere Berufsschulorganisation ist so aufgebaut, seit dem Jahre 1964, daß das übergangslos auch für die betroffenen Lehrer, das

heißt Auflösung von Bezirksberufsschulen und Einschulen der Lehrlinge in Landesberufsschulen, vollzogen werden kann. Unsere Berufsschullehrer bemühen sich wirklich, hier das Beste zu geben und ich stehe immer noch dazu, daß die derzeitige Ausbildungsmöglichkeit, die duale Ausbildung, die beste Ausbildungsmöglichkeit zur Zeit bietet. Das verhindert aber nicht, Herr Kollege Kohlhammer, daß man sich immer wieder neue Gedanken machen muß. Hier fließt ja alles, ist alles in Bewegung. Ich finde es nicht richtig, das nun Erreichte zu halten, sondern hier muß man sich an die Möglichkeiten anpassen. Es wurde auch diskutiert, in gewissen Berufen die Berufsschulzeit zu verlängern. Zur Zeit, Herr Kollege Kohlhammer, schon aus budgetären Mitteln nicht möglich! Wir haben zur Zeit alle Berufsschulen vollgerammelt, leider Gottes, viele Freizeiträume, die geplant waren, die der Gestaltung der Freizeit für unsere jungen Menschen dienen sollten, mußten als Schulräume herangezogen werden, weil wir, die Steiermark hat die stärkste Steigerung bei den Lehrlingszahlen aufzuweisen, diese Räume für Schulzwecke benötigen. Sie haben recht, Herr Kollege Kohlhammer, ich nehme Ihre Zahl an, ich habe sie nicht, daß von 250.000 Betrieben nur 60.000 Lehrlinge ausbilden. Das dürfte in der groben Umrißung stimmen. Wir sind schon vor Jahren, kann man sagen, an den Handelsminister herangetreten, die Verhältniszahlen zu lockern, was ja teilweise für Industriebetriebe geschehen ist. Zur Zeit sagt man beim Landesarbeitsamt, wir tolerieren eine Überschreitung dieser Zahlen um 30 Prozent. Nur, ich glaube, machen wir es publik, das müßten wir praktisch, dann vollziehen wir nicht das Gesetz. Und sonst wissen es so und so viele nicht. Die Hauptausbildungsstätte stellt nun einmal der Mittelbetrieb. Das haben Sie auch selbst gesagt. Wir versuchen ja, mit der Industrie den einen oder anderen neuen Weg, oder mit Großbetrieben, die zur Zeit keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, zu gehen. Ich darf hier Waagner-Biró lobend hervorheben. Dort hat man die Sachlage erkannt, daß es gar nicht darum geht, für den eigenen Betrieb den Facharbeiter heranzubilden. Jetzt geht es in erster Linie darum, dem jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, daß er einen Beruf erlernt. Sie können mir glauben, in fünf, sechs Jahren werden wir froh sein, wenn wir genügend junge Menschen in der Wirtschaft bekommen, die bereit sind, einen Beruf in der Wirtschaft zu erlernen. Hier sollte man die Kurzsichtigkeit ablegen und nicht nur den Betriebsstandpunkt. Das Gewerbe hat das nie gemacht. Das Gewerbe war seit Jahrzehnten praktisch die Ausbildungsbasis für den Facharbeiter in der Industrie. Die Industrie hat erst in den letzten zwanzig Jahren ein bißchen einen Aufschwung genommen. Das schwankt sehr stark von Betrieb zu Betrieb.

Ganz kurz noch zu den Lehrlingsausbildungen und zu der Unterstützung. Ich weiß nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob Sie sich die Budgetpost, um die es jetzt geht, 2280,25 genau angeschaut haben. Es geht auch um die Formulare. Schauen Sie, zur Zeit bekommt gar niemand eines. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist aber auch

nichts!“) Herr Kollege! Wir müssen es uns überlegen. Das ist zu schnell gegangen. Wir haben im Jahre 1977 4,5 Millionen Schilling für diesen Zweck ausgegeben und haben zur Zeit 2,5 Millionen Schilling im Budget. Gerne bin ich bereit, mich mit Ihnen zusammzusetzen. Sollen wir das dritte wegstreichen, sollen wir das erste wegstreichen. Aber alle drei Jahre zu bedecken, ist nicht möglich. Das sage ich sehr offen. Wir haben das Landesarbeitsamt angeschrieben. Es besteht nun die Bereitschaft. Wir haben das schon vor drei Jahren probiert, da ist es uns nicht gelungen, unsere Ansichten gegenseitig abzuklären, um damit Doppelbezüge zu erschweren. Das war vor drei Jahren nicht möglich. Ich habe selbst die Briefe geschrieben. Zur Zeit besteht der Anschein echter Aufgeschlossenheit. Vielleicht können wir mit der Arbeitsmarktverwaltung einen gemeinsamen Weg finden. Die Bedeckung durch das Budget 1979 macht die weitere Fortführung der jetzigen Vorgangsweise nicht möglich.

Ich sage Ihnen noch ein Beispiel: Die Arbeitsmarktförderung hat das Einkommenslimit bei 5000 Schilling. Ja, sind Sie mir nicht böse, wenn wir das auch einziehen, dann werde ich wahrscheinlich mit dieser Summe auskommen. Bei uns ist das Limit ziemlich höher. Wir müssen einen Weg finden, über den ich, das muß ich ganz offen sagen, selbst noch nicht schlüssig bin. Ich glaube es ist ehrlicher, das zuzugeben, als zu sagen, wir haben das alles bereits geregelt, wir wissen genau, was wir tun. Ich weiß es nicht. Hier muß man sich mit gescheiterten Leuten zusammensetzen.

Und nun lieber Kollege Karrer, wir beide haben noch nie die Gelegenheit gehabt, wir reden heute das erste Mal persönlich. Sollte Ihnen das in meinem Büro passiert sein, dann würde ich mit meinem Büro einmal kurz darüber reden, aber Sie haben selbst gesagt, der Wähler bestätigt die Arbeit des Mandatars. Da muß ich sagen, schneiden Sie seit 1970 im Bezirk Mürzzuschlag sehr schlecht ab und ich sehr gut. So eingebildet bin ich. Ich habe in meiner Heimatgemeinde immerhin den Wähleranteil verdoppelt seitdem ich kandidiere. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist doch ein Witz, davon kann das doch nicht abhängen!“ — Abg. Brandl: „Das ist eine unmögliche Aussage!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Er darf es sagen und der andere nicht?“) Das muß man so sehen, wie es ist. (Abg. Brandl: „Die gleiche Behandlung wollen wir, nichts anderes!“) Sie erregen sich über Dinge, die Sie selbst nicht durchdacht haben. Es ist ja nicht Aufgabe eines politischen Büros, Formulare zu verteilen. (Abg. Dr. Dorfer: „Sind Sie schlecht behandelt worden?“) 97 Prozent aller Eltern und Erziehungsberechtigten wissen, wo man die Formulare bekommt und fordern sie an. Nur bei 3 Prozent muß es der Abgeordnete machen. Ich kenne ja nur den Herrn Karrer in meinem Büro. Ich habe ihm mein Büro zur Verfügung gestellt, als wenn er meinem eigenen Klub angehören würde. Daß das nicht mehr der Fall ist, bestätige ich Ihnen. Ich danke. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Prof. Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einen Schlußstrich unter die Bilanz der Gruppe 2, soweit sie mein Referat betrifft, ziehe ich gerne. Ich stelle einleitend fest, daß wir auf dem Gebiet der Kindergärten in einem guten Zusammenwirken zwischen den Gemeinden und privaten Trägern weiterhin das Netz im Land ausgebaut haben. Wir haben im laufenden Jahr 35 Neugründungen und halten jetzt mit den Saisonkindergärten bei 21.000 Kindern, die steirische Kindergärten besuchen. Das sind über 40 Prozent der Altersgruppen, die in Frage kommen. Wir sind sehr vorsichtig, — und wir müssen es sein, — bei der Erstellung der Standorte. Wir versuchen, wo immer es möglich ist, uns auch mit Gemeinden und Pfarren so zu einigen, daß man durch Umbauten von Klassen oder von anderen Räumen zu billigeren Lösungen kommt, wo immer das nur möglich ist. Ich möchte auch sagen, daß die Qualität der Arbeit in diesen steirischen Kindergärten wirklich erfreulich ist. Durch Ausbildung und Fortbildung haben die Kindergärtnerinnen ein solches Format, daß sie wirklich im besten Sinne der Kinder arbeiten, die ihnen anvertraut sind. Das Grundgesetz über die Kindergärten wird verändert werden müssen, es ist bereits in der neuen Periode eingebracht worden und wird dem Landtag zur Beratung vorliegen.

Was die Pflichtschulen betrifft, meine Damen und Herren, ist das Netz bei den Haupt- und Volksschulen unverändert geblieben. Es ist voll ausgebaut. Es gibt natürlich immer mehr die Problematik der sinkenden Schülerzahlen. An den steirischen Volksschulen haben wir in diesem Jahr um 4500 Schüler weniger gegenüber dem vergangenen Schuljahr. An den Hauptschulen sind es 1700 weniger. Hier kommt das Schülerdefizit erst nach. Daß trotzdem die Lehrerzahlen in diesem Jahr noch gesteigert werden konnten, geht darauf zurück, daß die Überstunden abgebaut worden sind. In dieser Hinsicht gibt es aber im kommenden Schuljahr 1979/80 nur mehr sehr geringe Möglichkeiten. Diese Chance für neue Lehrer, für Junglehrer, auch aufgenommen zu werden, ist fast voll ausgeschöpft.

Nun, meine Damen und Herren, es ist daher kein Wunder, wenn zwischen den einzelnen Schulen und Gemeinden der Kampf um den Schüler begonnen hat, aber zu lösen, ist das Problem auf diese Weise nicht, sondern wir müssen uns auch in der Schulpolitik mit dem großen Rahmen der Geburtenentwicklung in Österreich beschäftigen. Wir sind ja im Jahre 1976 unter den Stand des Jahres 1937 in Österreich gerutscht. Es hat in einem Jahr relativ großen Wohlstandes weniger Geburten gegeben als im Jahr 1937, in einem Jahr, in dem die Wirtschaftsentwicklung in Österreich bei Gott schlecht gewesen ist. Die Gründe sind natürlich verschieden zwischen 1937 und 1976. Mit anderen Worten: Es wird notwendig sein, Familienpolitik neu zu überdenken. Wir brauchen sicherlich in Österreich eine familienfreundlichere und kinderfreundlichere Politik. Dazu gehört sicherlich die Erhöhung der Kindergartenplätze, gehören aber auch andere Maßnahmen: die Erleichterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die berufstätige Frau. Sie führt ja zwei oder drei Berufe, wenn sie Kinder hat, in einem aus-

Hier wird man sich sicherlich noch einiges einfallen lassen müssen. Auch die Frage von Wohnungen und Siedlungen, wie weit sie kinderfreundlich sind, ist damit in Verbindung zu sehen. Wir werden uns jedenfalls zu ähnlichen Maßnahmen entschließen müssen, wie sie in anderen Ländern, die ähnliche Entwicklungen haben, schon getroffen wurden. Das ist ein österreichisches Problem.

Eine Folge dieser Rückentwicklung möchte ich kurz skizzieren. Bei den Volksschulen erhöht sich nämlich die Zahl der niedrigorganisierten Schulen wiederum. Sie kennen die einklassigen Volksschulen, wo also vier Jahrgänge in einer Klasse unterrichtet werden, wo sicherlich pädagogisch sehr viel geleistet wird. Ob es für das Kind die beste Lösung ist, bleibt trotzdem fragwürdig. Auf Grund der sinkenden Schülerzahlen sind im laufenden Schuljahr die einklassigen Volksschulen in der Steiermark wieder angestiegen. Wir waren schon unter 40, jetzt sind wir wieder bei 50 einklassigen Volksschulen in der Steiermark. Es gibt welche, die natürlich sehr weit abgelegen sind und wo man zu einer Gewaltlösung einfach nicht schreiten darf. Es gibt darunter auch welche, die unter 10 Schüler haben. Hier wird es ganz bestimmt sehr kritisch. Wir haben derzeit in der Steiermark sieben Volksschulen, sieben einklassige Volksschulen, die weniger als zehn Schüler haben. Vielleicht interessieren Sie die Standorte. Es sind dies die Volksschulen in Weichselboden, in Gressenberg am Hang der Koralpe, in St. Georgen im Obdachegg, in Großsölk, Johnsbach, in Wörschachwald und Altenberg an der Rax. Diese Volksschulen haben weniger als zehn Schüler. Wir versuchen natürlich, behutsam vorzugehen. Wenn wir auflösen, dabei bleibt es, dann nur im Einvernehmen mit den Gemeinden und mit den Betroffenen. Aber natürlich ein Minimum an Kindern muß hier sein, denn sonst ist es wirklich nicht auszuhalten, daß solche Schulen eben mit vollen Kisten weiterlaufen können. Das ist eine große Sorge.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, kann ich auch gerne kurz auf die beiden Fragen, die mir der Herr Abgeordnete Laurich gestern gestellt hat, eingehen. Es geht zuerst um die Volksschule Launegg in der Gemeinde Lannach, ein mir sehr gut bekanntes Problem. Ich kann dazu berichten, daß Bezirksschulrat und Landesschulrat sich gegen die Auflösung ausgesprochen hatten. Das wäre aber vielleicht nicht einmal für die Rechtsabteilung 13 und für die Landesregierung der Anlaß gewesen, nicht aufzulösen. Aber es ist mir so gegangen, wie in manchen ähnlichen Fällen, es ist vor etwa einem Jahr eine riesige Delegation von Eltern der betroffenen Schüler bei mir aufmarschiert, die mich wirklich inständig gebeten haben, diese Schule nicht aufzulösen. Ich muß dazu sagen, die Schule ist nicht einklassig, sondern zweiklassig. (Abg. Laurich: „Einklassig nach Auskunft des Landesschulrates von gestern! 37 Schüler und einklassig!“ — Abg. Doktor Schilcher: „Sie sind schlecht informiert!“) Bitte, nach meiner Auskunft hat sie 37 Schüler, daher zwei Klassen. Zwei Klassen, ist mir von meiner Abteilung gemeldet worden. Da muß man das abgleichen. Mit 37 muß sie zweiklassig sein. (Abg. Laurich: „Ich habe gestern angerufen, Herr Landesrat!“) Eine Flasche Sekt, Herr Abgeordneter, geht in Ordnung?

Gut. Wir berichten dem Hohen Haus. Bei Einklassigkeit ich, bei Zweiklassigkeit Sie. Ist gemacht. Wird heute entschieden. (Abg. Laurich: „Die zahlt dann der, der mir die Auskunft gegeben hat!“) Ich habe dazu auch gehört, es wurde inzwischen auch ein neuer Sportplatz in der Nähe der Schule errichtet. (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Landesrat, wird das ‚Schulsaufen‘ eingeführt?“) Nur das Lehrertrinken. (Unverständlicher Zwischenruf.) Wenn es schon bei den Vereinigten Bühnen keinen Sekt mehr gibt, dann wenigstens bei den Schulen, Herr Präsident.

Nun, jedenfalls ist die Schule auch sonst mit ihren Einrichtungen aufgerüstet worden. Wie ich höre, ein neuer Sportplatz wurde errichtet, eine Theaterbühne eingerichtet, das Dach der Volksschule renoviert. Es scheint so zu sein, daß hier wirklich Bereitschaft entstanden ist, auch innerhalb der Gemeinde, die Schule nicht aufzulassen. Wir sind natürlich verpflichtet, wenn ein neuer Antrag kommt, auf diesen einzugehen. Im Augenblick liegt ein solcher nicht vor.

Die zweite Frage: Sprengeländerungen früh genug zu erlassen. Wir gehen im laufenden Schuljahr so vor, daß die Sprengeländerungen, die bis April vorgenommen werden für das jeweils nächste Schuljahr gelten, so daß die betroffene Gemeinde wirklich Zeit hat, sich auf diese veränderte Situation in ihrer Schule einzustellen.

Schließlich noch, meine Damen und Herren, ein Wort zu den Sonderschulen. Eine Bitte, wirken Sie bitte so, wie Sie nur können dabei mit, die Sonderschulen zu entteufeln. Die Sonderschule gilt leider noch immer in vielen Orten der Steiermark volkstümlich ausgedrückt als die „Dodlschule“. Sie ist es bei Gott nicht. Wir haben immer mehr ausgebildete Sonderschullehrer, engagierte Menschen, die diese Aufgabe wirklich ernst nehmen; sonst ist diese Aufgabe auch nicht zu lösen, und es sind die Sonderschulen sicherlich die Stätten, an denen diese betreffenden Kinder am besten unterrichtet und gefördert werden können. Wir haben an den allgemeinen Sonderschulen rund 4200 Schüler und an den besonderen rund 800.

Hier auch eine Lanze für die speziellen Sonderschulen, an denen Kinder mit besonderen Behinderungen unterrichtet werden. Es gibt nach dem Gesetz acht verschiedene Kategorien, je nach den Schädigungen, die diese Kinder haben. Bedauernswerte Geschöpfe, bedauernswerte Eltern, die ein Anrecht haben, für ihre Kinder Schulen und Plätze zu finden, wo sich die Gesellschaft um sie so weit annimmt wie immer möglich. Wir haben deswegen auch über die Steiermark ein Netz von schwerstbehinderten Klassen gelegt, es gibt ja eine Reihe von speziellen Sonderschulen auf diesem Gebiet in der Steiermark, die, glaube ich, sehr gut arbeiten. Die letzte Gründung auf diesem Gebiet ist die Sonderschule des Landes, die im Jahre 1977 gegründet wurde und nunmehr mit Anfang des Schuljahres 1978 nach Graz in das Hirtenkloster übersiedelt ist. Es konnte hier mit Hilfe des Landes der erste Umbau so gestaltet werden, daß am 1. Oktober 1978 der Unterricht aufgenommen werden konnte. Es werden im Augenblick 54 Schüler unterrichtet. In einer

letzten Ausbauphase in einigen Jahren können wir uns vorstellen, daß dort maximal 150 Kinder unterrichtet werden.

Meine Damen und Herren! An vielen Kindergärten, an vielen Schulen im ganzen Land wurde wiederum intensiv und fleißig gearbeitet. Ich möchte allen dafür danken, die hier mitgewirkt haben, für unsere Kinder und für unsere Jugend ein ganzes Jahr lang tätig zu sein. Ich danke auch meinen Helfern in der Landesregierung, den Rechtsabteilungen 13 und 6, die an dieser Budgetgruppe mitbeteiligt sind. Ich wünsche allen, die sich auf diesem Gebiet für die steirischen Kinder und für die steirische Jugend auch im nächsten Jahr einsetzen werden, für 1979 ein Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Keine weitere Wortmeldung. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

Abg. Haas: Ich verzichte auf ein Schlußwort und wiederhole meinen schon gestern gebrachten Antrag, die Ansätze der Gruppe 2 anzunehmen.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

Gruppe 3: Kunst, Kultus und Kultur. Berichterstatter ist Landtagsabgeordneter Rupert Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 3 umfaßt die Kapitel Kunst, Kultur und Kultus, mit den Ansätzen a) Musik und darstellende Kunst, b) Schrifttum und Sprache, c) Museen und sonstige Sammlungen, d) Heimatpflege, e) Rundfunk und Presse und f) sonstige Kulturpflege. In dieser Gruppe sind Gesamteinnahmen in der Höhe von 4,712.000,— Schilling präliminiert und Ausgaben in der Höhe von 225,318.000,— Schilling.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Gruppe 3 auch eingehend befaßt und ich darf im Namen dieses Ausschusses das Hohe Haus bitten, dem die Zustimmung zu geben.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kirner. Ich erteile es ihm.

Abg. Kirner: Hochverehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zur Gruppe 3 „Kunst, Kultur und Kultus“ hier vor dem Hohen Haus erstmals einige Gedanken aussprechen zu können, ist gerade zu einem Zeitpunkt, wo es erforderlich war, bei den Förderausgaben um 25 Prozent unter das Ist von 1978 zu gehen, sicherlich nicht leicht, aber ehrenvoll. Wenn man selbst drei Jahrzehnte draußen an der Basis in verschiedenen Kulturvereinen, Organisationen mitarbeitet, mitgestaltet oder auch Hauptverantwortung zu tragen hat, ist man natürlich mit seinen Freunden draußen in den Gemeinden von Sorge erfüllt,

wie weit die außerhalb der Landeshauptstadt stattfindenden kulturellen Aktivitäten von ihren bisherigen bescheidenen Zuwendungen noch weitere Abstriche hinnehmen müssen. Dies trifft, wenn ich nur ein Beispiel herausgreife, natürlich auch das älteste, seit 1790 erhalten gebliebene und stets bespielte Theater Österreichs in Leoben. Ohne auf die Problematik der Grazer Bühnen näher einzugehen, möchte ich aber doch sagen, daß natürlich jene Städte, in denen bisher Gastspiele durchgeführt wurden, sorgenvoll ihren Blick nach Graz richten und hoffen, daß nicht als erste Maßnahme beim Sparen ihre Gastspiele gestrichen werden. Schon vor vielen Jahren hatte ich in einer anderen Funktionstätigkeit für die Gemeinden eine Vermehrung von Gastspielen verlangt. Ich will die Schwierigkeiten durchaus nicht verkennen, ich meine aber, daß man dort, wo man wirklich will, manches erreichen kann. Warum soll man ein teures Stück um viel Geld von einem ausländischen Tourneetheater einkaufen, wenn man das gleiche Stück aus Graz nicht nur um weniger Geld, sondern auch mit einem besseren Inhalt haben könnte.

Im Stadttheater Leoben gingen in der Spielzeit 1977/1978 38 verschiedene Werke mit 50 Aufführungen über die Bühne, wobei die Grazer Bühnen leider nur mit 6 Aufführungen beteiligt sind. Der Durchschnittsbesuch betrug 96,16 Prozent und als Nettzuschuß für alle Aufführungen war ein Betrag von 617.530,17 Schilling oder 34,08 Schilling pro Person erforderlich. Das bedeutet, daß die Ausgaben zu 63,55 Prozent hereingespielt werden konnten. Die bescheidene Zuschußleistung des Landes finden Sie, meine Damen und Herren, im Landesvoranschlag auf Seite 67 unter Ansatz 324, Post 7305. Die von mir genannte hohe Besucherfrequenz gibt sicherlich keine Aussage über den künstlerischen Wert der Aufführungen, doch dürfen Sie mir glauben, meine Damen und Herren, daß dies keinesfalls durch niedrige Theaterkost für einen breiten Publikumsgeschmack erreicht wurde. Ich hoffe sehr, daß trotz aller Sorgen um die Vereinigten Bühnen auf die übrige Steiermark nicht vergessen wird. Es ist daher überaus erfreulich, daß in einer anderen Richtung dem Wunsche einer Dezentralisierung des Kulturbetriebes sehr stark Rechnung getragen wird, nämlich bei der steirischen Kulturinitiative. 1978 wurden 150 Veranstaltungen und Projekte in 60 Gemeinden von rund 35.000 Personen besucht oder hatten sich selbst aktiv mitbeteiligt, was ja besonders erfreulich ist. Es ist dies eine erwähnenswerte Tatsache und die Bestätigung des richtigen Weges seit den ersten Bemühungen der Steirischen Volksbildungswochen im Jahre 1967, wobei man bemüht ist, neue Publikumsschichten einzubeziehen und mit einem reichhaltigen Programmangebot verschiedene Zielgruppen anzusprechen, überall — in Stadt und Land. Die Bemühungen des gesamten Kuratoriums um diese „Steirische Kulturinitiative“ mögen daher gerade diesen Gesichtspunkt hinaus in die Bezirke, hinaus zu den Menschen, um die Kluft zwischen Publikum und Kultur abbauen zu helfen, weiterhin mit allem Nachdruck verfolgen. Und der Herr Abgeordnete Primarius Dr. Stepantschitz hat ja gerade gestern wörtlich die Bitte ausgesprochen, mehr hinaus in die Bezirke.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, ein faszinierendes Geschehen möchte ich doch kurz aufzeigen, das nicht in der Landeshauptstadt, sondern in der zweitgrößten Stadt unseres schönen Steirerlandes vor sich geht und auch dort geboren wurde, aber auf das ganze Land, ja auf ganz Österreich ausstrahlt. Ich bringe das nicht deshalb, weil ich seit der Gründung im Vorstand mitverantwortlich bin, ich sage es auch nicht deshalb, weil der steirische Landeskulturreferent die nicht sehr leichte Aufgabe eines Kuratoriums-Vorsitzenden erfüllt, sondern deshalb, weil die Aufgabenstellung von so großer Bedeutung ist und das Land Steiermark eine tragende Säule darstellt. Jede Finanzkürzung der noch zu nennenden Tätigkeiten würde den von 12 Partnern erstellten Finanzierungsschlüssel auseinanderbrechen lassen und somit eine mühevoll aufgebaute gesamtösterreichische Einrichtung in ihrer Existenz gefährden. Es handelt sich um „Jugend musiziert“. Aus dem Versuch eines österreichischen Instrumentalwettbewerbes „Jugend musiziert“ im Jahre 1969, damals waren immerhin 230 Jugendliche erstmals zu einem Bundeswettbewerb in Leoben zusammengekommen, hat sich eine unglaublich erfreuliche Erweiterung dieser Einrichtung ergeben. 1970 hatte sich die Teilnehmerzahl mehr als verdoppelt und eine weitere stärkere Aufwärtsentwicklung wurde erwartet, so daß ein eigener Rechtsträger, eben der Verein „Jugend musiziert“ gegründet wurde. Dem Kuratorium gehören derzeit an: das Bundesministerium für Unterricht und Kunst, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, die Kulturabteilung der österreichischen Bundesländer, die Vertretung der Landesjugendreferenten, die Stadt Leoben, die Musikhochschulen von Graz, Salzburg und Wien, die Konservatorien von Linz, Eisenstadt, Kärnten und Wien, die Wiener Philharmoniker, Herr Intendant Emil Breisach, ORF Studio Steiermark, und die Arbeitsgemeinschaft der Musikerzieher Österreichs. Also wahrlich ein kleines österreichisches Wunder, vereint draußen in einer steirischen Stadt. Dem 1973 gestarteten Versuch von Landesvorwettbewerben folgten in den Jahren 1975 und 1977 reguläre Landeswettbewerbe in allen neun Bundesländern, denen dann jeweils der Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ in Leoben folgte. Auf der Ebene der Landeswettbewerbe waren im Frühjahr 1977 1100 Künstler im Alter von zehn bis einundzwanzig Jahren angetreten und zum Bundeswettbewerb in Leoben waren rund 300 Teilnehmer, also Preisträger der Landeswettbewerbe zugelassen. Die Teilnehmerzahl der Steirer hat konstant zugenommen und liegt mit 169 Teilnehmern beim Wettbewerb 1977 an zweiter Stelle nach dem Burgenland mit 187 Teilnehmern. Gespielt wird auf folgenden Instrumenten: Violine, Viola, Violoncello, Kontrabaß, Querflöte, Oboe, Fagott, Klarinette, Horn, Trompete, Posaune, Tuba, Blockflöte, Gitarre, Klavier und Orgel als Solist oder in Ensembles. Die Einrichtung der Wettbewerbe wurde für viele junge Menschen, vor allem auf dem Land, ein Test ihrer eigenen Begabung. Viele junge Menschen haben auf Grund ihres ersten, zweiten oder dritten Preises in einem Bundesland oder gar beim Bundeswettbewerb Musik als Berufslaufbahn gewählt. Zahlreiche bereits konzertierende junge Künstler, aber auch

Lehrer, sind Preisträger dieses bedeutenden Wettbewerbes. Und von den vielen Namen möchte ich den auch bereits international anerkannten Cellisten Heinrich Schiff nennen, der gerade auch im Rahmen der steirischen Kulturinitiative mit seinen Musikgesprächen interessante Wege eingeschlagen hat. Es hat bei den bisherigen Wettbewerben unter den jungen und jüngsten Teilnehmern immer mehr große Begabungen gegeben als bei den älteren, woraus geschlossen werden kann, daß zahlreiche Begabungen gerade während der Pubertät verlorengehen. Hier gilt es, durch attraktive Betätigungsmöglichkeiten die jungen Künstler über ihre Entwicklungszeit hinaus sozusagen bei der Stange zu halten. Und im Sinne eines solchen Betätigungsfeldes wurde nach längerer Vorbereitungszeit das österreichische Bundesjugendorchester gegründet, das 1975 in Lienz erstmals an die Öffentlichkeit trat. Seither haben in fast allen Bundesländern und auch im Ausland Konzerte mit Erfolg stattgefunden und am 8. Jänner des heurigen Jahres gaben sie eine besondere Kostprobe auch hier in Graz, im Stephaniensaal ab. Das Orchester umfaßt rund 90 Jugendliche aus allen Bundesländern im Alter zwischen 11 und 25 Jahren. Das Durchschnittsalter liegt etwa bei 17 Jahren. Die Steiermark war bei der letzten Arbeitsphase mit 25 Teilnehmern das im Orchester am stärksten vertretene Bundesland und derartige Arbeitsphasen finden dreimal im Jahr, und zwar in den Winter-, Oster- und Sommerferien für die Dauer von sechs bis acht Tagen statt, an die sich sodann Konzerte anschließen, falls ein Finanzgeber gefunden wird. Anerkannte Dirigenten, wie etwa Professor Karl Oesterreicher, Generalmusikdirektor Dr. Ljubomir Romansky und Professor Ernst Märzendorfer sorgten bisher für die künstlerische Führung des Orchesters. In Anbetracht der starken Zunahme von Ausländern in österreichischen Berufsorchestern kommt daher dem Bundesjugendorchester als Vorfeld für die Berufsorchester besondere Bedeutung zu. Die Gewerkschaft für Kunst, Medien und freie Berufe ist gegenwärtig damit beschäftigt, besondere Maßnahmen für die Förderung österreichischer junger Begabungen in Richtung Berufsnachwuchs zu setzen.

Im kommenden Jahr 1979 feiert „Jugend musiziert“ vom 15. bis 21. Oktober unter dem Ehrenschutz des Herrn Bundespräsidenten sein 10-jähriges Bestehen. Der Herr Bundespräsident schrieb beim letzten Wettbewerb in seinem Vorwort unter anderem — ich zitiere: „Ich messe diesem Musikwettbewerb große Bedeutung zu, da nur durch eine möglichst breite Basis der Musikpflege sich Österreich seinen internationalen Ruf als Land außerordentlicher musikalischer Begabung erhalten kann. Eine große Tradition will nicht nur gepflegt, sie will lebendig erhalten bleiben.“ Ende des Zitates.

Ich lade Sie daher ein, mitzuhelfen, diese Tradition wirklich lebendig zu erhalten, denn anderenfalls würde man selbst aktiv wirkende junge Begabungen treffen, die Freizeit, Geld und Ferien opfern. Außerdem würde man durch eine Budgetkürzung gerade die Wurzel der kulturellen Entwicklung unseres Landes, die bei der überaus begabten Jugend zu suchen ist, arg in Mitleidenschaft ziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über-

zeugen Sie sich beim nächsten Wettbewerb — soweit Sie es nicht ohnehin schon getan haben — an Ort und Stelle von dieser begabten musikalischen Jugend. Ihre Anwesenheit wäre für die Veranstalter und für die jungen Künstler eine besondere Auszeichnung und für Sie selbst ein unvergeßliches Erlebnis. (Allgemeiner Beifall.)

(Wechsel im Vorsitz.)

3. Präsident Feldgrill: Nächster Redner ist der Herr Professor Dr. Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die einen spielen Theater, die anderen machen Theater, könnte man sagen, wenn man die letzten Tage ansieht. So nach der Devise „die ganze Welt ist Bühne“ treten da hintereinander verschiedene Leute auf. Einmal der Grazer Bürgermeister in der Rolle des Theaterkannibalen mit einem riesigen Schlüssel in der Hand und der Drohung, eines der beiden Grazer Häuser zuzusperren. Weiters zwei Finanzreferenten, der des Landes und der der Stadt, im Gewande der Hornberger Schützen, wie gestern eine Zeitung geschrieben hat, die zunächst einmal erklärten, daß 4,5 plus 4,5 Millionen Schilling überhaupt nicht aufzutreiben sind und die sie dann aber doch auftreiben. Weiters eine etwas aufgeschwechte Grazer Regierungsoppositionsfraktion, die plötzlich ihr Theaterherz am linken oder rechten Fleck entdeckt hat, und schließlich noch ein sanfter Götz-Nachbrenner Turek, der zwar nicht mehr vom Zusperrern redet, aber der immerhin eine Menge Grauslichkeiten aus einem Rechnungshofbericht zitiert und vor allem die Horrorzahl von 100 Millionen Schilling Defizit ins Treffen führte. Nicht aufgetreten bei diesem Stück sind bis jetzt die Betroffenen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie kriegen ja keine Gage!“) Weder die Leute aus dem Theater noch die Theaterbesucher. Ich darf mich als Besucher melden. Mehr bin ich in diesem Zusammenhang nicht. Als Besucher freut mich zunächst schon überhaupt nicht das Wort „zusperrern“. Das muß ich ganz ehrlich sagen. Denn 240.000 Besucher, und so viele gibt es im Schnitt in Graz pro Jahr in beiden Häusern, hören wahrscheinlich nicht gerne, daß ihnen dieses Vergnügen genommen werden soll. Für 6000 Abonnenten bedeutet ein solches Wort, wie ernst es auch immer gemeint war, eine Verunsicherung. Eine Verunsicherung aber auch für 600 Beschäftigte, denn es gibt ja nicht nur künstlerisches Personal, es gibt ja auch technisches Personal, oder denken Sie an die Werkstätten. Die alle hören, glaube ich, solche starken Worte nicht gerne. Auch könnten sich solche Worte als Bumerang erweisen, wenn sich nämlich herausstellt, daß man diese Häuser nicht so von heute auf morgen zusperrern kann. So würde etwa das Zusperrern des Opernhauses nach Schätzung von Fachleuten zwischen drei und vier Jahren dauern. Es müßten etwa 40 bis 60 Millionen Schilling aufgewendet werden, um so ein Haus zuzusperrern. Denn denken Sie nur daran, daß wir dort eine Kapelle haben mit 96 Mann, die Sie abfertigen müssen. Denken Sie daran, daß Sie weitere etwa 400 Leute abfertigen müssen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie kriegen ja keine Gage!“)

ger: „Abschiedssymphonie spielen!“) Wir sind in der Vollgasgesellschaft, Herr Kollege Heidinger. So einfach geht das nicht mit dem Zusperrern. Und auch die etwas harmlosere Variante des Herrn Abgeordneten Turek, der da einfach nur so Horrorziffern in den Raum stellt (Abg. Brandl: „Das tut er gern!“) und sagt, „100 Millionen Schilling Defizit —“ (Abg. Ing. Turek: „Es stimmt aber!“) — das müßte man doch ein wenig relativieren, durch den Hinweis, worum es eigentlich geht. Schauen Sie, meine Damen und Herren, die Vereinigten Bühnen haben etwa 125 Millionen Budget. Von diesen 125 Millionen Schilling müssen sie 107 Millionen Schilling für Personalkosten ausgeben, bleiben 18 Millionen Schilling für Programm, also für Produktion. Wenn Sie jetzt 4,5 Millionen Schilling der Stadt und 4,5 Millionen Schilling des Landes wegnehmen, 9 Millionen Schilling, ist Ihr Programmbudget halbiert, nur einmal, um die Relation herzustellen, um die es hier geht. Also 107 Millionen Schilling sind allein für das Personal. Und bitte, das ist nicht etwa ein ungeheuer hochbezahltes Personal. Eine Grazer Zeitung hat es einmal unternommen, einige Gagensätze zu publizieren. (Abg. Ing. Turek: „Dem Perez seinen Bezug können Sie sich anschauen, der ist Spitze!“) Der ist auch ein Gewerkschaftsfunktionär. (Landesrat Bammer: „Keine Pauschalbeleidigung!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Die Gewerkschaft singt auch dort?“) Das sind vielleicht Ausnahmen. Wenn Sie die normalen Bezüge eines sehr verdienten Ensemblemitgliedes etwa im Schauspiel anschauen, dann liegen die etwa bei 8000,— Schilling bis 12.000,— Schilling. Also das sind keine gigantischen Gehälter. Nur ein Vergleich: In Linz, meine Damen und Herren (Abg. Ing. Turek: „Er hat ja sonst auch noch Einkünfte!“) — Ja, ja, aber bitte die belasten ja nicht das Theaterbudget! —, in Linz, wo es etwa 400 bis 450 Leute gibt, gehen für das Personal 92 Millionen Schilling auf, obwohl es um 150 Leute weniger sind als in Graz. Man kann also nicht sagen, da wird besonders geurteilt im Grazer Theater. Ich glaube, man müßte einmal diese Seite herausstellen. Daher ist es auch nicht ganz verständlich, wenn Leute dem Theater den guten Tip geben, „na, spielt halt nicht die ganze Woche, sondern spielt halt nur zwei Tage“. (Abg. Ing. Turek: „Sie können auch etwas spielen, wo die Leute hineingehen!“) Das ist überhaupt ein Kapitel, Herr Abgeordneter Turek, die Leute gehen schon hinein, nur wissen Sie, das Verhältnis ist da auch merkwürdig. Ich habe mir gestern die Zahlen angeschaut. (Abg. Loidl: „Jetzt fängt er auch mit Zahlen an!“ — Abg. Brandl: „Ohne Zahlen geht es nicht!“) Von den 220.000 Besuchern im vergangenen Jahr sind 50.000 Freikartenbezieher, also 22 bis 23 Prozent Freikartenbezieher. Und das macht viel Ärger. Denn, schauen Sie, wenn es heißt, heute ist ausverkauft und es werden 20 Leute heimgeschickt und die stellen dann fest, daß eine ganze Reihe von Freikartenplätzen gar nicht besetzt sind, dann ärgern die sich. (Abg. Ing. Turek: „Weil die Regierungslogen immer leer sind!“) — Die ist nicht immer leer, da sitze ich zum Beispiel öfter drinnen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie könnten sie aber zahlen auch!“) Natürlich, Herr Abgeordneter, da würde ich wirklich sagen, es wäre sehr vernünftig,

wenn man etwa hier auch zu sparen beginnen würde. Ganz einverstanden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich verschenke meine Karten immer!“) Sicher richtig, daß man diese Sachen ändern muß. Nur bitte, zwei Dinge gehen nicht: Wenn der Herr Stadtrat Stingl vorschlägt, man soll einfach den Schlüssel ändern (Abg. Gerhard Heidinger: „Violinschlüssel!“) zwischen Stadt und Land, also nicht mehr 50 : 50, sondern 60 : 40. Da brauche ich ihm nicht einmal mehr zu antworten, denn die Antwort hat ihm schon der Herr Landesrat Klauser gegeben, der gesagt hat, das würde doch Etablierung eines Kulturzentrismus heißen, wenn ich mich recht erinnere. Ich kann mir vorstellen, daß etwa die Bürgermeister von 540 anderen Gemeinden oder wieviele wir jetzt haben, schon jetzt nicht sehr einverstanden sind, wenn die Stadt Graz etwa 34 Millionen Schilling für ihre Musikschule erhält und wir ganze 38 Millionen Schilling für alle übrigen steirischen Musikschulen ausgeben. Die Vereinigten Bühnen Graz auch noch überwiegend zu finanzieren, das glaube ich, ginge wirklich zu weit. Hier den Schlüssel zu ändern, das halte ich für keinen sinnvollen Vorschlag. Ich glaube, das ist nichts anderes als ein Schwarz-Peterl-Spiel. Einmal der, einmal der. Ich meine auch, daß die Vereinigten Bühnen mit dieser Maßnahme nicht gerettet werden können. Im übrigen sind die Vereinigten Bühnen selbst sehr föderalistisch. Die machen etwa 80 bis 90 Abstecher jährlich. Der Herr Abgeordnete hat gerade gesagt, ich glaube sechsmal sind Sie allein bei Ihnen. 80 bis 90 Abstecher jährlich in die Bezirke zeigen: Die gehen also durchaus hinaus. Das kostet viel Zeit und Geld, widerlegt aber nicht ein Vorurteil. Wenn heute einer ein Schauspieler ist, fragt man ihn meistens: Aha, Sie sind Schauspieler, was machen Sie tagsüber? In Wahrheit müssen die sehr viel machen, und eine dieser vielen Aufgaben ist es, hinauszufahren in die Bezirke, was ja sehr viel Aufwand bedeutet.

Wenn das Theater also so nicht gerettet werden kann, einfach mit Schlüssel ändern, wie dann? Ich glaube, und es wäre schon ein Vorschlag zur Güte, daß die beteiligten Körperschaften, wobei sich bitte der Bund ja nur sehr lächerlich beteiligt, das Theater nicht weiter verunsichern sollten! Wie soll denn bitte ein Intendant kalkulieren und Verträge abschließen, wenn mit schöner Regelmäßigkeit immer wieder einmal gesagt wird, es wird zugesperrt, oder es wird gekürzt und so weiter. Ich glaube, dieses Spielchen müßte man beenden, und zwar aus einem sehr einfachen Grund: Wir können nicht in schönen Sonntagsreden immer mitteilen, wie wertvoll uns unsere Kultur ist. Wie wertvoll es ist, daß diese Grazer Stadt zwei wirklich historisch gewachsene Theater hat, die Bedeutendes leisten, nicht nur für Graz, sondern auch für die anderen Bezirke und dann bei der nächsten Gelegenheit abspringen und sagen: Aber zahlen tun wir dafür nichts. Ich glaube, diese Haltung geht nicht, sondern man muß dem Theater ein bestimmtes Budget garantieren. Das müßte etwa die Personalkosten umfassen und das müßte einen Teil der Produktion umfassen.

Auf der anderen Seite bin ich aber auch der Meinung, daß es bei der Intendanz Einfälle geben muß, sicherlich mehr Einfälle. Ich glaube, da muß man zum

Beispiel einmal abgehen von der Angst vor allem Privaten. Ich bin durchaus der Meinung, daß es auch im Theater private Sponsoren geben kann. Das muß nicht so ausschauen, daß da unbedingt dann jemand über die Bühne hüpf und sagt: Jetzt führen wir ein Stück auf von der Firma sowieso. Oder daß der Clavigo seinen Mantel öffnet, und da steht dann drinnen: gesponsert von der Firma-Reininghaus. So muß das nicht laufen. Es gibt auch andere Formen. (Abg. Hammerl: „Es geht dann zu wie beim Fußball!“) Ich kann mir etwa vorstellen, daß man einen Placido Domingo, der pro Abend etwa 150.000,— Schilling kostet, ohne weiteres durch eine private Firma herbekommt, und der spielt einem dann 450.000,— Schilling ein an Einnahmen. Das geschieht zum Teil schon. Im Schauspielhaus ist man übergegangen, gewisse Ausstattungen bereits von privaten Firmen zu entleihen, gewisse Kostüme und so weiter, weil diese Kosten normalerweise enorm groß sind. Dazu gehört freilich aber auch eine Einstellungsänderung. Vertreter der Sozialistischen Partei kommen immer wieder mit der schönen Einteilung zwischen Hochkultur und anderen Kulturen. Zuletzt der Herr Helmut Andics im Fernsehen, der mitgeteilt hat, daß die Hochkultur nur für Nerzmantelbesitzer ist, die ins Theater gehen, und daß ihm der Herr Raffel in Güssing mehr gibt als das Burgtheater. (Abg. Gerhard Heidinger: „Dort gibt es ein gutes Essen — aber der Raffel ist nicht in Güssing, sondern in Jennersdorf!“)

Nun, ich glaube, das ist sicher eine sehr beachtliche Meinung. Ich bin nur der Meinung, daß man sie nicht anwenden sollte, um die Theater zu sanieren. Denn erstens brauchen wir auch Leute, die mit Pelzmantel ins Theater gehen, weil die zahlen nämlich was, und zweitens kommt die sogenannte Hochkultur einmal allen zugute. Obgleich die Einteilung in Hochkultur und sonstige ohnehin fragwürdig genug ist. Ich habe nur zitiert, was ich aus dieser Fernsehsendung mitbekommen habe. (Unverständlicher Zwischenruf.) Entschuldigung, da haben Sie einen sehr berechtigten sachlichen Einwand gemacht, Herr Abgeordneter. Ich meine drittens, daß es sicher etwas zu sparen gibt. Wenn der Herr Landesfinanzreferent gesagt hat, es muß das Management des Theaters vielleicht auch mit einem kleineren Budget auskommen, mag es richtig sein, ich erwähne etwa die vielen Freikarten. Ich meine aber auch, es gibt zu sparen bei Empfängen und ähnlichen Dingen. Es gibt auch unter Umständen zu sparen bei Premieren. Ich glaube, daß der Satz: weniger ist mehr, hier zutrifft, obwohl wir da gar kein schlechtes Gewissen haben brauchen. Denn wir haben zum Beispiel Premieren gehabt, die bei den Wiener Festwochen ausgezeichnet worden sind, die vom Fernsehen übernommen worden sind. Solche Übernahmen durch den ORF werden verstärkt, denn das „amüsische Regime“ der ORF-Intendanten ist ja ausgewechselt worden, es gibt jetzt ein musisches Regime, und der Herr Intendant Marboe hat bereits sein Interesse bekundet, Produktionen der Grazer Theater im Fernsehen zu bringen. Schließlich glaube ich, daß das Management der Theater ein wenig deutlicher werden muß. Es muß etwas häufiger auftreten, damit es nicht immer von irgendwelchen Leuten interpretiert werden muß, sondern daß

es sich selbst interpretiert und selbst sagt, was geschehen soll und was es will. Nur, Verunsicherungen wie sie jetzt geschehen, halte ich für das schlimmste. Die müßte man ausschließen. Ich meine, daß viele Beteiligte weniger Theater machen und vielmehr ins Theater gehen sollten, weil dann könnten wir auch von diesen Einnahmen einen Gewinn haben. Ich bitte Sie alle, mit vereinigt Bemühen für die Vereinigten Bühnen einzutreten, denn wir haben mit diesem Erbe etwas zu gewinnen oder etwas zu verlieren. Danke sehr. (Allgemeiner Beifall.)

(Wechsel im Vorsitz.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Chibidziura gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte auch über einen Teil von Kultur sprechen, und zwar über die Blasmusik. In der Budgetpost 7670, Förderung der Blasmusikkapellen (Unverständlicher Zwischenruf.), entschuldigen Sie, ich bin Obmann einer Blasmusikkapelle. (Abg. Brandl: „Nichts dagegen zu sagen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das hat sonst immer der Kollege Lind gemacht!“) Ein Pech! Wie gesagt, zum Unterschied zum Sport ist es den Organisatoren der Blasmusik gelungen, einen einzigen steirischen Blaskapellenverband zu errichten. In den Bezirken gibt es Bezirksleitungen, die die Blasmusik in der Ausübung ihrer Musik unterstützen. Es war nicht leicht, die Blasmusikkapellen des alten Biermusikstils auf neue Wege und damit zu neuen Aufgaben zu führen. Waren die alten Musikanten zunächst keineswegs bereit, neuere, modernere Musik in ihr Repertoire aufzunehmen, so verlangte allein der Umstand ein Umdenken, daß viele Eltern ihre Kinder einfach nicht in diese Bläservereine im wahrsten Sinne des Wortes schicken wollten. Darum schrumpften verschiedene Musikkapellen oft bis zur Spielunfähigkeit zusammen. Von diesem Blaskapellenverband wurden dann Blaskapellmeisterausbildungen abgehalten, die den Sinn hatten, mit dem Ausbildungszustand auch das Niveau der Kapellen zu heben. Dies gelang, so daß heute 395 Blasmusikkapellen in der Steiermark mit 12.000 aktiven Musikern und davon zirka 30 Prozent unter 20 Jahren ihren festen Platz im steirischen Musikgeschehen haben. Es wurde ein steirischer Weg gefunden, der die Tradition nicht verläßt, aber der modernen, aufgeschlossenen Musikkultur gegenübersteht, gut gegenübersteht und mit dem heutigen Spielgut die Jugend anspricht. Die Jugend ist gerne bereit, ihren Anteil in der Blasmusik zu leisten, wenn man ihr rechtzeitig klarmacht, daß nur dann, wenn sich jeder einordnet und seinen zugeordneten Platz voll und ganz ausfüllt, eben im Rahmen eines Ganzen ein Wohlklang und damit ein gemeinsames Werk geschaffen werden kann. In den Musikvereinen, wie in den einzelnen anderen Vereinen, wird die Gemeinschaft erlebt und geübt, und im einzelnen müssen die Mitglieder ihre Ichbezogenheit ablegen, um im Interesse des Vereines Aufgaben zu übernehmen. Jeder seinen Möglichkeiten entsprechend.

So kann gerade in den Vereinen das Verständnis für die in größeren Gemeinschaften notwendigen Maßnahmen reifen. Die Blasmusiker bringen sehr viel Idealismus auf. Neben ihrem Beruf und ihrer Familie nehmen sie es immer wieder auf sich, auch unentgeltlich bei verschiedensten Anlässen den festlichen Rahmen zu gewährleisten. Von der Hochzeit bis zum traurigen Anlaß der Beerdigung ist die Blasmusik immer gerne gesehen. Fast alle steirischen Kapellen sind in heimischer, bodenständiger Tracht gekleidet und bieten dem Besucher aus dem In- und Ausland ein farbenfrohes Bild. Die Blasmusiker sind daher nicht nur aus freiheitlicher Sicht ein wichtiger Bestandteil des steirischen Kulturgutes und sollten daher auch eine angemessene Förderung erhalten. Die steirischen Blaskapellen treten immer wieder in die Öffentlichkeit, so zum Beispiel musizieren sie bei zirka 1500 Konzerten, 800 Musikfesten aller Art, etwa 2000 öffentlichen Ausrückungen, etwa 1100mal für den Fremdenverkehr und bei zirka 1700 Feiern und anderen unzähligen Anlässen. Die Blasmusik ist auf dem Lande der Kulturträger Nummer eins. Natürlich kommen auch bei verschiedenen Veranstaltungen Gelder in die Vereinskassen, und diese Gelder braucht aber ein Musikverein unbedingt, um den Spielbetrieb aufrechterhalten zu können. Eine durchschnittliche Musikkapelle besteht aus 30 bis 40 Musikern und für eine Uminstrumentierung sind etwa 350.000 bis 400.000 Schilling notwendig. Eine neue Tracht kostet dem Verein je nachdem zwischen 150.000 und 200.000 Schilling. Die hierfür notwendigen Mittel konnten beziehungsweise können von der Kapelle nicht allein aufgebracht werden, daher müssen Land und Gemeinden kräftig mithelfen.

Wenn man allein bedenkt, daß ein Baselikum 40.000,— Schilling kostet, so kann die Hilfe vom Land her nicht allzu groß sein, wenn Sie — Herr Landesrat Jungwirth, ich muß Sie ein bißchen daraufhin ansprechen — in Ihrer Budgetpost nur 315.000,— Schilling präliminiert haben. (Landesrat Prof. Jungwirth: „Jetzt kommt aus dem Fremdenverkehr noch etwas dazu!“) Sicherlich, es kommt auch noch aus dem Topf des Fremdenverkehrs etwas dazu, aber wenn man das durchdividiert, dann kommen eben bei 395 Musikkapellen im Durchschnitt 797,50 Schilling pro Kapelle heraus, das sind bestenfalls Noten für zwei Märsche. Jede Musikkapelle braucht aber pro Jahr mindestens 60.000,— Schilling für Reparatur und Noten und allfällige Neuanschaffungen von Trachten und Instrumenten. Ein Problem, das trifft die einzelnen Vereine sehr stark, das ist, sie sind bis 40.000,— Schilling pro Jahr von der Umsatzsteuer befreit, aber mit diesem Betrag kann kein geregelter Spielbetrieb aufrechterhalten werden. Zur Zeit werden einige Musikkapellen vom Finanzamt überprüft und wahrscheinlich zu Steuernachzahlungen verpflichtet werden, wenn ihr Umsatz eben diese 40.000,— Schilling übersteigt. Wenn das eintritt, dann werden natürlich verschiedene Musikkapellen keine Feste mehr veranstalten. Die Gefahr ist natürlich sehr groß, daß hier der schleichende Tod die Vereine anfällt. Hier wird in Zukunft eine wirksame Hilfe seitens des Landes notwendig werden müssen. Eine große Hilfe für die Blasmusikkapellen wäre aber auch

ein bewußteres Hinführen der Schüler der Landesmusikschulen und der musisch-pädagogischen Realgymnasien zur Blasmusik. Die Begeisterung der Schüler könnte unserer Meinung nach stark positiv beeinflusst werden, wenn jeder Musikschullehrer verpflichtet wird, zumindest einmal im Jahr ein öffentliches Konzert zu geben und damit selbst zeigt, was er kann. Es ist sicherlich für unsere Gemeinschaft von großem Vorteil, wenn unsere Jugend eine sinnvolle, aktive Freizeitgestaltung durch die Blasmusik angeboten bekommt, als daß sie zum Konsum in Diskotheken verbannt wird.

Eine ausgezeichnete Idee war die Einführung des Jugendmusikerleistungsabzeichens. Hier kann für den jungen Musiker ein für ihn überschaubares Ziel vorgegeben werden, das sich, wie man bestätigen kann, bereits gut bewährt hat. Viele junge Menschen setzen sich hin und plagen sich mit ihrem Musikinstrument. Haben dann diese jungen Leute dieses Leistungsabzeichen erreicht, so ist das für die Persönlichkeitsbildung unserer Jugend so notwendige Selbstwertgefühl sicherlich gehoben. Mit der Idee des Spiels in kleinen Gruppen wurde auch ein neuer Weg begonnen, der sich bereits sehr erfolgversprechend abzeichnet. Ich bin überzeugt, daß für unsere Blasmusik und unsere Jugend dieser Weg bestimmt Vorteile und gutes Gelingen bringen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ritzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit der erstmaligen Verlegung einer Landesausstellung in einen entlegenen Bezirk, wie im Jahre 1978 mit der Gotik-Ausstellung nach St. Lambrecht, ist der Steiermärkischen Landesregierung und dem Kulturreferenten, man könnte sagen, ein Haupttreffer gelungen. Es war dies mehr oder weniger ein Schuß ins Schwarze. Wie Sie sicher wissen. (Abg. Ing. Turek: „Aber vor der Wahl warst du nicht drinnen, das ist kritisiert worden!“) Freut mich, war ein echter Schuß ins Schwarze. (Abg. Ing. Turek: „Du und Joschi Krainer, ihr wart auf Wahlturnee, das ist schwer kritisiert worden!“) Ich war zigfach drinnen. Um Gottes Willen, ich weiß gar nicht, wie oft die einheimischen Abgeordneten, auch den Kollegen Pranchh muß ich in diesem Zusammenhang erwähnen, in dieser Ausstellung waren. Ich werde dann noch ein bißchen darauf zu sprechen kommen. Aber diese Kritik muß ich strikte zurückweisen.

Meine Damen und Herren, bisher wurden ja, wie Sie wissen, die Landesausstellungen, die bisher vom Land Steiermark und vom Kulturreferat durchgeführt wurden, immer in Graz abgehalten. Mit der Ausstellung „Gotik in der Steiermark“ hat man ein Experiment gemacht, und dieses Experiment kann, das darf ich gleich einmal vorwegnehmen, als ausgesprochen gelungen bezeichnet werden. Es wurden bei dieser Ausstellung über 100.000 Besucher gezählt, und auch die Qualität der Ausstellung wurde gerühmt, auch vor allem die Zusammenstellung der Exponate. Sie gaben einen Einblick in die gotische Kulturrepoche der Steiermark. Neben der Malerei

waren Plastiken ausgestellt, die Glasmalerei kam klar heraus, das Kunstgewerbe, die Waffen, die Buchmalerei und auch die Architektur in Großfotos und die Freskomalerei in originalgetreuen Kopien sowie auch die Grabmalplastik in Abgüssen kamen voll und ganz zum Ausdruck. Meines Erachtens haben sich für diese Ausstellung gerade der Ort St. Lambrecht und das Stift St. Lambrecht bestens geeignet, da St. Lambrecht ja seit dem hohen Mittelalter ein Kulturzentrum darstellt. Ich glaube, daß zwischen dem Land und dem Stift auch in politischer Hinsicht, historisch gesehen, eine Verbindung vorhanden ist, und zwar war es so, daß der Abt von Lambrecht früher Sitz und Stimme im Steirischen Landtag hatte. Ich weiß nicht, ob Sie wissen: Wenn früher der Abt von Lambrecht zur Landtagssitzung nach Graz geritten ist, hat er nie Stiftsboden verlassen. Das hat sich in der Zwischenzeit zwar wesentlich geändert. Vielleicht auch einen kurzen Einblick noch, wie zur damaligen Zeit ein solcher Landtagsabgeordneter residiert hat. Der geistliche Sitz war im Stift St. Lambrecht, und als Landtagsabgeordneter hat der Abt von Lambrecht seine Empfänge in Neumarkt im Schloß Lind gegeben und dort als Abgeordneter residiert. (Abg. Ing. Turek: „Denen ist es gut gegangen!“ — Abg. Preamberger: „Dem ist es gut gegangen!“ — Abg. Ing. Turek: „Das wäre etwas für dich, wenn du im Stift residieren würdest!“ — Abg. Brandl: „Das waren noch Zeiten!“) Herr Ingenieur Turek, daß Sie nach solchen Dingen Sehnsucht hätten. Ich bin aber ein voller Demokrat. (Abg. Ing. Turek: „Das schließt das ja nicht aus!“) Meine Damen und Herren, von all dem, das muß man auch ganz offen bemerken, ist nicht sehr viel übriggeblieben. Heute hat das Stift eher Schwierigkeiten mit den Fragen der Renovierung. Wenn ich Ihnen nur zur Illustration anführe, daß als erstes der Abt sechs Hektar Dachfläche zu renovieren hatte, dann weiß man, welche Initiativen in der Zwischenzeit zu leisten waren, um das Stift St. Lambrecht wieder mit allen seinen Schönheiten sichtbar zu machen.

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß allein mehr als hunderttausend Leute diese Ausstellung besucht haben und dies ein Beweis ist einerseits der Qualität der Ausstellung, und ich möchte nicht versäumen, hier dem Dr. Woitschläger mit seinen Mitarbeitern den Dank auszusprechen, sie haben nämlich nicht nur Großes bei der Auswahl geleistet, sondern auch im Rahmen der Ausstellung und der Führungen.

Ein Zweites noch, das nicht unerwähnt bleiben soll: Die Verlegung solcher Landesausstellungen in einen entlegenen und schlecht strukturierten Bezirk gibt nicht nur kulturelle Impulse, sondern vor allem auch Fremdenverkehrsimpulse. Wenn man die hunderttausend Besucher analysiert, dann könnte man feststellen, daß mindestens mehr als die Hälfte davon noch nie vorher im Bezirk Murau waren und auch sehr viele Ausländer diese Ausstellung besuchten und zum ersten Mal in die Steiermark kamen und zum zweiten in den Bezirk Murau. Es haben Fremdenverkehrsfachleute bei uns errechnet, daß die hunderttausend Besucher mindestens in der örtlichen Gastronomie 15 Millionen Schilling dortgelassen haben und eine Vielzahl von Besuchern,

mit denen man gesprochen hat, die zum ersten Mal dort waren, haben den Wunsch geäußert, weiterhin den Bezirk Murau, zumindest was den Sommer- und Winterfremdenverkehr betrifft, zu besuchen, weil sie aus Anlaß dieses kulturellen Ereignisses überhaupt das erste Mal hingekommen sind. Ein Weiteres noch: Vielen ist erst durch diese Ausstellung bewußt geworden, daß vor allem der Bezirk Murau eine Reihe von Kulturdenkmälern und Kulturschätzen bietet und man bei dieser Gelegenheit auch diese Kulturschätze und Denkmäler besucht hat.

Ein noch sehr wesentlicher Impuls ist zumindest im örtlichen Bereich auf dem kulturellen Sektor von dieser Ausstellung ausgegangen, und zwar durch die Kulturvereinigung Murau: Schloßkonzerte wurden, eine Reihe von musikalischen Rahmenveranstaltungen durchgeführt, die, verbunden mit einer Messe und sakralen Konzerten, einfach an manchen Sonntagen bis zu zwei- und dreitausend Personen in die Stiftskirche von St. Lambrecht brachten. Unabhängig davon hat sich auch noch ein anderer Bereich von Ereignissen um diese Ausstellung gerankt, so daß auch örtliche und überörtliche Kulturinitiativen durch diese Ausstellung gesetzt wurden. Es ist nun gedacht, daß ein Teil dieser örtlichen Kulturereignisse im kommenden Sommer weitergeführt wird, und auch das Stift wird sich bemühen, eine eigene Ausstellung, eine permanente, abzuhalten, mit dem Ziel, zumindest einen Teil dieser Besucher wieder im Sommer und in den weiteren Jahren nach St. Lambrecht und damit in den Bezirk Murau zu bringen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn das Kapitel Fremdenverkehr, über das wird noch gesprochen, aber wenn ich hier diese Fußnote anbringen darf, dann muß ich doch sagen, daß von dieser Ausstellung nicht nur kulturelle, sondern vor allem auch wirtschaftliche Impulse ausgegangen sind, und man sollte sich überlegen, wenn in den nächsten Jahren dieser Weg fortgesetzt wird, der sehr zielführend war, es soll ja die nächste Ausstellung in Admont, „Musik in der Steiermark“, 1980 stattfinden, dann sollte man nach Möglichkeit immer wieder Gebiete aussuchen, die entlegene, schlecht strukturierte Randgebiete darstellen, wenn es kulturell möglich ist, und so über die Kultur zur wirtschaftlichen Belebung einer Region beitragen. Ich möchte nicht versäumen, den Kulturreferenten zu ersuchen, daß er auch die weiteren Initiativen, die quasi dieser Landesausstellung nachfolgen, nicht übersieht und mit Förderungsmitteln bedenkt und möchte abschließend noch meinen Kolleginnen und Kollegen dieses Landtages ein Kompliment machen und mich bei ihnen bedanken. Ich habe nämlich gesehen, daß eine Reihe von Abgeordneten mit Familien und Bekannten diese Ausstellung besucht haben. Sie haben dieser Ausstellung dadurch ein großes Zeugnis ausgestellt, und ich möchte dafür Dank sagen und auch dem Land Steiermark und dem Kulturreferenten, daß er dieses Experiment der ersten Landesausstellung außerhalb von Graz gewagt hat und darf ihm bestätigen, daß diese Ausstellung ein voller Erfolg war. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es hat gestern Kollege Stepantschitz in der Generalrede auch einige Bemerkungen zum Entwurf des Mediengesetzes gemacht und seine Ausführungen mit der Frage geschlossen: „Ja, brauchen wir denn überhaupt ein Mediengesetz?“ Dabei hat er, was mich sehr gefreut hat, als Argumentationshilfe, den Sozialdemokraten Friedrich Austerlitz herangezogen, der schon 1902 den berühmten Satz geschrieben hat: „Im Grunde genommen gibt es nur ein wirklich freiheitliches Pressegesetz, nämlich keines. Nur dort ist die Freiheit ganz und unbekümmert, wo sie durch keine Schranke begrenzt, durch keine Grenze beschränkt ist.“ Nun hat Kollege Stepantschitz nicht dazugesagt, sicherlich nicht in böser Absicht, daß derselbe Friedrich Austerlitz der geistige Vater unseres Presserechtes war und daß derselbe Friedrich Austerlitz diese theoretische Freiheit durch ein Gesetz beschnitten hat. Daher glaube ich, war die Frage des Kollegen Stepantschitz, ob wir ein Medienrecht brauchen, wohl nur eine rhetorische Frage, und die Resonanz, welche die vorparlamentarische Behandlung des Medienrechtes gefunden hat, zeigt ja, welche hohe gesellschaftliche Bedeutung diesem Reformwerk beigemessen wird.

Meine Damen und Herren, ich gehe gleich auf die Kritik ein, die nicht überhörbar beim Kollegen Stepantschitz mitgeschwungen hat. Aber ich möchte zwei Dinge voranstellen, nämlich die Grundsätze, von denen dieser Entwurf des neuen Mediengesetzes ausgeht. Der eine Grundsatz ist, daß in einer freien demokratischen Gesellschaft das Recht der freien Meinungsäußerung und Meinungsbildung gesichert sein muß, daß eine pluralistische Gesellschaft die Meinungsvielfalt braucht und insoweit auch eine publizistische Chancengleichheit gegeben sein muß. Zum anderen ist der einzelne Mensch nicht nur Träger eines Informationsanspruches, sondern er ist auch Objekt eines solchen, und dem Informationsbedürfnis der Gesellschaft auf der einen Seite steht sicherlich das Bedürfnis nach Schutz des höchstpersönlichen Lebensbereiches auf der anderen Seite gegenüber. Nun hat sich die Kritik in der Diskussion um das Mediengesetz vor allem am Paragraph 14 Absatz 3 entzündet. Man vermutet in diesem Paragraph 14 Absatz 3 einen Maulkorbparagraphen. Er enthält neben dem Schutz vor über Nachrede auch den Schutz des privaten Familienlebens vor nicht gewollter Veröffentlichung, es sei denn, es besteht ein überwiegendes Interesse der Allgemeinheit an einer solchen. Damit versucht dieser Paragraph eine Abwägung dieser beiden Rechtsgüter: auf der einen Seite das Informationsinteresse der Allgemeinheit, auf der anderen Seite das Rechtsgut des Persönlichkeitsschutzes. Man hat diesen Paragraph 14 Absatz 3 auch einen Politikerparagraphen genannt. Ich glaube zu Unrecht. Man kann sicherlich darüber diskutieren, warum ein Landeshauptmann zurücktreten mußte beziehungsweise gezwungen war zurückzutreten, man kann darüber diskutieren, ob die in seiner Privatsphäre gelegenen

Gründe veröffentlicht werden sollten oder ob sich die Öffentlichkeit mit der offiziellen Version begnügen muß, die auf Herzflimmern gelautet hat. Darüber kann man diskutieren. Es soll so einen Fall gegeben haben, nicht in der Steiermark. (Abg. Doktor Schilcher: „Du verwechselst Gesetz mit Geschmack!“) Das liegt also nicht auf unserer Seite, Kollege Schilcher. Diese Diskussion ist ja woanders geführt worden, in der rechten Reichshälfte: Aber man soll in diesem Überschwang, in dieser Begeisterung, wieder den Entwurf eines sozialistischen Ministeriums kritisieren zu können, nicht übersehen, daß diese Problematik grundsätzlich jedermann treffen kann, auch den viel zitierten „kleinen Mann“, der ungewollt ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geraten kann, was ja nicht immer angenehm sein muß.

Meine Damen und Herren, damit komme ich schon zum Schluß. Mag sein, daß man eine bessere Formulierung dieses Paragraphen finden wird, eine bessere Formulierung als sie die Kommission gefunden hat, in der ja auch nicht irgendwer gesessen ist; Journalisten, Zeitungswissenschaftler, viele andere. Aber über die Grundtatsache dieser Rechtsgüterabwägung wird man nicht hinwegkommen. Man wird sicherlich gesprächsbereit sein, wie man auch in allen anderen Fragen eine gemeinsame Sprache gefunden hat, zum Beispiel bei der Verbriefung des Gesinnungsschutzes der Medienarbeiter, die Neuregelung des Entgegnungsrechtes im Sinne der Zulassung der Wahrheitsprüfung; mit der Beseitigung der Vorschrift zur Ablieferung von Pflichtstücken an die Sicherheitsbehörde ist auch ein Stück obrigkeitlicher Zensur gefallen oder wird fallen; die Beschlagnehmung von Druckwerken wird künftig sicherheitsbehördlich nicht mehr möglich sein, sondern nur noch über richterlichen Auftrag, und viele andere Dinge. Meine Damen und Herren, Pressefreiheit im weitesten Sinn würde heißen, auf ein Gesetz zu verzichten. Daß diese Freiheit aber bitte schön nicht schrankenlos sein darf, ist auch klar. Über die Grenzen wird man sorgfältig diskutieren müssen. Verantwortungsbewußtsein und Bereitschaft zur Selbstdisziplin auf beiden Seiten werden uns dabei sicherlich weiterhelfen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Doktor Klauser das Wort.

Landesrat Dr. Klauser: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Steirische Herbst ist nicht arm an Anfeindungen und bewußten Mißverständnissen. So ziemlich alles ist ihm vorgeworfen worden und alles, was halt so an Munition brauchbar ist. Das jedoch scheint mir, war so. Die selbst ernannten Retter des Steirischen Herbstes sind milde geworden, offenbar sind sie mit der Wirkung ihrer 25.000 Unterschriften zufrieden. Ob die nun von Kennern stammen oder nicht, ist heute schon nebensächlich. Ruhe für den Steirischen Herbst ist damit allerdings nicht gekommen. Nur wird man schwer von einer schöpferischen Unruhe sprechen können. Zumindest mehrten sich die Stimmen, die das in Abrede stellen. Ob

das in der für Zeitungen eher unüblichen Versform mit „Trauriger Clown — Steirischer Herbst“ überschrieben wird oder sich in einer westdeutschen Zeitung so liest: In diesem Sinn werden die einzelnen Themen und Veranstaltungen des Steirischen Herbstes zu bloßen Glossen. In einem weitgesteckten Rahmen, in dem Neuigkeitswert, Randbedeutung und ästhetischer Reiz zu keiner übergeordneten thematischen Struktur mehr zusammenfaßbar sind, im Zweikampf zwischen Reaktion und wenigstens gemäßigttem Fortschritt ist der Steirische Herbst in die Schußlinie jener geraten, die er bisher mit Recht als seine Verteidiger vorzeigen konnte. Keine beneidenswerte Situation für jene, die sein Programm zusammenstellen.

Vor einem Jahr habe ich hier gemeint, die Rechtfertigung für den Steirischen Herbst liegt gerade darin, immer wieder die neuesten Tendenzen aufzuzeigen und damit den Kontakt zwischen dem Modernsten und dem dafür interessierten Publikum herzustellen. Nur dann ist eine öffentliche Förderung am Platz. Das scheint mir noch immer wesentlich zu sein. Auch dann, wenn der Steirische Herbst in seinen 11 Jahren beispielgebend für in- und ausländische Institutionen war und wenn ihm dabei mancherlei Konkurrenz erwachsen ist, die seinen Bewegungsspielraum einengt. Sein Recht auf Bundes- und Landessubvention kann er nicht an der Grenze zur kommerziellen Kunst und Kultur erhalten, sondern nur jenseits dieser Grenze. „Der Steirische Herbst ist und sollte bleiben, der immer wiederkehrende Aufruf an das Land, zu sehen und zu verstehen, was in der Welt vorgeht und Maßstäbe zu holen, mit denen das, was im Lande selbst gedacht und in schöpferischer Bemühung erarbeitet wird, zu messen und zu richten ist.“ An diesem Satz Professor Korens braucht auch heute nichts geändert zu werden. Es wäre gut, wenn die Zahl der daran Zweifelnden geringer würde, so wie es gut wäre, wenn der Steirische Herbst seinem Namen gerecht würde. Immer noch zeigt mir ein Blick in das Programmheft wie wenig weise und wenig erfreuliche Selbstbeschränkung auf die Landeshauptstadt. Wären nicht, wie in Mürrzuslag, die Buchebner-Gesellschaft, die Leute um den Köflacher und Leibnitzer Kunstpreis und ähnliche Aktivisten, die sich selbst bemühen — die wenigen Feigenblätter auf der steirischen Landkarte, wo Veranstaltungen stattfinden, wären glatt zu übersehen. Das Verhältnis von Veranstaltungen in Graz und in der übrigen Steiermark halte ich fast für verantwortungslos. Dabei schiele ich gar nicht erst auf das umgekehrte Mißverhältnis beim finanziellen Beitrag von Stadt und Land. Wenn dieser Steirische Herbst nicht selten in sehr gezielter Weise zum Aushängeschild, ja sogar zum konzentrierten Spiegelbild der Landeskulturpolitik erhoben wird, dann haben wir als Landespolitiker zu fordern, was des Landes ist. Dann möchten wir keine Lippenbekenntnisse hören, sondern uns Tatsachen ansehen.

Von einer anderen Seite her sind die Vereinigten Bühnen ins Gerede gekommen. Theaterkrise, Zusperrungen, Finanznot, alles taucht wieder auf. Der Herr Kollege Schilcher war so lieb und hat mich auf seine elegante Art in den Kreis der Zusperrer oder Kürzer einbezogen, obwohl ich mich nicht

erinnere, so etwas gesagt zu haben. Sie haben das ganz pauschal und unter Einbeziehung meiner Person gemacht, obwohl ich dazu keinen Anlaß gegeben habe. Auch nicht zum Kürzen, Herr Kollege Schilcher! Ich habe das schon bei der Einbegleitung gesagt.

Was den Rechnungshofbericht des Herrn Kollegen Turek anlangt, so ist das bemerkenswerteste daran, daß er offensichtlich über eine eigene blaue Pipeline vom Rechnungshofpräsidenten über den Bürgermeister zu ihm gelangt ist, denn offiziell liegt er ja bis jetzt nicht auf. (Abg. Brandl: „Was wird da gespielt?“) Sie haben ihn. Der 76iger-Rechnungshofbericht ist bis jetzt dem Stadtsenat nicht zugegangen. Sie sind der einzige, der ihn hat. (Abg. Gerhard Heidinger: „Oho!“ — Abg. Hammer: „Da wird ja der Rechnungshof in Frage gestellt!“) Ich stelle das nur fest. (Unverständlicher Zwischenruf.) Herr Kollege Turek, das ist nicht richtig. Haben tut ihn offenbar nur der Herr Bürgermeister, von dem sie ihn haben. Ich rede vom Rechnungshofbericht 1976, nachdem ich nicht annehme, daß Sie vom Rechnungshofbericht 1966 reden, denn dieser Rechnungshofbericht war vor zehn Jahren, das letzte Mal. (Abg. Ing. Turek: „1976!“) Der liegt offiziell noch nicht auf. (Abg. Ing. Turek: „Man hat das in der Kronen-Zeitung schon lesen können, Herr Landesrat!“) Sie haben offensichtlich eine blaue Pipeline.

(Wechsel im Vorsitz: ab 11.05 Uhr 2. Präsident Gross.)

Im übrigen möchte ich zum Zusperrren noch etwas sagen. So einfach ist das ja nicht, wenn auch manche sich das so vorstellen. Sie haben völlig recht, aber nicht nur in bezug auf die finanziellen Auswirkungen völlig recht, sondern weil wir ja auch einen Vertrag haben, der hoffentlich ja wohl eingehalten wird. Hoffentlich im Hinblick auf manches, was gesagt wird und was fast wieder zu Zweifeln führen könnte an dieser Vertragstreue. Ich muß aber doch feststellen, daß weder die finanzielle Situation der Stadtgemeinde Graz, noch jene der Vereinigten Bühnen irgendeinerlei Erscheinungen oder Ereignisse aufweist, die nicht längst bekannt wären. Irgend etwas überraschend Neues hat sich zumindest für mich nicht eingestellt. Die Stadt Graz ist seit eh und je in Geldnöten. Desgleichen selbstverständlich die Vereinigten Bühnen. Die Verlagerung des Theaterbudgets in den außerordentlichen Haushalt der Gemeinde beruht ja nicht zuletzt auf anderen rechtlichen Voraussetzungen, als jenen beim Land. Die Stadt ist verpflichtet, ein ausgeglichenes ordentliches Budget zu erstellen. Daher verlagert sie dann in den außerordentlichen Haushalt, wenn sie das nicht zustande bringt. Bei den Vereinigten Bühnen ist genau wie beim Orchester die Vorgangsweise seit Jahren die gleiche. Nach Vorgesprächen einigen sich die beiden Finanzreferenten auf den Rahmen des nächsten Jahres, der dem Voranschlag der Vereinigten Bühnen dann zugrunde gelegt wird. Wir haben immerhin dabei im Jahre 1978 eine Ausweitung um beinahe 10 Prozent, im Jahre 1979 um rund 5 Prozent vorgesehen. Eine Ausweitung, meine Damen und Herren! Man kann also nicht davon sprechen, daß die beiden Gebiets-

körperschaften ihre Finanzierungsschwierigkeiten den Vereinigten Bühnen unverhältnismäßig stark spüren ließen. Ganz im Gegenteil. Diese bekommen verhältnismäßig viel mehr, als das etwa dem Durchschnitt entsprochen hätte oder entsprechen würde. Was sich aber auch nicht geändert hat, ist die mangelnde Bereitschaft der Verantwortlichen der Bühnen selbst, mit diesem Budget auszukommen. Allerdings darf man hier gerechterweise nicht nur die Beamten aufs Korn nehmen. An dem finanziellen und kulturellen Debakel der Robert Stolz-Show waren sehr wohl auch Politiker mit ihrem Prestigedenken beteiligt. Die Finanzen der Vereinigten Bühnen müßten meiner Meinung nach keinen Gesprächsstoff liefern, wenn der vorgegebene Rahmen auch tatsächlich eingehalten wird.

Jeder andere Budgetverantwortliche baut irgendwo in seinen Voranschlag einen Polster für Unvorhergesehenes ein. Dasselbe müßte dort geschehen, dann könnten wir nicht zu solchen unverhältnismäßigen Überschreitungen kommen. Ich für meine Person bin nicht mehr bereit, zu solchen Überziehungen, auf welche Weise immer sie versucht werden, ja zu sagen. Wenn der Herr Verwaltungsdirektor aus der jeweiligen Situation heraus glaubt, zu nicht vorgesehenen Finanzierungen dennoch ja sagen zu müssen, wird es halt einmal irgendwelchen spektakulären Ereignissen kommen müssen, auf deutsch gesagt, zu einer kurzfristigen Absage, damit eine solche Vorgangsweise grundsätzlich durchgesetzt werden kann.

Nach dem derzeitigen Stand dürfte 1978 mit einem Abgang von 5 Millionen Schilling bei dem vorgesehenen Budget der Vereinigten Bühnen zu rechnen sein, der zu ungefähr drei Viertel auf erhebliche Überschätzungen bei der Einnahmenentwicklung zurückzuführen ist und auf der anderen Seite eine Folge von Mehrausgaben am Personalsektor beinhaltet. (Abg. Dr. Schilcher: „Eben!“) Im wesentlichen im Gästebereich. Die Einnahmenschätzungen sind ja ein Kapitel für sich, weil sie vielleicht gar nicht so unbewußt so hoch angesetzt worden sind. Dieser Zusammenfall der beiden Begründungen ist aber durchaus symptomatisch. Für eine verantwortungsbewußte Intendanz wäre doch wohl die gegenteilige Vorgangsweise logischer. Wenn ich schon bei der Einnahmenentwicklung hinter den Erwartungen zurückbleibe, dürfte doch wohl erwartet werden, daß im Bereich der Gäste vorsichtiger disponiert wird. Aber auch die Einnahmenentwicklung ist letzten Endes eine Folge der Spielplangestaltung und aus der Verantwortung der Intendanz nicht herauszulösen. Mir scheint überhaupt, daß eine gewisse Gefahr auch für die Zukunft darin liegt, zu großes Gewicht auf die Gäste und zu geringes auf das vorhandene Ensemble zu legen, sich nach wie vor zu sehr von Prestigevorhaben leiten zu lassen und das vorhandene Ensemble, den Grundstock der vorhandenen Kräfte, zu wenig zu pflegen. Einen Bernstein, wie zu lesen war, nach Graz zu bringen, mag den Managern entsprechende Lorbeeren eintragen. Dieses Vorhaben mit dem normalen Spielbetrieb der Vereinigten Bühnen und ihrer Finanzgrundlage in Einklang zu bringen, scheint mir nicht gerade einfach. (Abg. Dr. Schilcher: „Das wäre ja finanziert

worden, Herr Landesrat!“) Herr Kollege, es wäre nicht finanziert worden in dem Sinn, in dem es für die Vereinigten Bühnen notwendig wäre. Was heißt denn das, wenn ich das vorhandene Ensemble nicht ausnützen kann, wenn ich die bezahlten Dauerkräfte nicht einsetzen kann, weil die woanders belegt sind oder weil der mit seiner Aufführung die hiesige Bühne belegt. Diese Folgewirkungen sind in der Finanzierung nicht einmal erwähnt worden, aber müßten doch wohl berücksichtigt werden. So einfach ist das nicht. (Abg. Dr. Schilcher: „Sie haben aber drei- oder viermal da mitspielen können!“) Ja, es sind eine Reihe von Kräften dort miteingebunden, die dann auf Reisen gehen. Was heißt denn das hier dann? Bitte schön, wenn es kostendeckend zustande kommen sollte, Herr Kollege, soll es uns freuen. Nur haben wir mit diesen Zusagen von Kostendeckungen die schlechtesten Erfahrungen gemacht, und ich werde auch dafür sorgen, daß der Theaterausschuß die entsprechenden Grundlagen vorgelegt bekommt. Nicht, wie das in der Vergangenheit hin und wieder der Fall war, Unterlagen, die auf den ersten Blick hin für kostendeckend erklärt wurden, bei denen sich aber im Endergebnis ganz etwas anderes herausgestellt hat. Der gegebene Rahmen, der von der Stadt und vom Land gegebene Rahmen, ist jedenfalls unserer Meinung nach ausreichend genug, um den Grazer Bühnen eine entsprechende Existenzgrundlage zu gewährleisten. Ziffernmäßig ergibt dies für 1979 einen Abgang des Theaterbudgets von 103,850.000,— Schilling, welcher zu 13,250.000,— Schilling vom Bund bedeckt wird und zu je 45,3 Millionen vom Land und der Stadt Graz. Auf Grund des Übereinkommens vom 5. Juli 1973 wären die Bundessubventionen und allfällige andere Subventionen bei Aufteilung der Abgänge zwischen den Gebietskörperschaften in Abzug zu bringen. Das ist ein Zitat aus dem Vertrag. Das heißt, sie würden vom Gesamtbetrag abzuziehen und erst der sich ergebende Nettobetrag zwischen den Gebietskörperschaften aufzuteilen sein. Seit Jahren wird jedoch hinsichtlich jenes Betrages, den die Gemeinde Graz auf Grund des Finanz-Ausgleiches für das Theater als Theatererhalter bekommt, nicht so vorgegangen, das heißt, bisher hat die Gemeinde Graz 3,135.500,— Schilling kassiert, ohne sie auf das gemeinsame Budget anzurechnen. In Hinkunft wird sich dieser Betrag um 3,650.000,— Schilling erhöhen, weil diese Steigerung im neuen Finanz-Ausgleich vorgesehen ist. Das heißt per Saldo, daß die Gemeinde Graz nicht 45,300.000,— Schilling zum Theaterbudget beiträgt, sondern lediglich 38,515.000,— Schilling. Ich muß schon darauf hinweisen, daß dieser Umstand zwar allen bekannt, aber bisher nicht erwähnt worden ist. Ich kann daher nur wiederholen, daß für mich kein Anlaß besteht, auf Gespräche einzugehen, die eine andere Finanzierungsvereinbarung zum Ziele haben. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Landesrat Professor Jungwirth.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, Hohes Haus!

Zufällig fällt mir heute morgen die letzte Ausgabe des „Spiegels“ in die Hand (Landesrat Bammer: „Ich habe gedacht die ‚Times!‘“), und ich bleibe bei einer Besprechung der Welturaufführung von Pendereckys Oper „Das verlorene Paradies“, die vor ein paar Tagen in Chicago stattgefunden hat, hängen. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß davon die Rede war, dieses Stück nach Graz zu bringen und im Steirischen Herbst aufzuführen. Es wäre nicht das erste Mal gewesen, daß wir Penderecky im Steirischen Herbst haben. Ich lese einen kurzen Absatz vor und werde gleich erläutern, warum ich das tue. Da heißt es: „Ein bunter Abend, wahrhaftig, wie er Pendereckys Musik durchaus angemessen war. Eine neue Periode war verheißen worden, ein neuer Stil, etwas sehr Schönes. Penderecky übertraf die Erwartungen. Fort ist die schrille, schockierende Härte früherer Cluster. Passé die protestlerische Schärfe seiner klinglichen Experimente. Zerflossen im Wohlklang eines deplacierten Wagner-Orchesters. Da rauht sich der Klang nur noch selten auf, in den virtuos gesetzten Chören etwa, wenn sie gegen Himmel schreien. Sonst herrscht Karajansche Süße.“ Ende des Zitates. Das heißt mit anderen Worten, auf den Steirischen Herbst bezogen, meine Damen und Herren, daß der Steirische Herbst den Penderecky nicht nach Graz bringt, ist schlecht, hätte der Steirische Herbst Penderecky nach Graz gebracht, wäre es auch schlecht gewesen, weil Karajansche Süße nicht gefragt ist. Das heißt mit kurzen Worten: Das Programm des Steirischen Herbstes zu machen, ist die ewige Frage, was ist neu und was ist vom Neuen Avantgarde. Es gibt darauf keine patentierte Antwort. Sie muß immer wiederum gesucht werden. Die Leute im Direktorium, die diese Suche betreiben, die haben es nicht leicht, denn das Beispiel Penderecky ist repräsentativ für viele andere. Vieles hat sich in der Kunst verändert. Der Steirische Herbst ist ein Spiegel, und was er zeigt, das ist Entwicklung in der Kunst, die er direkt nicht beeinflussen kann. Aber das Interesse an ihm ist unverändert aufrecht, ich möchte sagen, es ist gestiegen.

Ich möchte es illustrieren an einer Liste, die ich vor zwei Tagen bekommen habe, in der die Journalisten verzeichnet sind, die über den Steirischen Herbst berichtet haben. Es wäre ausgeschlossen, diese Liste vorzulesen. Es sind über 100, die für Presse, Rundfunk, Fernsehen über die Steiermark und über Österreich hinaus berichtet haben. Aber ich glaube, es ist interessant, nur einige Einrichtungen oder einige Presseorgane vorzulesen, die in diesem Jahr wiederum zum Steirischen Herbst gekommen sind. Ich wage schon im voraus die Behauptung, es gibt in der Steiermark nur ganz wenige Veranstaltungen, die international ein solches Interesse finden. Es waren vertreten im Steirischen Herbst 1978: der Saarländische Rundfunk, der Ungarische Rundfunk, die Radio Svizzera Italiana, der Tagesspiegel Berlin, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Welt aus Bonn, der Südwestfunk, die Badische Zeitung, die Zeitung Nin aus Belgrad, Radio Agram, Christ und Welt, die Frankfurter Rundschau, Neue Züricher Zeitung, das Bayerische Fernsehen, die Stuttgarter Zeitung, der

Westdeutsche Rundfunk, France Paris, Radio und Television Française Paris, die BBC London, die Weltwoche Zürich, Radio Prag, die Politika Belgrad, Tempo London, Sunday-Times London, die Zeit Hamburg, die Süddeutsche Zeitung München, der Rheinische Merkur, der Mannheimer Morgen, der Süddeutsche Rundfunk. Soweit ein kleiner Ausschnitt aus dem Journalistenstand beim Steirischen Herbst 1978. Das anstelle jeden weiteren Kommentars.

Um zur inneren Steiermark zurückzukommen: Ich möchte gleich einen Dank anschließen an die Leute, die die Gotik in der Steiermark in St. Lambrecht gemacht haben. Dr. Weitsetschläger und seine Mitarbeiter scheinen wirklich besondere Genies zu sein. Wenn man nämlich von den baulichen Investitionen absieht, die dort vorher getätigt wurden, so war die Landesausstellung „Gotik in der Steiermark“ in ihrer Abrechnung aktiv, meine sehr geehrten Damen und Herren. Vergleichbare Landesausstellungen in Niederösterreich und Oberösterreich werden mit einem Zuschuß von 8 bis 12 Millionen Schilling, mit einem verlorenen Zuschuß, gefördert. Die Gotik in der Steiermark hat mit einem Plus-Saldo von 335 Millionen Schilling abgeschlossen. Das muß man uns einmal nachmachen in Österreich und auch jenseits unserer Grenzen. Wir werden also im Jahre 1980 nach Admont gehen mit der Musik in der Steiermark; die Vorbereitungen laufen, und Herr Professor Flotzinger wird versuchen, mit flankierenden Maßnahmen, mit Konzerten in Graz, in Admont und auch an anderen steirischen Orten natürlich hier zusätzliches Interesse zu wecken. Auch die Zusammenarbeit mit dem ORF ist eingeleitet worden. Es ist bei dem Thema Musik sicherlich nicht leicht, im Rahmen einer Ausstellung allein so viele Zuschauer wie für St. Lambrecht zu mobilisieren, aber mit der flankierenden Maßnahme Musik zusammen müßte das gelingen. Das wird also die Landesausstellung 1980 werden.

1982, um kurz darüber hinwegzuschauen, könnten wir uns vorstellen, daß wir zum 200. Geburtstag von Erzherzog Johann wiederum mit einer größeren Ausstellung kommen, auch außerhalb von Graz. Und 1984 wäre in dieser Serie Barock aus der Steiermark auf der Tagesordnung. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß die Investitionen, die baulichen Investitionen, die bei dieser Gelegenheit am Ausstellungsort getätigt werden, doch auch eine große Hilfe sind für die Personen, die diese historischen Bauten erhalten müssen. Es ist auf diesem Gebiet auch so, wie anderswo, es gibt dort Reiche und viel weniger Reiche. Und es gibt Sondersituationen, in denen ihnen ganz einfach auch von der öffentlichen Hand geholfen werden muß. In der nächsten Zeit werden hier zum Beispiel sehr große Finanzprobleme heranstehen: In der Schloßkirche Stainz, wo ein Projekt der Sanierung in der Höhe von etwa 10 bis 12 Millionen Schilling vorliegt und an Ort und Stelle schon sehr große Vorleistungen erbracht wurden, aber wo wir, vom Land her gesehen, sicherlich helfen müssen; die Fassaden des Stiftes Seckau stehen heran mit einer Gesamtsumme von rund 7 Millionen Schilling; das großartige Münster in Neuberg hat noch immer sehr große Sorgen mit seinem Dach, die Restaurierung wird etwa 5

bis 7 Millionen Schilling kosten, ganz zu schweigen von einem Vieljahresprogramm, das im Stift Rein notwendig ist.

Hier wird das Land im Rahmen der Möglichkeiten auch zusätzliche Hilfe leisten müssen, denn sonst werden diese großen Objekte dem Verfall preisgegeben sein, so wie es dort geschieht, wo kein Privater mehr auftreibbar ist und wo auch das Land nicht total einspringen kann. Ich nenne stellvertretend für viele andere ein Objekt, das Sie alle kennen, und für das noch immer keine Lösung in der Steiermark gefunden worden ist, es gehört einer Stiftung in Wien, die sich bemüht, einen Käufer im In- oder Ausland zu finden. Bisher leider ohne Erfolg. Es geht um die großartige Burg Strechau bei Rottenmann, die langsam aber sicher verfällt, wenn es nicht gelingt, doch einen Verkauf zu tätigen, das heißt mit anderen Worten, einen Käufer zu finden.

Zur Frage der Musik in der Steiermark ein kurzes Wort. Wir werden uns selbstverständlich mit dieser Problematik weiterbeschäftigen. Es wird weit über das im Budget veranschlagte Förderungsbudget für die Blasmusik, diese wichtige Aktivität in der ganzen Steiermark, gefördert, über den Fremdenverkehr, über das Landesjugendreferat, über Zuschüsse für Heimbauten und auch in der Kooperation mit den Musikschulen. Ich möchte gerade an dieser Stelle erwähnen, daß sich die Arbeit in den Musikschulen in der Steiermark sehr gut weiterentwickelt. Wir haben das Netz weiter ausgebaut. Mit 1. September 1978 ist eine neue Zweigstelle in Trofaiach errichtet worden. Mit 1. Jänner 1979 beginnt eine neue Musikschule in Schladming. Im Laufe des Jahres 1979 wird eine weitere in Friedberg/Pinggau eröffnet werden und im Jahre 1980 stehen noch Wildon und Passail heran. Dann sind wir weitgehend mit diesem Netz fertig. Es gibt jedenfalls bereits heute 64 Orte, in denen Musikschulen oder Zweigstellen funktionieren, mit etwa 11.500 Schülern. Zum Funktionieren dieser Musikschulen trägt das Land mit einer hohen Subvention bei. Nach den Kindergärten ist die Post „Musikschulen“ in meinem Budget diejenige, die seit meiner Amtsübernahme im Jahre 1970 am stärksten explodiert ist. Sie beträgt heute das Zwölfwache der Subvention des Jahres 1970.

Ein Wort im Vorbeigehen zu einer Einrichtung, die sich wirklich sehen lassen kann, die, ich möchte sagen in aller Stille großartig funktioniert. Nicht nur in St. Lambrecht hatten wir 107.000 Besucher in diesem Jahr, wir hatten auch 106.000 Besucher in Stübing. Das Freilichtmuseum Stübing hat bereits weit über die Grenzen Österreichs hinaus Interesse gefunden. Es kommen immer mehr Besucher, auch offizielle Besucher, die es sich anschauen möchten, dort wo sie selbst etwas Ähnliches begründen wollen. Für das nächste Jahr ist hier unter anderem vorgesehen, daß wir die Schule Prätis, die in Prätis abgebaut wurde, im Museum Stübing aufbauen und in dieser Schule selber ein erstes steirisches Schulmuseum etablieren, so daß die Besucher des Freilichtmuseums auch die Möglichkeit haben, so eine uralte Dorfschule zu sehen, wo auch ein bißchen Information über die Entwicklung des Schulwesens in Österreich seit den Anfängen geboten werden soll.

Nun noch ein Wort, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den Vereinigten Bühnen. Ich schicke es gleich mit einer Kurzformel voraus: Wer in Graz versuchen sollte, eines dieser Häuser zuzusperren, der wird sicherlich allein im Regen stehen bleiben. Was Hasiba und seine Freunde und andere auf dem Feld der Stadtgemeinde angeregt und gefordert haben, war das Schlagwort: Sparen. Man muß dazu sagen, daß die Problematik der Häuser tatsächlich im wesentlichen die stehenden Kosten sind und damit die Kostenentwicklung auch nicht hausgemacht ist. Die Vereinigten Bühnen können sich nicht wie die Bundestheater einen Schichtbetrieb leisten, einen Betrieb mit Wechselschicht. Das heißt, die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes fallen mit voller Wucht auf sie herunter. Das bedeutet große Schwierigkeiten im spezifischen Betrieb eines Theaters. Wenn es Schwierigkeiten gibt, wenn Menschen eingesetzt werden über acht Stunden pro Tag, wenn ein gewisses Anrecht auf Nachtruhe verbürgt ist, wenn ein gewisses Kontingent an freien Tagen garantiert ist. Das sieht in der Praxis so aus, meine sehr geehrten Damen und Herren: Es nützt nichts, das Haus zuzusperren und zu sagen, wir machen zwei spielfreie Tage in der Woche, damit wir uns auf diese Weise Überstunden ersparen, denn der Betrieb muß weitergehen, es muß ja auch probiert werden, und es muß beispielsweise an einem solchen spielfreien Tag manches Mal eine Probe stattfinden. Diese Probe aber kostet Geld. Der spielfreie Tag des technischen Personals bei einer einzigen Probe kostet rund 80.000 Schilling. Das ist etwa so viel, wie ein volles Haus bringt. Das ist ein Schlaglicht auf die Problematik, in der die Bühnen stecken. Es kann passieren, daß der Urlaub der Schauspieler, die Ende August oder September längst hier sind, abgelaufen ist und daß sie probieren müssen, das technische Personal aber auf Grund des Arbeitszeitgesetzes noch Urlaub hat. Ein solcher Urlaub muß daher teuer abgelöst werden. Ich sage das nicht, meine Damen und Herren, um jetzt hier irgendwelche Neidkomplexe gegen das technische Personal anzustacheln. Selbstverständlich ist das nicht so gemeint. Ich meine das so, um die Künstler vor der falschen Meinung zu schützen, sie kosten so viel, das Theater sei deswegen so teuer, weil jeder Künstler ein kleiner Karajan sei und eine so große Gage bekomme. Das ist in Graz wirklich nicht der Fall. Wir liegen mit unseren Gagen für die Künstler leider sehr tief, österreichisch gesehen tief, ganz zu schweigen vom ganzen deutschen Sprachraum. Wenn so ein Schauspieler, der Sprechstücke spielt, aus der Bundesrepublik oder aus der Schweiz nach Graz kommt, dann muß man schon fast sagen, er kommt aus Freundschaft oder aus Freundlichkeit her, weil er die Atmosphäre der Stadt vielleicht schätzt oder weil der das Publikum schätzt, das im Ausland ja auch bekannt ist. Wegen des Geldes kommt er sicherlich nicht zu uns. Die Durchschnittsgage am Schauspielhaus ist brutto 12.600,— Schilling, das ist bei Gott eine schmale Gage, meine Damen und Herren. Nun, was tun? Es wird sich der Theaterausschuß in seiner nächsten Sitzung am 13. Dezember wiederum mit Maßnahmen zu befassen haben, wie er das eigentlich laufend seit Jahren tut. Es wird im Theaterausschuß, ich

glaube, ich habe das in dem Haus schon mehrere Male gesagt, fast nie über die Kunst geredet, sondern immer nur vom Geld, und es wird etwa folgende Punkte geben, die als Maßnahmen besprochen oder zum Teil auch schon beschlossen werden können. Beispielsweise erstens: konzertante Aufführungen anstatt Aufführungen mit Ausstattungen. Das findet heuer schon statt mit Charpentiers „Louise“.

Zweitens: Einsparungen bei den Ausstattungen. Hier gibt es bestimmt noch gewisse Möglichkeiten, denn es ist ja so, daß jeder Regisseur mit seinem Ausstatter kommen möchte und sich ein sehr teures Bühnenbild bauen lassen will, damit er eben seinen Namen aufwertet. Das ist richtig, das ist eine große internationale Entwicklung. Hier haben wir sicherlich gewisse Möglichkeiten, Abstriche zu machen. Es wird auch in diesem Jahr eine Ausstattung voll übernommen werden von einer Wiener Bühne, so daß auch hier eine Einsparung vorgenommen werden kann. Man wird viertens den Gästetat wieder einmal überprüfen müssen. Man wird fünftens wiederum über den Spielplan diskutieren müssen. Man muß allerdings dazusagen: hier, glaube ich, ist der Intendant in Schutz zu nehmen. Denn die Geheimnisse, weswegen die Zuseher kommen oder nicht kommen, die sind ja nirgends geklärt. Der gleiche Intendant hat mit der gleichen Linie in einigen Jahren sehr hohe Erfolge gehabt und ist, wie gesagt, mit derselben Linie, mit den gleichen Prinzipien des Spielplanes dann in der vorigen Saison fast abgestürzt. Sicherlich trägt auch dazu immer wieder die Frage bei, wo ist der große Knüller. Wir können froh sein, daß wir einen solchen in diesem Jahr wieder gefunden haben. Im vergangenen Jahr war es die „Westside Story“ oder einmal war es „Porgy and Bess“. In diesem Jahr geht gottlob, „My Fair Lady“ wunderbar, für 30 Aufführungen ist sie vorgesehen. Das ist immerhin ein Kern im Spielplan, der auch etwas bringt, nicht nur an Geld, sondern auch an Ruf für die Vereinigten Bühnen. Man wird sechstens über die Spielzeitstruktur wieder einmal sprechen müssen. Vielleicht ist es möglich, die Spielzeit etwas nach hinten zu verlegen, das heißt, etwas später zu beginnen und so spät wie möglich, Ende Juni oder Anfang Juli, aufzuhören. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Anlauf im Herbst sehr lang ist und daß Juni und Anfang Juli sehr gute Theaterwochen und -monate sind. Es wäre also denkbar, daß man den ganzen Block der Spielzeit um zwei, drei Wochen nach hinten verschiebt und damit tatsächlich vom Publikum positiv honoriert wird.

Sicherlich muß man wiederum über Freikarten sprechen. Nur bitte, die eine Information hat nicht gestimmt. Bei den 250.000 Besuchern der letzten Saison waren keine Freikartenbezieher, die sind hier nicht in die Statistik eingerechnet. Mit Roßkuren, meine Damen und Herren, werden wir die Vereinigten Bühnen nicht über die Runden bringen, denn sie sind ein sehr diffiziler und heikler Organismus. Aber es wird und muß möglich sein, vereinzelt Korrekturen anzubringen. Ich kann auch den Herrn Abgeordneten Kirner beruhigen, wir werden vom Land wie immer darauf dringen, daß ein Maxi-

mum an Abstechern garantiert ist. In der vorigen Spielzeit waren es immerhin 88 in der ganzen Steiermark. Es war eine der Voraussetzungen für das Land, daß es überhaupt den Vertrag mit der Stadt Graz in den fünfziger Jahren geschlossen hat, der zu den Vereinigten Bühnen geführt hat, daß diese Vereinigten Bühnen auch bereit sind, hinauszufahren und für die Menschen außerhalb von Graz zu spielen. So war es bisher und dabei bleibt es.

Erfreulich ist, daß die jahrelangen Bemühungen von Ländern und von Städten um stärkere Hilfen von seiten des Bundes nunmehr Erfolg gehabt haben. Im neuen Finanzausgleichsgesetz, das im Jahre 1979 wirksam wird, sind tatsächlich höhere Hilfen über den Bund vorgesehen, so daß zumindest auch fürs erste der Stadt Graz entscheidend geholfen werden konnte und das Budget für das nächste Jahr gesichert ist in der Höhe, in der es im Mai dieses Jahres beschlossen wurde. Denn das, meine Damen und Herren, muß man dem Intendanten und der Theaterleitung zubilligen, sie müssen ja disponieren, sie müssen vorausschauen. Es wäre daher völlig unzumutbar, im November oder Dezember für das nächste Jahr plötzlich mit dem Budget, das ein halbes Jahr vorher festgelegt wurde, herunterzufahren. Das würde wirklich zu einer Katastrophensituation im Theater führen. Glauben wir auch nicht, daß dieses Programm, wie das manches Mal gesagt wird, in den Theatern so ein Minderheitenprogramm ist, meine Damen und Herren. Ich würde nämlich einmal vorschlagen, eine Berechnung anzustellen und zu vergleichen, auf eine Woche umgelegt, wieviele Menschen in Graz ins Theater gehen, auf der einen Seite, und auf der anderen Seite, wieviele Menschen in Graz Sportveranstaltungen besuchen. Eine interessante Rechnung. Ich glaube, nach meinen überschlagsartigen Kalkulationen, das würde etwa pari ausgehen, unter Umständen mehr für das Theater. Das wird oft übersehen. Das sagt überhaupt nichts gegen den Sport, das ist ein Plädoyer für die Bühnen, bitte sehr. Diese Rechnung müssen wir einmal genau anstellen, um aus dieser Meinung herauszukommen, na gut, das ist ein Programm für die kleinen Minderheiten. Ein grundsätzliches Bekenntnis also, meine Damen und Herren, zum Theater in guten und in weniger guten Zeiten. Gut wirtschaften ja, aber abwürgen nein.

Ich möchte schließen mit einem Dank an viele Menschen im ganzen Land, die auf dem Gebiet von Kulturarbeit und Kulturtätigkeit initiativ gewesen sind, und möchte wünschen, daß sie es auch bleiben; auch wiederum an meine Mitarbeiter in der Landesregierung und speziell in der Rechtsabteilung 6.

Meine Damen und Herren, der große Sozialpsychologe Erich Fromm hat einmal gesagt, viele Erscheinungen unserer modernen Gesellschaft, Aggressionen und Depressionen gehen nicht zurück, weil wir den Menschen zu wenig Möglichkeit geben, ihr Leben zu leben. Aggression und Depression, das sei eigentlich die Rache des ungelebten Lebens. Ich glaube, meine Damen und Herren, Kulturpolitik ist eine Hilfe, Menschen zum eigenen Leben zu führen, ihnen zu helfen, ihre Kräfte, ihre schöpferischen Kräfte zu entfalten und ist damit auch ein

Beitrag, daß es, im Sinne des Wortes Fromms, gesündere und glücklichere Menschen im ganzen Land gibt. Und in diesem Sinne will ich mich bemühen, weiterzuarbeiten. (Allgemeiner Beifall.)

(Wechsel im Vorsitz.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

Abg. Buchberger: Meine Damen und Herren, ich verzichte auf ein Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag, der Gruppe 3 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, die Hand zu erheben. Danke.

Die Gruppe 3 ist somit angenommen.

Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Berichterstatter ist Abgeordneter Alois Erhart. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erhart: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, umfaßt folgende Ansätze:

Die allgemeine öffentliche Wohlfahrt, deren wichtigste Untergruppen die Einrichtungen und Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, der Behindertenhilfe und der Blindenhilfe sind, sowie weiters die Ansätze freie Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Behinderung von Notständen sowie sozialpolitische und familienpolitische Maßnahmen. Der Ansatz 48 umfaßt die Wohnbauförderung des Landes mit den Unterabschnitten: Allgemeine Wohnbauförderung, Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz und Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz. Insgesamt stehen in der Gruppe 4 den Einnahmen von 2.269,256.000,— Schilling Ausgaben in Höhe von 3.133,282.000,— Schilling gegenüber.

Im Namen des Finanzausschusses, der sich mit der Gruppe 4 eingehend befaßt hat, beantrage ich die Annahme der Gruppe 4.

Präsident: Meine Damen und Herren, um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die soziale Wohlfahrt, und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen daher mit dem ersten Teil der Gruppe 4, soziale Wohlfahrt. Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bischof. Ich erteile es ihr.

Abg. Bischof: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die sozialistische Fraktion glaubt, daß es sinnvoll ist, wenn in der Gruppe 4 Schwerpunkte gesetzt werden und auf diese die einzelnen Sprecher besonders eingehen. Mein Schwerpunkt wird die Behindertenhilfe sein. Doch bevor ich darauf eingehe, glaube ich, gibt es einen weiteren Schwerpunkt in der Gruppe 4, und zwar hat mich dazu der Generalredner, der Herr Abgeordnete Stepantschitz, veranlaßt. Er hat in der Gruppe 4 gesagt, unsere Familien sind nicht so gesund wie sie sein sollen. Und er hat uns als Frauen eigentlich ein wenig gestreichelt und hat gesagt, daß wir Frauen sozusagen der Ausgleich sind, auch hier in der Landstube. Dazu möchte ich sagen, wir freuen uns über diese Anerkennung. Wir wollen uns auch als Frauen bemühen trotz des Mandates, daß wir frau-lich bleiben. Aber ganz so ruhig wollen wir da auch nicht sein, Herr Abgeordneter Stepantschitz, wie Sie das sagen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ja, die Frauen sind überhaupt unruhig!“) Das ist weder Ihre Abgeordnete, und auch wir wollen es nicht sein. Wir Frauen wollen mitmischen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Was wollen Sie? Mitmischen — das auch noch!“ — Allgemeine Heiterkeit.) Ich muß dazu sagen, daß die Frauen oft eine größere Belastung tragen als die Männer, ganz gleichgültig, ob die Frauen berufstätig sind oder nicht. Nach der Familienrechtsreform kann die Frau berufstätig sein, aus welchem Grund immer. Sie muß es aber nicht, wie das irrtümlich die ÖVP behauptet. Fangen wir bei uns selber an. Herr Abgeordneter Stepantschitz, Ihre Frau wird Haushalt und Erziehung der Kinder zum Großteil allein zu tragen haben, weil Sie ja wenig Zeit haben — also nicht im Sinne einer echten Partnerschaft. In unserer Familie hat es eine Partnerschaft schon gegeben, bevor es noch Gesetz war. Ich hätte die dreifache Belastung, berufstätig zu sein, für unsere Kinder, Haushalt und Tätigkeit in der Gemeinschaft, nicht allein bewältigen können. Eines steht aber fest, daß die Frauen heute mehr Rechte haben als früher. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Viel zu viele!“) durch die Familienrechtsreform und diese Reform hat uns eine sozialistische Bundesregierung gebracht. (Abg. Brandl: „Bravo!“) Eine konservative Regierung hätte das nie in Angriff genommen. Die Frauen sind von der SPÖ abgesichert und dem Herrn Landesrat Jungwirth möchte ich sagen: die SPÖ ist eine frauenfreundliche und eine familienfreundliche Partei. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Die ÖVP auch!“) Die Frauen werden mit ihrer Mehrheit auch im Jahre 1979 zur Entscheidung für die SPÖ beitragen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Jetzt sagen Sie das zu uns!“)

Herr Abgeordneter Stepantschitz, Sie haben auch auf die Scheidungsreform am Rande hingewiesen. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Traurig!“) Sie wissen sicher, daß gerade die steirischen Sozialistinnen sich sehr zur Wehr gesetzt haben. Es ist uns um den Unterhalt durch den Mann gegangen, weil wir einfach wissen, daß 50 Prozent der Frauen auf diesen Unterhalt angewiesen sind. Es ist einfach in den Bezirken nicht möglich, daß alle Frauen berufstätig sein können, wenn sie auch gerne wollen und die Wiener nehmen das so selbstverständ-

lich an. Frau Abgeordnete Zdarsky und ich waren im Parlament bei der Beschlußfassung der sogenannten kleinen Scheidungsreform. (Abg. Marczik: „Dasschau her!“) Auch Landeshauptmann Niederl ist zu Beginn dort gewesen und bei dieser Forderung durch unsere Fraktion ist die ÖVP nicht so mit uns gegangen. Wir hatten vielmehr den Eindruck von Ihrem Familiensprecher Hauser, daß es hier der ÖVP mehr um das Vermögen, um den Betrieb geht und nicht um die Sicherstellung und um die Anerkennung der Frau. Wenn sechs Jahre Mann und Frau getrennt leben, so glauben wir, ist das keine Gemeinschaft mehr, und erzwingen läßt sich einfach die Liebe nicht. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „So aggressiv?!“) Auch wir sind der Meinung, daß die Familien einen hohen sittlichen Wert darstellen und die Jungen sollen sich gut überlegen, ob das Herz zum Herzen findet. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Erzwingen läßt sich das nicht!“) Schon Goethe sagte: „Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinauf, dazu helfe dir der Garten der Ehe.“ (Allgemeiner Beifall.)

Darf ich mich nun einem weiteren, schon angekündigten Schwerpunkt zuwenden: der Behindertenhilfe. Ich möchte mich hier damit näher befassen und die Probleme aufzeigen, die damit zusammenhängen. Mit dem Steiermärkischen Behindertengesetz wurde den behinderten Menschen dieses Landes bereits im Jahre 1964 eine Fülle von Leistungen geboten, die seither immer wieder verbessert und erweitert wurden. An Verbesserungen der jüngsten Zeit möchte ich nur hervorheben: die Gewährleistung des Pflegegeldes ab dem sechsten Lebensjahr sowie die Einführung einer Mietzinsbeihilfe. Aufgabe der Behindertenhilfe ist es, nach Auffassung der sozialistischen Fraktion dieses Hauses, im Rahmen dieser gebotenen gesetzlichen Möglichkeiten die Hilfeleistungen zu verbessern und allen Behinderten zugänglich zu machen. Dabei müssen wir bedauerlicherweise feststellen, daß es noch gar nicht möglich ist, alle Behinderten im Lande zu registrieren, da sich viele Eltern scheuen, mit dem behinderten Kind zu Ämtern und zu Behörden zu gehen. (Abg. Marczik: „Sehr richtig!“) Dabei wäre aber gerade die frühzeitige Erfassung und Aufklärung von entsprechender Bedeutung. Erfreulicherweise muß dazu gesagt werden, daß die Beratungsstelle für Behinderte, die auf Grund eines Antrages der sozialistischen Abgeordneten vom 22. Jänner 1975 im Landesbehindertenzentrum in Graz-Andritz installiert wurde, sich bereits bestens bewährt hat. In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1978 haben 141 Personen von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht. Die Inanspruchnahme ist kostenlos und jeden Montag stehen Sachverständige zur umfassenden Beratung zur Verfügung. Es wird aber Wert gelegt auf weiteren Ausbau dieser Beratungstätigkeit und auf weitere Bekanntmachung in der Bevölkerung. Dazu soll auch der Resolutionsantrag von den sozialistischen Abgeordneten beitragen, wo wir die Landesregierung auffordern, zu prüfen, ob die Einrichtung mobiler Beratungsstellen für Behinderte nicht auch zweckmäßig wäre. (Abg. Doktor Maitz: „Das ist ein gemeinsamer Antrag!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Gemeinsam war das!“)

In diesen Rahmen fällt auch ein weiterer Schwerpunkt, das ist die Schulungsaktion für die Familien mit den behinderten Kindern. Diese Aktion hat unser Sozialreferent 1974 ins Leben gerufen und wird seither alljährlich ebenfalls im Landesbehindertenzentrum durchgeführt. Diese Aktion hat die Information der Eltern über die zweckmäßige Betreuung und etwaige Beschäftigungsmöglichkeiten ihrer behinderten Kinder zum Ziel sowie die Beratung der Eltern über die rechtlichen, sozialen und medizinischen Möglichkeiten. 1978 haben insgesamt 41 Kinder und 40 Erwachsene an diesen zweiwöchigen Turnussen teilgenommen. Der Kostenbeitrag belief sich pro Person und Tag auf nur 42,— Schilling für die Verpflegung, für Unterkunft, für Betreuung und Beratung.

Einen weiteren finanziellen Schwerpunkt bilden auch im Landesbudget die Pflegegebühren in den Anstalten. Insgesamt sind für das nächste Jahr knapp 60 Millionen Schilling vorgesehen.

Im Rahmen der Eingliederungshilfe müssen jene Einrichtungen vom Land entweder geschaffen oder finanziell unterstützt werden, die den Behinderten in die Lage versetzen, eine Berufsausbildung zu erhalten oder eben seine restlichen Fähigkeiten in Form einer Beschäftigungstherapie zu stärken und zu erweitern. Und wir glauben vor allem, daß die Eingliederung ein notwendiger Akt der Menschlichkeit, der Sicherheit, der Menschenwürde und Selbstentfaltung ist. Jedem Behinderten soll eine bestmögliche Persönlichkeitsentfaltung gewährleistet werden und dazu, glauben wir, gehört insbesondere auch die Möglichkeit, Arbeit zu leisten und damit auch zu einem eigenen Verdienst zu kommen. Die sozialistische Fraktion unterstützt daher im besonderen Maße den geplanten Internatszubau im Landesbehindertenzentrum, damit eben den behinderten Jugendlichen nebst einer Berufsausbildung auch eine entsprechende Wohnversorgung zur Verfügung steht.

Ganz besonders möchte ich hier die Bedeutung der Erweiterung hervorstreichen für die weiblichen Behinderten. Wir glauben, das ist ein weiterer Schwerpunkt und genießt vorrangige Zielsetzung in der Behindertenbetreuung. Auch bei den zur Verfügung stehenden knappen Budgetmitteln wird es unbedingt notwendig sein, den weiblichen Behinderten hier eine entsprechende Berufsausbildung und Wohnmöglichkeit zu bieten.

Als ganz besonderes Augenmerk in einer Wirtschaftslage und in einer Zeit, in der die Beschäftigungspolitik einen so hohen Wert einnimmt, ist auf die Vermehrung und Vermittlung von geschützten Arbeitsplätzen hinzuweisen. Demgemäß hat das Land Steiermark hier einen Budgetposten in der Höhe von 44 Millionen Schilling eingesetzt. Und obwohl die Steiermark hinsichtlich der Vermittlung von Behinderten auf geschützten Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft im Vergleich zu anderen Bundesländern führend ist, so ist dennoch die Zahl derer, die einen geschützten Arbeitsplatz erreichen wollen, erheblich größer als eben die dafür gefundenen Stellen am Arbeitsmarkt. Es wird daher aus unserer Sicht hier eine Initiative des Sozialministeriums begrüßt. Diese Initiative sieht die Schaffung von geschützten Werkstätten, verteilt auf das

ganze Bundesgebiet, vor. Vereine sollen die Führung dieser geschützten Werkstätten in den einzelnen Bundesländern übernehmen, jedoch ein Bundesdachverband soll für planende und koordinierende Aufgaben verantwortlich sein. Wir unterstützen dieses Vorhaben, weil es ein großes Problem darstellt, schwer behinderten Personen, die den festen Willen haben, einer Arbeitsbeschäftigung nachzugehen, auch einen entsprechenden Arbeitsplatz zur Verfügung stellen zu können. Es wurden hier Erhebungen durchgeführt und in ganz Österreich würden zirka 2800 behinderte Frauen und Männer für eine solche Arbeit in geschützten Werkstätten in Betracht kommen. Wir glauben, daß die Errichtung von geschützten Werkstätten diesen Personen eine Arbeitsmöglichkeit gibt, denn wir meinen, daß auch die behinderten Menschen ein Recht auf Arbeit haben, denn erst dadurch erhalten sie ein Selbstwertgefühl und sie werden damit entsprechend in die Gesellschaft eingegliedert.

Zusammenfassend, meine sehr geehrten Damen, möchte ich sagen: Auf dem Gebiet der Behindertenarbeit hat sich in den letzten Jahren vieles zum Besseren gewendet. Auch das Land Steiermark hat in den letzten Jahren kräftige Akzente gesetzt, die ich hier schwerpunktmäßig angeführt habe. Auch im „Jahr des Kindes 1979“ wird auf die Hilfestellung für das behinderte Kind besonders aufmerksam gemacht werden. Aber wir glauben, es gibt noch viele Barrieren, die wir überwinden müssen, damit der Behinderte in die Gesellschaft integriert werden kann und damit es zu keinem Außenseiterdasein kommt. Erfolge jahrelanger Mühe dürfen nicht durch Gleichgültigkeit oder gar durch Ablehnung durch die Normalen wieder zunichte gemacht werden. Deshalb wollen wir nicht aufhören, auf die Probleme der Behinderten immer wieder aufmerksam zu machen. Wir glauben, daß es unsere Aufgabe ist und die Aufgabe jedes einzelnen von uns, dabei zu helfen. Wir glauben, die Behinderten brauchen kein Mitleid, sondern viel Liebe. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 19. April dieses Jahres habe ich hier im Hohen Landtag über die Initiative der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder berichtet und habe damals auf Grund eines Landtagsantrages eine Reihe von Bitten dieser Vereinigung dem Landtag und der Landesregierung vorgetragen. Es ist dann im Verlauf des Jahres sehr sehr viel geschehen in dieser Sache, vor allem was die Landessonderschule für behinderte Kinder anlangt, die mit 8,5 Millionen Schilling Bausubvention umgebaut, adaptiert werden konnte. Es geht um das Projekt Hirtenkloster. Der Betrieb ist am 2. Oktober aufgenommen worden und im Jahre 1979 ist im Schulbudget neuerdings ein Betrag von rund 3 Millionen Schilling für den Personal- und Sachaufwand vorgesehen. Daß dieser Bedarf bestanden hat, ist außer jedem Zweifel, denn zusätzlich zu den 40 Plätzen, die die Steiermark in der Wiener Neustädter Waldschule für die

Pflichtschulausbildung behinderter Kinder hat, ist jetzt schon die Landessonderschule in Graz mit rund 50 behinderten Kindern belegt und es gehen laufend neue Meldungen ein. Am 28. November, also vor etwas mehr als einer Woche, wurde dann auf Grund eines Vorganges, der für die betroffenen Familien und für die Vereinigung nicht ganz einsichtig war, die Frage an Herrn Landesrat Gruber als zuständigen Sozialreferenten gerichtet, ob er bereit ist, das Genehmigungsverfahren für das Behindertenheim der Vereinigung zugunsten körperbehinderter Kinder und Jugendlicher im Hirtenkloster, nach dem Landesbehindertengesetz rasch durchzuführen. Die zweite Frage war die Kostenübernahme für jene Kinder, die eingewiesen wurden und die dritte Frage die Subvention für den Ausbau dieses Behindertenheimes. Der Herr Landesrat hat zumindest nach der Zusatzfrage, alle drei Fragen grundsätzlich positiv beantwortet, was wir gerne und mit Genugtuung feststellen. Es hat dann auch eine Aussprache stattgefunden. Der Obmann Doktor Gobiet hat beim Herrn Landesrat vorgesprochen und hat auch dort für dieses Projekt, das seinerzeit nicht ganz mit vollem Herzen aufgenommen wurde, er hat nunmehr beim zuständigen Referenten Landesrat Gruber eine volle Bereitschaft gefunden, dieses Projekt zu unterstützen.

(Wechsel im Vorsitz: ab 12.10 Uhr Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren).

Es ist die Zusage ergangen, noch im Dezember das Bewilligungsverfahren durchzuführen. Es ist zugesagt worden, daß entgegen der seinerzeitigen Meinung der Abteilung für die bescheidenmäßig eingewiesenen 31 Kinder die Kostenübernahme erfolgt und wurde für die weiteren zehn, die noch nicht offiziell vom Amt eingewiesen, aber schon dort eingeschult sind und dort wohnen, auch eine positive Erledigung in Aussicht gestellt. Ich sage das gerne und betone es besonders: das ist hochofreulich. Eine große Bitte aber Herr Landesrat: Sorgen Sie dafür, daß diese Kostenübernahmen sehr rasch abgerechnet werden, denn die Vereinigung hat einen Kredit, das ist, glaube ich, öffentlich nicht bekannt, mit persönlicher Haftung der dort tätigen ehrenamtlichen Führungskräfte in Höhe von einer Million Schilling aufgenommen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Einer so großen, humanitären Sache zuliebe sollte man alles tun und auch im Ablauf der Verwaltung großzügig sein. Damit Idealisten nicht nur Arbeit einsetzen, sondern nicht auch noch ihr persönliches Geld aufs Spiel setzen müssen. Diese Familien — viele Führungskräfte sind ja da selbst betroffen mit behinderten Kindern — haben ohnedies genug zu tragen, und hier gebe ich der Frau Kollegin Bischof ganz recht: nicht Mitleid, sondern tätige Hilfe brauchen all diese Kinder und Familien.

In der Anfragebeantwortung des Herrn Landesrates Gruber war auch die Rede vom Kostensatz, vom Tagessatz, der im Behindertenheim Hirtenkloster von der Vereinigung in Rechnung gestellt wird. Es war vielleicht der Vergleich nicht ganz passend, und ich habe damals schon, am 28. April,

gebeten, nicht den Vergleich mit anderen Heimen im Sozialbereich anzustellen, sondern mit gleichwertigen, also mit der Wiener Neustädter Waldschule oder mit dem Elisabethinum in Innsbruck. Die Vereinigung zugunsten behinderter Kinder verrechnet im Morreschlöbl seinerzeit und jetzt im Hirtenkloster 445,— Schilling. Die Waldschule verrechnet 465,— Schilling in Wiener Neustadt und das Elisabethinum in Innsbruck verrechnet gar 550,— Schilling Tagessatz. Das heißt also, entgegen der zunächst geäußerten Meinung des Herrn Landesrates ist die Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher mit ihrem Satz zu den drei vergleichbaren Schulen die billigste. Es ist natürlich schon so, daß im Landesbehindertenzentrum, das ohne jeden Zweifel hervorragende Arbeit leistet, der tägliche Aufwand geringer sein kann. Der Kostenvergleich mit diesem Landesbehindertenzentrum und einer Behindertenpflichtschule mit Therapie, mit vielerlei Einrichtung ist aber nicht zulässig. Dort, im Behindertenzentrum in Andritz, sind bereits schulentlassene, in den Beruf einzugliedernde, also in Berufsausbildung stehende Jugendliche, die einen gewissen Grad an Selbstständigkeit erreicht haben und auch schon einen gewissen Grad an Selbsterwerbsfähigkeit. Sie machen dort auch Arbeiten und Dienstleistungen, die veräußert werden und so kommt natürlich in diesem Landesbehindertenzentrum Andritz der Tagessatz wesentlich günstiger. Aber dieser Vergleich ist, meiner Meinung nach und nach Meinung der Betroffenen, nicht zulässig.

Ich würde also meinen, der Anfang ist gemacht. Die Landessonderschule für behinderte Kinder ist in Betrieb genommen. Das Schulreferat hat im Jahre 1978 nicht ausreichend, aber doch 8,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Es ist notdürftig alles eingerichtet, um einen ordentlichen Betrieb zu absolvieren, aber es muß weitergebaut werden. Und es muß diese Einrichtung im Budget 1980 — daher auch die Bitte an den Herrn Landesrat Jungwirth — neuerdings für den Bau und für den Umbau, die Adaption der Schule, Bausubventionen erhalten. Das Heim, Herr Landesrat Gruber, ist eine dringend notwendige Ergänzung. Sie sind sicherlich mit mir und dieser Vereinigung einer Meinung, daß das so rasch als möglich umgebaut werden soll. Es ist im Budget 1979 nichts enthalten, bedauerlicherweise. Es ist vielleicht aus Gründen des Ablaufes auch schwierig gewesen. Jedenfalls besteht für das Budget 1980 die dringende Bitte, ausreichende Mittel für den Umbau und die Adaption des Heimes vorzusehen, und Sie können ganz sicher sein, daß wir, da meine ich die OVP-Fraktion, jede Initiative, die Sie in diese Richtung setzen, voll und ganz unterstützen werden.

Der bisherige Weg der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und vor allem der betroffenen Eltern war kein leichter. Er war sehr mühevoll. Es war auch der Nachweis zu erbringen, und der ist voll gelungen, daß eine große, private Initiative imstande ist, kontinuierlich, diese Sorge verstehe ich, eine öffentliche, große Aufgabe zu leisten. Dieser Nachweis ist gelungen. Ich bitte also, stellen Sie sich, Herr Landesrat Gruber, klar und eindeutig hinter diese Sache. Sie haben es in grundsätzlichen Erklärungen bereits getan, dafür ist zu danken, schaffen Sie die

Voraussetzungen für eine angemessene Förderung nach dem Behindertengesetz für die laufenden Kosten und im Budget 1980 einen entsprechenden Ansatz für den Ausbau des Heimes. Dann glaube ich, ist einer großen und wichtigen Initiative, die in ein echtes Leck gestoßen ist, geholfen.

Vielleicht war es auch so, daß man zunächst mit den 40 Plätzen in Wiener Neustadt das Auslangen gefunden hatte, das ist durchaus möglich. Die Bereitschaft der Eltern, ihre behinderten Kinder ausbilden zu lassen, in der Gesellschaft herzuzeigen und zu möglichst vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft ausbilden zu lassen, ist größer geworden. Es ist auch gut und richtig, daß Wiener Neustadt laufend mit Bausubventionen gefördert wurde. Im letzten Budget 1979 sind jetzt wieder 1,5 Millionen Schilling für einen Zubau drinnen, für ein Lehrschwimmbecken oder so etwas. Das ist gut und richtig und großartig, aber jetzt haben wir innerhalb der Steiermark ein Zentrum geschaffen, das für behinderte Kinder die Pflichtschulausbildung und auch schon vorher die Kindergartenausbildung übernehmen kann, natürlich nur mit Hilfe der öffentlichen Hand; und hier erfüllt eine idealistische Gruppe von Menschen einen Dienst, der nicht hoch genug einzuschätzen und der in jeder Weise zu fördern ist.

Ich habe auch noch eine Antwort zu geben — weil es vor allem behinderte Menschen betrifft, ich habe vorher von den Kindern gesprochen, aber jetzt gehören auch die erwachsenen Behinderten dazu und kranke Menschen — an den Herrn Abgeordneten Horvatek, der gestern ein großes Plädoyer gegen die Briefwahl gehalten hat und der Meinung war, daß es verfassungsrechtlich eindeutig sei, daß diese Briefwahl bei uns nach der derzeit geltenden Verfassung (Abg. Dr. Horvatek: „Das waren Ihre Verfassungsexperten!“) Nur warten, zuhören ist immer ganz gut! Daß auch die Verfassungsexperten verschiedener Meinung sind. Sie haben, lieber, verehrter Herr Kollege, Verfassungsexperten zitiert, die uns nahestehen. (Abg. Brandl: „So wie überall!“ — Abg. Ileschitz: „Zwei Juristen — drei Meinungen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Sie werden schon noch einen finden, der Ihnen das abnimmt!“) Das ist eine alte Geschichte, da gebe ich Ihnen recht. Ich kann Ihnen aufzählen — ich habe es vor ungefähr einem Jahr oder etwas mehr auch schon in diesem Hause getan — eine Reihe von Verfassungsrechtsexperten mit Zitaten, so Walter, Koja, Mantl, die durchaus der Meinung sind, daß die persönliche Stimmabgabe nicht ausschließlich darin liegt, daß der Mann oder die Frau auch persönlich hingehen muß, sondern die persönliche Stimmabgabe auch in der Briefwahl möglich ist. (Abg. Brandl: „Das ist praktiziert worden bei der Landarbeiterkammerwahl — schlechte Erfahrungen, Herr Kollege! Ganz schlechte Erfahrungen!“) Der schlagende Beweis. Nicht polemisieren, Herr Kollege! Ich komme gleich darauf zurück.

Stehen Sie hinter dem Arbeitsverfassungsgesetz, meine sehr geehrten Herren der Gewerkschaft? Stehen Sie hinter dem Arbeitsverfassungsgesetz? Gut! (Abg. Brandl: „Das ist etwas völlig anderes!“) Dann darf ich Ihnen den Paragraph 56 Absatz 3 zitieren: Wahlberechtigte, die wegen Urlaub, Karenz-

urlaub, Leistung des Präsenzdienstes oder Krankheit am Wahltag an der Leistung der Dienste oder infolge Ausübung ihres Berufes oder aus anderen wichtigen Gründen, ihre Person betreffend, an der persönlichen Stimmabgabe verhindert sind, haben das Recht auf briefliche Stimmabgabe und damit hat ihre Stimmabgabe im Postweg zu erfolgen. Das heißt, dort wo es Ihnen in den Kram paßt, dort ist Briefwahl erlaubt (Abg. Brandl: „Das hat damit nichts zu tun!“) — und dort, wo sie etwas für sich Negatives befürchten (Abg. Brandl: „Das hat damit überhaupt nichts zu tun!“), dort ist es verfassungswidrig.

Dieser Paragraph 56 Absatz 3 ist eine einfachgesetzliche Bestimmung, müßte daher wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben werden, wenn der Herr Kollege Horvatek recht hätte. Aber in die Briefwahl bei den Betriebsratswahlen (Abg. Brandl: „Wird nicht angefochten!“) — ist auch unsere Meinung, soll auch der Fall sein, nur Ihr wehrt euch doch dagegen. Die Briefwahl in der Betriebsratswahl wird von rund einem Drittel, das werden Sie ja alle wissen, in bestimmten Betrieben gerne und ausführlich benutzt. Es geht also nicht (Abg. Doktor Horvatek: „Da geht es um Wahlen in allgemeinen Vertretungskörpern!“), daß man dort, wo man einen Vorteil für seine Partei findet, das Recht nach der einen und dort, wo man einen Nachteil befürchtet, nach einer anderen Seite auslegt. (Beifall bei der OVP.) Ich würde einen Vorschlag machen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege Dr. Maitz, worin besteht der Nachteil? Worin sollen wir einen Nachteil befürchten?“) Das müßt Ihr beantworten, wenn Ihr so dagegen seid. Ich würde einen Vorschlag machen (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie haben das gesagt! Sie haben die Frage gestellt!“) — Wir wollen eindeutig, Herr Abgeordneter Heidinger, wir wollen eindeutig, daß Kranken, Behinderten an der Stimmabgabe — würden Sie jetzt auch bitte einmal zuhören — (Abg. Ing. Turek: „Auch wir hören zu!“) Herr Kollege Heidinger, Sie haben eine Frage gestellt und die würde ich gerne beantworten, aber vielleicht sind Sie auch so freundlich und hören jetzt auch zu! (Landesrat Peltzmann: „Bei dir ist er immer gleich beleidigt!“) Ja! Wir wollen, und das ist ganz eindeutig, für behinderte, für kranke und für alte Menschen, für solche, die im Dienst wie im Arbeitsverfassungsgesetz drinnen an der persönlichen Stimmabgabe behindert sind, eine Briefwahl einführen. Wir wollen nichts anderes wie Sie, Ihre Fraktion und unsere Fraktion auf Bundesebene gemeinsam bereits für die Betriebsratswahlen beschlossen haben, verfassungskonform beschlossen haben, sonst wäre es ja nicht durchgegangen beim Verfassungsdienst, daß die Briefwahl auch in den allgemeinen Vertretungskörpern, also Bund, Land, Gemeinden, eingeführt wird. Ich wehre mich nur dagegen, daß man dort, wo es einem gefällt, für und dort, wo es einem nicht gefällt, gegen die Briefwahl auftritt und daß das mit rechtlichen Bedenken kaschiert wird. Denn das ist unrichtig. Wir werden Gelegenheit haben, in den Unterausschüssen zur Landesverfassung das ausführlich zu diskutieren und es gibt eine einzige Möglichkeit, um hier eine Klarheit zu schaffen, das wäre ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes,

der das Wort „persönlich“ in der Verfassung näher definieren und erklären müßte, ist gemeint, persönlich hingehen und abgeben oder ist gemeint, persönlich den Wahlakt durchführen und auch einschicken, so wie es im Arbeitsverfassungsgesetz von uns allen gewollt und praktiziert wird. (Beifall bei der OVP.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Abg. Zdarsky: Herr Präsident, Hohes Haus! (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Jetzt kommt ein liebes Kind, ein schönes Kind!“)

Wenn man sich mit sozialen Problemen befaßt, stellt sich heraus, daß unter sozialer Notlage nicht immer nur die finanzielle Notlage zu verstehen ist, sondern daß es eine Reihe von Formen sozialer Not gibt, die nicht durch finanzielle Abgeltung behoben werden kann. Diese sozialen Notsituationen sind oft bei alten Menschen zu finden. Es sind dies Menschen, die vereinsamt sind, oft auch in der eigenen Familie vereinsamt sind, Menschen, die den Kontakt zur Gesellschaft verloren haben, aber auch vergessen und manchmal verlassen von ihren Mitmenschen leben. Zum Problem der Vereinsamung kommt oft das Problem der Pflegebedürftigkeit und der Hilfebedürftigkeit dazu. Wir Sozialdemokraten in diesem Land haben es uns daher zum Ziel gesetzt, das Hauptaugenmerk auf diese Form der Notsituation zu richten und durch Schaffung geeigneter Maßnahmen diesen Notständen zu begegnen.

Das Sozialhilfegesetz der Steiermark sieht bereits eine Reihe solcher sozialer Dienstleistungen für alte Menschen vor, von denen einige zur besten Zufriedenheit und zum Wohle der Bevölkerung eingerichtet sind. Diese Dienstleistungen zu verstärken und zu verbessern, sie aber auch einem größeren Kreise zugänglich zu machen, wird die Aufgabe der Zukunft sein. Außerdem gilt es aber, neue derartige Einrichtungen zu schaffen, um alle Formen solcher sozialer Notlagen zu bekämpfen. Die wichtigsten Dienstleistungen, die es dem alten und gebrechlichen Menschen ermöglichen, in seiner Wohnung zu verbleiben und seine bisherigen Lebensgewohnheiten zu erhalten, sind der Essenzustelldienst, die Altenhilfe und die Hauskrankenpflege. Der Essenzustelldienst zum Beispiel erfreut sich großer Beliebtheit; er besteht ja in Graz schon am längsten, er ist eine Einrichtung, die eigentlich aus den sozialen Diensten nicht mehr wegzudenken ist. Die Altenhilfe, die von privaten Wohlfahrtsorganisationen, und hier insbesondere vom Steirischen Altenhilfswerk, erbracht wird, hat bisher bereits Hervorragendes geleistet. Sie wird in Zukunft noch intensiver gefördert und ausgebaut werden müssen, um allen hilfebedürftigen Menschen zur Verfügung zu stehen. Auch die Hauskrankenpflege ist zu intensivieren. Hier hat sich das Rote Kreuz besondere Verdienste erworben und der Verein „Sozialmedizinischer Pflegedienst — Hauskrankenpflege Steiermark“ ist daran, ebenfalls diese Hilfestellungen auf- und auszubauen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Ich möchte an dieser Stelle für die sozialistische Fraktion dieses Hauses besonders den Trägern der privaten Wohlfahrt, ob das nun die Caritas oder die Volkshilfe, das Steirische Altenhilfswerk oder die große Anzahl der anderen Organisationen sind, den besonderen Dank aussprechen, weil sie in Ergänzung (Allgemeiner Beifall.) zu den öffentlichen Sozialhilfemaßnahmen echte Hilfestellung leisten, die nicht mehr wegzudenken ist. Diese Organisationen werden auch ihrer Bedeutung entsprechend aus Mitteln, über die der Sozialreferent der Steiermärkischen Landesregierung verfügt, subventioniert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die moderne Medizin läßt heute viele Menschen ein hohes Alter erleben und ermöglicht bei vielen Krankheiten auch das Überleben, denn viele Krankheiten, die früher tödlich verlaufen sind, sind heute zum Teil heilbar, zum anderen Teil überleben die Patienten. Bei diesen Überlebenden zeigt sich nun oftmals die Schattenseite und die Problematik unserer modernen Gesellschaft. Es sind hier vor allem die älteren Menschen, welche auf der einen Seite oft nicht die Chancengleichheit mit jungen Menschen haben, auf der anderen Seite erfordert die Behandlung älterer Menschen viel mehr Zeit und vor allem eine echte Nachsorge. Jeder fünfte Österreicher ist heute mehr als 60 Jahre alt. Es leben also in Österreich etwa 1,5 Millionen Menschen dieser Altersgruppe. Gerade aber die große Zahl von älteren Menschen bedingt, daß eine auf die seelische und soziale Gesundheit ausgerichtete Politik Hand in Hand mit der Sozialpolitik gehen muß. Es kommt daher in der Sozialhilfepolitik des Landes den Landesaltenpflegeheimen eine besondere Bedeutung zu. Um den pflegebedürftigen Personen einen menschenwürdigen und der heutigen Zeit angepaßten Aufenthalt in einem Pflegeheim zu ermöglichen, muß die Unterbringung in modernen Heimen erreicht werden, soweit der Wunsch dazu besteht.

Die sozialistische Landtagsfraktion sieht daher in der Verbesserung und Vermehrung der Pflegeheime einen Schwerpunkt in der Sozialpolitik des Landes. Hier geschah in den letzten Jahren eine bedeutende Verbesserung. Die bestehenden Heime wurden erweitert und modernisiert. Die Bettenanzahl pro Zimmer konnte verringert werden und das Wohnen und Leben in diesen Heimen wurde schöner und angenehmer gestaltet. Dementsprechend wurden auch im heurigen außerordentlichen Budget des Landesvoranschlags für das kommende Jahr 18 Millionen Schilling für das Landesaltenpflegeheim Mautern vorgesehen, damit dieses Heim im nächsten Jahr bezugsfertig gestellt werden kann. 10 Millionen Schilling sind für das Landesaltenpflegeheim Radkersburg veranschlagt, damit der Erweiterungsbau fortgesetzt werden kann.

Hohes Haus! Es gilt aber auch beim Bau der Altenheime, die vielleicht von privaten Wohlfahrts-trägern errichtet werden oder Gemeinde- und Bezirksaltenheime sind, Pflegeabteilungen zu schaffen und auszubauen, damit alte Menschen, die pflegebedürftig werden, nicht das Heim verlassen müssen, sondern dort verbleiben können. Hier bestehen ja die zwischenmenschlichen Beziehungen und Kontakte. Die sozialen Kontaktschwierigkeiten bei älte-

ren Menschen bilden ja überhaupt ein wesentliches Problem. Dies besonders außerhalb der Heime. Sie erschweren das Leben dieser Gruppen kurz- und langfristig beträchtlich. Eine Erhebung bei alten Menschen zeigt, daß etwa die Hälfte der über Sechzigjährigen seltener als einmal pro Woche Besuch bekommt, 8 Prozent von ihnen, das sind 118.000 Menschen, erhalten nie Besuch, 3,6 Prozent aller Personen über 60 Jahre, das sind insgesamt 53.000 Menschen, haben überhaupt keinerlei Kontakte zu Personen außerhalb ihrer Wohnung. Auch hier nehmen die Anteile mit steigendem Alter zu. Damit aber nimmt die seelische Armut zu. Kampf gegen die Armut bedeutet also auch im besonderem Maße Kampf gegen soziale Isolierung und für soziale Integration. Hier aber könnte und sollte jeder wenigstens in seinem eigenen persönlichen Lebenskreis etwas mithelfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Professor Dr. Eichinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Eichinger: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wir waren eigentlich alle sehr erschüttert, als wir — ich glaube es war im August — in der Zeitung lesen konnten, daß etwa 130.000 Steirer in der Zone einer neuen Armut leben müssen. Das ist zurückzuführen auf eine Erhebung, die von der Landesregierung durchgeführt wurde, und ich glaube, auch zurückgeht auf einen Antrag, den die Frau Abgeordnete Jamnegg einmal eingebracht hat. Man sieht daraus, wie notwendig dieser Antrag gewesen ist. Gleichzeitig spürt man aber auch, daß der sogenannte Kampf gegen die Armut, vor neun Jahren bereits von der Regierung proklamiert, nicht die Erfolge gebracht hat, die man sich erwartete. Und wenn ich an die Budgetrede denke, an Herrn Abgeordneten Gerhard Heidinger, an die Worte: „Wir bestreiten nicht, daß es Arme gibt in diesem Land“ oder „Viele müssen um das nackte Leben kämpfen“ oder in der Debatte „Auf was soll ein Mindestrentner noch verzichten“, eigentlich erschütternd sind. Wie hat man dann darauf reagiert? Wenn ich die „Obersteirerzeitung“ hernehme, so ist da zu lesen, daß Herr Landesrat Gruber erklärt hat — ich muß mich korrigieren, es war in der „Kleinen Zeitung“ —, daß wir eine Vielzahl von Problemen nicht erkannt oder nicht so erkannt haben. Dazu möchte ich sagen: daß es eine solche Zahl von Problemen gibt, haben wir sehr früh erfaßt (Landesrat Bammer: „Er weiß immer alles früher als wir!“) und deshalb haben wir auch im Februar 1974 den Antrag auf ein modernes Sozialhilfegesetz gestellt. Es ist nach eingehenden Beratungen durch alle Fraktionen dieses Hauses zustande gekommen und um so mehr wundere ich mich, wenn Ihre beiden Sprecherinnen immer wieder erklären: „Wir Sozialisten, wir Sozialdemokraten“ und so weiter und „was wir alles gemacht haben“, wo man doch eigentlich im Grunde sagen muß, daß alle Abgeordneten dieses Hauses gerade diesen Problemen eine besondere Aufmerksamkeit schenken. Was uns von der Volkspartei jetzt wirklich besonders freut ist, daß dieses Sozial-

hilfegesetz tatsächlich auf unsere Initiative zurückgeht und das endgültig erfolgte Gesetz auf die Beratungen aller Abgeordneten dieses Hauses. Ich möchte sagen, wir haben eine zum Teil erfolgreiche Sozialoffensive in die Wege geleitet, und das freut uns. Was mir immer wieder fehlt ist, daß zu wenig Informationen hinausgelangen, daß es bis heute nicht gelungen ist, es wird ja hier von Ihren Sprecherinnen auch gebracht, die Bevölkerung eingehend zu informieren. Also mehr Information, mehr Phantasie und auch noch mehr privater Einsatz.

Wenn heute den privaten Institutionen gedankt würde, dann können wir hier voll Stolz sagen, daß wir von Anfang an gesagt haben: ohne private Institutionen ist es überhaupt nicht möglich, dieses Problem zu lösen, und ich freue mich, daß gerade von Ihrer Seite heute der Dank an diese Institutionen besonders ausgesprochen wurde.

Nun hat Herr Landesrat Gruber laut „Sozialistischem Obersteirer“ vom 5. August vorgeschlagen, einen sogenannten Sozialombudsmann — „weil die Behörden vielfach nicht das Vertrauen genießen“ — einzurichten. Ich meine, dieser eine Satz ist auch ein bißchen erschütternd, und man müßte darüber nachdenken, vielleicht ganz besonders der Réferent, und vielleicht auch damit einen Anstoß geben, daß man dieses Wort: „die Behörde genießt kein Vertrauen“, wegbekommt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie sind ein Verallgemeinerer von besonderer Art!“) Ich glaube, so arg ist es nämlich gar nicht, und ich habe schon das Gefühl, daß man sich mit Vertrauen an die Beamten der Sozialhilfe in unserem Lande wenden kann, aber auch an die Abgeordneten, die ja vielfach solche Ombudsmänner sind. Er meinte, der Ombudsmann müsse unabhängig von der Bürokratie sein. Ich glaube, daß bei mehr Information dieser Ombudsmann erspart werden könnte. Ich möchte deshalb noch einmal vorschlagen, ich glaube, ich habe es schon einmal getan, man müßte die Gewerkschaft wesentlich mehr einsetzen, und zwar den Informationsapparat der Gewerkschaft, gleichzeitig aber auch alle Kammern dieses Landes, um auf die Möglichkeiten der sozialen Hilfe aufmerksam zu machen. Es wäre schön, wenn der Herr Präsident Ileschitz dann zum Beispiel in einem Vorwort schreiben könnte, wie der „Weg in den Abgrund“, und zwar in den sozialen Abgrund so vieler, die unter der neuen Armut stehen, verhindert werden könnte. Das wäre wirklich eine sehr, sehr gute Tat und würde bei der gesamten steirischen Bevölkerung einen besonderen Anklang finden, weil man sich dann sagen würde, das ist ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wobei es aber nicht so selbstverständlich ist, daß man an die Jugend eine Broschüre verteilen will, von der man weiß, daß sie absolut nicht geeignet ist, um das Klima in der Schule ein gutes bleiben zu lassen, Herr Kollege Strenitz. (Abg. Dr. Strenitz: „Steirisch werden zu lassen!“) Das sage ich sehr bewußt. Das kommt auch überall zum Ausdruck, in den meisten Kommentaren. Und wenn Sie wollen, Herr Dr. Strenitz, mir ist auch in den Schulen ein steirisches Klima lieber als ein solches Klima, das hier durch die Broschüre „Weg in den Abgrund“ geschaffen werden soll und das wir bei Gott nie mehr benötigen. Denn gerade diese einseitigen Darstel-

lungen sind es ja, die so viel Vergiftungen gebracht haben. Man möchte ja meinen, daß man davon endlich und endgültig Abschied nehmen dürfte. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das heißt: Vorhang herunter!“) Das hat mit Wissenschaftlichkeit überhaupt nichts zu tun, meine Herrschaften, sondern eine solche einseitige Beeinflussung wird von der Lehrerschaft einfach abgelehnt. (Abg. Laurich: „Das stimmt ja gar nicht! Von einem Teil der Lehrerschaft!“) Natürlich, Herr Kollege! (Abg. Gerhard Heidinger: „Aus der Hand gerissen wird es. Die Broschüre hat die dritte Auflage, das ist die Wahrheit!“) Es ist vielleicht für manche ganz interessant und auch für die, die politische Bildung bringen, insofern, daß man sagen kann, schaut euch diese Broschüre an, so wie hier, bei Gott, soll man es nicht machen. Vielleicht auch aus diesem Grund, daß man zu einer dritten Auflage, oder wenn man es fördert, zu einer vierten kommt.

Ich möchte aber, wenn man schon beim Ombudsmann ist, vorschlagen, daß man einen Ombudsmann für Arbeitnehmer in den steirischen Mittel- und Großbetrieben schafft. Ein solcher Ombudsmann hätte nämlich enorm viel zu tun, so zum Beispiel, daß man Beihilfe gibt (Abg. Brandl: „Die sind gesetzlich verankert, kennen Sie das nicht?“), wie man bei Betriebswahlen die Listen erstellt oder (Abg. Brandl: „Noch nie etwas gehört von Betriebsräten?“) daß ein Ombudsmann dazu beiträgt, daß alle Arbeitnehmer geschützt werden, die so eine Minderheitenliste unterschreiben. Das wäre eine phantastische Tätigkeit für einen solchen Ombudsmann. Oder einen Ombudsmann für einen Schutz gegen Benachteiligungen. Oder einen Ombudsmann, der zur Arbeiterkammer geht und dort sagt, meine Herren, macht doch mehr Wahllokale, damit der Arbeitnehmer es leichter hat, bei der Arbeiterkammerwahl mitzutun. (Beifall bei der ÖVP.) Ein solcher Ombudsmann, der würde von uns natürlich sofort begrüßt werden. (Abg. Ileschitz: „Was soll diese Sinniererei?“) Herr Präsident, es liegt an Ihnen, sind Sie großzügig, zeigen Sie, daß Sie ein großer Demokrat hier sind und tun Sie mit, daß dieses Problem endgültig aus der Welt geschafft wird. Unseren Dank haben Sie heute schon. (Abg. Ileschitz: „Der Präsident ist kein Diktator. Sie möchten ihn zum Diktator stempeln!“) Der Herr Präsident ist insoweit ein Diktator, daß er es verhindert. (Landesrat Dr. Krainer: „Das gefällt dem Ileschitz ungeheuerlich, sich als Diktator bezeichnet zu fühlen!“)

Nun zur Untermauerung, wer gehört zu den Gefährdeten? Dazu zählen jene, die unter der Grenze von 2000,— Schilling liegen, das sind Kranke, Behinderte und kinderreiche Familien. Und wenn ich den Jahresbericht der Caritas anschau für 1977/1978, da spricht man bei den kinderreichen Familien, daß sich viele keinen Urlaub leisten können und viele keine Schulschiferien mitmachen können. Aus einem Gymnasium der Obersteiermark möchte ich Ihnen zum Beispiel sagen, daß ein Kind kommt und sagt: bei uns sind drei Kinder, der Vater verdient nur 7000,— bis 8000,— Schilling, die Wohnung kostet enorm viel, die Überstunden, die es einmal gegeben hat, die gibt es nicht mehr, und so können wir ganz einfach nicht mehr mit. Und solche Beispiele könnte

ich Ihnen viele sagen. Oder eine andere Gefährdung. Wenn eine Arbeitnehmerin, die etwa 6500,— Schilling im Monat verdient, zwei Kinder hat und dann um eine sogenannte Schulbeihilfe ansucht. Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, das betrifft jetzt eines Ihrer Ministerien — diese Frau hat zwei Kinder, eines ist 15 Jahre und eines ist 18 Jahre alt, und die Studienbeihilfe wurde deshalb abgelehnt, weil der Vater dieser Kinder, von dem sie getrennt lebt, der nichts zahlt als die Alimente, herangezogen wird bei der Bemessung für die Studienbeihilfe. Endergebnis: Diese Frau bekommt für ihre zwei Kinder keine Studienbeihilfe! Meine Damen und Herren Sozialisten, meine Damen und Herren Sozialdemokraten! Hier bestünde eine ganz große Möglichkeit, durch eine Intervention im Ministerium mitzuhelfen, daß diese Kinder hier nicht durchfallen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege, Intervention hilft gar nichts, das Gesetz muß geändert werden!“) Herr Kollege, helfen Sie mit, daß das Gesetz geändert wird. Natürlich. An Worten soll es nicht scheitern. (Abg. Gerhard Heidinger: „Im übrigen: die Geschichte haben Sie uns schon voriges Jahr erzählt. Da haben Sie ein Jahr nichts getan!“ — Abg. Laurich: „Sie haben das alte Konzept erwischt!“) Ich muß sie ja wieder erzählen, weil die sozialistische Mehrheitsfraktion im Parlament nichts, nichts getan hat. Herr Kollege, das ist die klare Antwort. (Abg. Laurich: „Warum haben Sie nichts gemacht?“) Ich habe schon zwei Anträge gestellt, doch die Sozialisten sind schwerhörig und sie tun nicht mit!

Im Jahresbericht der Caritas steht weiters drinnen, fettgedruckt: Familie als Stiefkind. Da steht: „Wird die Familie im sterbenden Österreich weiterhin wie ein Stiefkind behandelt?“ In Klammer: „immerhin wurden in diesem Jahr 3 Milliarden Schilling aus dem Kinderbeihilfentopf genommen“. Oder: „Die soziale Maßnahme des Finanzministers für 1979: Die Erhöhung der Familienbeihilfe beträgt 30,— Schilling je Kind.“ Das macht nur den Inflationsverlust wett, bringt aber keinen Ausgleich für den Preisanstieg bei Milch und Brot, und dann sagt die Frau Kollegin Bischof, die SPO ist eine familienfreundliche Partei. (Abg. Laurich: „Sehr richtig! Jawohl!“ — Landesrat Bammer: „Das haben schon größere ÖVpler zugegeben, als Sie es sind!“) Da frage ich mich, wo bleibt hier die Familienfreundlichkeit? Und Frau Kollegin Bischof, wenn Sie früher erzählt haben, daß es gerade die Frauen sind, die ab 1979 wieder die SPO wählen, dann werde ich Ihnen sagen, diese Frauen werden schon wissen, was sie wählen. Na, wenn man Ihre Unruhe anschaut, dann haben Sie ein bißchen ein schlechtes Gefühl für diese Zeit. (Abg. Laurich: „Das wissen sie auch, weil sie wissen, warum sie so wählen!“ — Landesrat Bammer: „Zerbrechen Sie sich unseren Kopf nicht!“) Leichte Nervosität, könnte man feststellen. Ein weiteres Problem ist, na schauen Sie Herr Kollege Laurich, wir (Abg. Laurich: „Warten wir einmal ab, bis die Wahlen vorbei sind!“) werden die Erfolge nicht so feiern wie Sie, daß Sie sagen: „Mein Gott, wir verlieren zwei Mandate bei der Wahl“ und dann „Gott sei Dank, es ist ein hoher Sieg geworden, denn wir haben sie nicht verloren.“ Ich gebe Ihnen für das nächste Mal den

Rat zu sagen: „wir verlieren vier Mandate“, dann ist der Sieg nämlich noch größer. (Abg. Laurich: „Mit einem habt Ihr schon angefangen!“)

Noch eine unguete Sache: Mehr und mehr kommen jetzt jugendliche Anhänger der HTL, die keinen Posten finden und auch keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Meine Damen und Herren, es ist bitter, wenn ein solcher Junge sagt, es ist furchtbar, daß ich mit 19 Jahren noch den Eltern auf der Tasche liegen muß. Der bekommt keine Arbeitslose, bekommt keine Unterstützung, möchte ich sagen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ist er krank oder gesund?“) Das ist diese Anzahl junger Menschen, die ganz einfach nicht erfaßt sind. Ich möchte sagen, Herr Kollege (Abg. Gerhard Heidinger: „Ist er krank oder gesund?“ — Abg. Ileschitz: „Ist das Ihr Sohn?“) — Herr Kollege, der Schüler ist gesund! Herr Kollege, ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe, aber er ist ein gesunder junger Bursch, der gelernt hat, und der jetzt einen Posten sucht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Warum geht er nicht arbeiten?“) Er ist überall hingegangen und hat keinen Posten gefunden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Schicken Sie ihn zu mir!“) Ich werde diesen Rat sehr gerne befolgen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber arbeiten muß er!“)

Mich wundert es auch nicht, Herr Kollege Heidinger, ich darf Sie persönlich ansprechen, wenn das in der Obersteiermark der Fall ist, wenn nämlich der Herr Generaldirektor Abfalter erklärt, bei der VOEST-Alpine sind seit 1975 5600 Mitarbeiter weniger. Diese Arbeitsplätze, Herr Präsident Ileschitz (unverständlicher Zwischenruf), natürlich, Herr Kollege. Das ist wortwörtlich, was der Herr Generaldirektor erklärt hat. (Landesrat Bammer: „Also, was wollen Sie?“) Er hat erklärt, es sind 5600 Arbeitsplätze weniger und da ist es unsere Sorge und unser Bemühen, daß man endlich wieder einmal junge Menschen in den Bereich der VOEST-Alpine oder VEW aufnimmt.

Nun möchte ich Ihnen nur mehr ein Beispiel bringen vom Sozialhilfereferat des Bezirkes Mürzzuschlag und Ihnen sagen, wie sich das eigentlich bewährt hat. Nämlich von 14.500.000,— Schilling im ordentlichen Haushalt fallen 38.452.000,— Schilling auf soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. (Abg. Ileschitz: „Mit einem einzigen Fall machen Sie so ein Theater!“) Herr Präsident, ich habe Sie leider nicht verstanden. (Abg. Ritzinger: „Ernstnehmen wollen sie dich nicht!“) Der Herr Landesrat Bammer sagt immer Oberlehrer zu mir, aber ich bin stolz darauf, wenn Sie das sagen. Vielleicht fällt Ihnen dann mit der Zeit doch etwas besseres ein. (Landesrat Bammer: „Das habe ich jetzt nicht gesagt!“) Diese Summe fällt auf soziale Bereiche und Wohnbauförderung, etwa 95,06 Prozent. Davon leisten die Gemeinden des Bezirkes 21.675.000,— Schilling, also eine Sozialhilfeumlage von 13,9 Prozent. Ich möchte damit betonen, daß die Gemeinden dieses Landes einen enormen Beitrag leisten und, was erfreulich ist, die Verwaltung macht nur 4,72 Prozent aus.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen hier an Beispielen, die aus dem Leben gegriffen sind, zeigen wollen, welche großen sozialen Probleme es noch gibt und wie sehr wir uns gemeinsam anstren-

gen müssen, diese Probleme in der nächsten Zukunft zu lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell. Ich erteile es ihm.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident!

Darf ich vorerst mit einigen Sätzen auf die Ausführungen des Kollegen Eichtinger eingehen. Er hat zu Beginn seiner Rede beklagt, daß es noch immer Arme, und zwar unter seiner Diktion neue Arme gibt. Ich möchte doch mit großem Ernst darauf hinweisen, daß in bezug auf die Zahl der Armen und auch in bezug auf die Not, die sie drückt, ein enormer Unterschied zwischen 1970 und 1978 besteht. Die Zahl ist wesentlich geringer geworden, wie Sie wissen, und auch die Not ist Gott sei Dank nicht mehr so drückend als sie war, nachdem Ihre Regierung zu reagieren aufgehört hat. (Beifall bei der SPÖ.) Das mußte einmal klargestellt werden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Genau!“ — Abg. Schrammel: „Alte Aussage!“)

Leider gibt es immer noch alte Arme, oder wenn Sie wollen, noch immer Arme. Sie wissen, daß die Bemühungen gerade der sozialistischen Regierung ganz entschieden dahin gehen, daß sich diese Zahl weiter senkt und daß auch die Not geringer werden möge. Ich glaube, wenn Sie von einer Zusammenarbeit in dieser Hinsicht reden, dann müßte diese Zusammenarbeit möglichst ohne Polemik vor sich gehen. Sie beklagen zum Beispiel eine Einseitigkeit in anderen Problemen aus unserer Seite, ich muß aber dazu sagen, daß Sie selbst, sehr geehrter Herr Kollege, nicht von Einseitigkeit frei sind. Das wollte ich zu diesen Ausführungen sagen. (Abg. Dr. Eichtinger: „Vielleicht sind wir zwei Brüder!“) Ich würde hoffen, nicht! Ich habe in der Hinsicht andere Vorstellungen, und zu einem Zwillingenbruder ist die Zeit vorbei, lieber Kollege. (Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Dr. Eichtinger: „Aber manche sagen, Sie leugnen es!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Vielleicht höchstens der ‚patscherte‘ Zwilling dazu!“)

Darf ich zu dem jetzt überleiten, weswegen ich mich eigentlich zu Wort gemeldet habe, und zwar folgendes: Im Jahresbericht 1977 des Steirischen Pensionistenverbandes, der sehr eindrucksvolle Leistungen anführt, dankt der Landesobmann Karl Potz dem Land sowie auch den Funktionären der Sozialhilfeverbände und der Gemeinden für das Verständnis, mit dem die Arbeit für die alten Menschen, die diese Verbände, der Pensionistenverband und andere Verbände, erbringen, unterstützt und gefördert wird. Wenn ein aktiver Pensionistenfunktionär für die Förderung der Arbeit dankt, dann glaube ich, ist auch Dank angebracht von uns an diese Organisationen und ihre Mitarbeiter für ihre Arbeit mit der älteren Generation und für die ältere Generation. Wenn es erlaubt ist auf der rechten Seite, möchte ich in diesen Dank auch gerne die anderen Pensionistenverbände und auch den Seniorenbund miteinschließen. Die Anerkennung und der Dank sollen allen gelten. Nachdem mir der Bericht des Pensionistenverbandes zur Verfügung gestanden ist, darf ich daraus, ich sage stellvertretend für die anderen Verbände, die mit ähnlichen Bestrebungen befaßt

sind, zitieren: In diesem Bericht heißt es, daß über 230.000, ich betone und wiederhole diese Ziffer, über 230.000 Personen an den Aktivitäten des Verbandes teilgenommen haben; davon fast 70.000 an 1200 Eintagesfahrten und fast 50.000 an mehrtätigen Reisen. Bei rund 650 Pensionistennachmittagen sind über 40.000 Besucher festzustellen gewesen. Vielleicht noch etwas dazu: Viele haben durch diese Gemeinschaft das erste Mal in ihrem Leben überhaupt erst Urlaub machen können. Die Aktivitäten der Altenverbände umfassen aber außer Reisen und Geselligkeit auch eine ganze Reihe von sportlichen Tätigkeiten, wie insbesondere Turnen, Schwimmen, Wandern und anderes mehr. Wesentlich scheint mir, daß aus diesem Bericht zu ersehen sind die Bereitschaft und die Fähigkeit vieler älterer Menschen zu ganz beachtlichen Leistungen, sofern sie nicht durch Krankheit oder Gebrechen daran gehindert sind. Ich meine, die Gruppe der Aktiven und der zu Aktivierenden braucht nur die Hilfe zur Selbsthilfe. Nicht alles soll an ihrer Stelle für sie getan werden, sondern man soll sie selbst gestalten und selbst verantworten lassen. So wie es dank der Anregungen und der Einflußnahme des Landesrates Gruber schon in manchen Gemeinden mit bestem Erfolg praktiziert wird, zum Beispiel bei selbstgestalteten und geführten Begegnungsstätten und Klubs und nicht in der Form von — gewissermaßen — Kindergärten für die alten Menschen. Hilfe zur Selbsthilfe, Hilfe zur eigenen Initiative ist zum Beispiel auch, daß man ihnen die Turnsäle öffnet, daß man bei den Schwimmhallen Stunden freihält und auch wohl darauf achtet, daß die alten Menschen bei diesen ihren Aktionen und Aktivitäten gerne unter sich sein möchten. Integration in die Gesellschaft überhaupt, das ist sehr schön, muß aber mit gewissem Bedacht praktiziert werden. Hilfe zur Eigeninitiative und zur Selbsthilfe würde auch bedeuten, wenn die Seniorentarife auf allen Linienbusstrecken zum Beispiel eingeführt würden und nicht nur bei Bahn und Post. Hier darf ich vielleicht gleich einfügen, daß die Altenurlaubsaktion, zu der ja schon bei anderer Gelegenheit gesprochen wurde, ein außerordentlich großartiger Erfolg und eine große Sache ist.

Ich möchte darauf hinweisen. Je aktiver, und zwar geistig und körperlich, die Menschen sind, desto gesünder und desto glücklicher sind sie auch. Dazu haben wir erfreulicherweise auch gesetzlich verankerte Hilfe, und das Sozialhilfegesetz ist bereits schon erwähnt worden. Es ist ein Gesetz auch für Hilfe zur Selbsthilfe. Es mögen alle bemüht sein, daß es seinem Auftrag und seinem Geist gemäß überall, in den Bezirken und in den Sozialhilfeverbänden, praktiziert und realisiert wird. Es sind leider dort und da doch Beschwerden, daß diese Realisierung und Praktizierung nicht so ganz zutrifft, wie es wünschenswert wäre. Es ist jedenfalls ein sehr wertvolles Instrument für die Belange der alten Menschen, und es schafft und gibt Recht und Ansprüche. Das betrachte ich als Gegengewicht gegen eine Art Almosenmentalität, sowohl bei der Vergabe als auch beim Empfang. Es soll das Selbstbewußtsein der alten Menschen stärken helfen und nicht das Selbstbewußtsein verletzen. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß alte Menschen oft

sehr sensibel sind und daß sie fürchten, unnütz zu sein und jemandem zur Last zu fallen, obwohl zu einer solchen Einstellung oder zu einem solchen Gefühl gar keine Ursache wäre, denn sie sind erfreulicherweise sozialversicherungsmäßig und finanziell abgesichert. Das ist auch die Basis jeder heutigen Seniorentätigkeit. Wenn jemand glaubt, meine Damen und Herren, daß für die finanzielle Sicherheit der Pensionisten eine Garantieerklärung abgegeben werden soll, dann möge das geschehen. Aber entscheidend ist, daß diese Sicherheit so zentrale Zielsetzung bleibt, wie sie in jahrzehntelangem, erfolgreichem Bemühen ohnedies war.

Wenn ich sagte, Selbstvertrauen stärken, so meine ich das nicht nur bei den Einzelpersonen, sondern auch im allgemeinen. Überall, wo es um Probleme der älteren Generation geht, soll diese selbst Stellung nehmen können, soll sie herangezogen werden, soll eine echte Mitsprache ausgeübt und praktiziert werden. Man müßte daran denken, daß diese Mitsprache, dieses Mitarbeitenkönnen, allenfalls auch gesetzlich stärker verankert wird. Altenpolitik in diesem Sinne ist keine Utopie, es ist auch keine komplizierte und professorale Wissenschaft, sondern eine reale und handfeste Praxis, die jeden Tag und von jedermann ausgeübt werden kann.

Die These, darf ich noch sagen, die man Ende September dieses Jahres bei einer Enquete hören konnte, daß die heutige Gesellschaft die alten Menschen ablehne und in ein Getto abschiebe, diese These scheint mir unzulässig übertrieben. Allerdings muß der manchmal schwierige Prozeß des Miteinanders und des Nebeneinanders und der Verständigung zwischen jung und alt wirkungsvoll unterstützt werden. Das gilt vor allem für die Gruppe von alten Menschen, die nicht selbst aktiv sein kann, weil sie durch Krankheit und Gebrechen behindert ist. Hier ist Hilfe doppelt so nötig, aber sicher auch doppelt so schwierig, und darüber hat in berufener Weise unsere Kollegin Zdarsky bereits gesprochen.

Ich darf abschließend die Hoffnung aussprechen, daß unter der Patronanz und unter der tätigen Mithilfe von entscheidungsbefugten Funktionären des Landes, insbesondere unseres Kollegen Landesrat Gruber, und auch der Funktionäre der Verbände eine Ordnung gefestigt wird, durch die die alten Menschen ihren anerkannten Platz in der Gesellschaft erhalten und behalten. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr. Um 14.30 Uhr versammeln wir uns wieder, um die Behandlung der Gruppe 4 zum Abschluß zu bringen. Es ist noch ein Redner vorgemerkt und der Herr Landesrat Gruber für sein Schlußwort. (Unterbrechung der Sitzung um 13 Uhr.)

2. Präsident Gross: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wir haben festgestellt, daß wir um 14.30 Uhr die Beratungen wieder aufnehmen. Es ist nach meiner Uhr 14.33 Uhr. Die Beratungen sind daher wieder aufgenommen.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Kollege Eichtinger (Abg. Dr. Eichtinger: „Hier!“) hat uns vor der Mittagspause wiederholt, oder schon wieder vordemonstriert und uns zeigen oder sagen wollen, wer der Vater des Sozialhilfegesetzes ist. (Abg. Dr. Eichtinger: „Steht eindeutig fest!“) Kollege Eichtinger, ich möchte dazu nur folgendes sagen (Abg. Dr. Eichtinger: „Gerne!“): Das weißt du genauso wie ich. Wenn wir die ganze Geschichte, den Ursprung und Hergang aufzeigen wollten — wir wären in der Lage, du genauso wie ich —, würden wir sicherlich zwei oder drei Stunden brauchen. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Setzt euch zusammen!“ — Abg. Brandl: „Eine lange Geschichte!“) Das ist, glaube ich, auch gar nicht notwendig, sondern ich möchte hier zu dieser deiner Aussage eigentlich nur eine grundsätzliche Aussage machen und auf etwas verweisen, was nicht zu widerlegen, sondern was eine Tatsache ist, das ist nämlich die Geschichte der Sozialversicherung. (Abg. Dr. Eichtinger: „Das ist wieder etwas anderes!“) Und jeder, der die Geschichte der Sozialversicherung kennt, der weiß und kann es nicht abstreiten, daß es, Kollege Eichtinger, bitte aufpassen (Abg. Dr. Eichtinger: „Ja, ich passe schon auf!“), in der Vergangenheit, und das sage ich jetzt nicht polemisch, sondern auf Grund geschichtlicher Unterlagen, die zur Verfügung stehen, ganz sachlich, daß es in der Vergangenheit immer Sozialdemokraten waren, die sich in erster Linie um die sozial Schwächeren angenommen haben und daß es in der Vergangenheit immer Sozialdemokraten waren (Abg. Dr. Schilcher: „Nostalgie!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Aber Tatsache!“), die die Initiativen gesetzt haben für die ganze Sozialgesetzgebung. Ich betone noch einmal, das ist in der Sozialgeschichte nachzulesen. (Abg. Dr. Eichtinger: „Plus wir und plus Rehor!“) Ist vor mir hier jetzt nicht polemisch ausgesagt, sondern nur zur Richtigstellung. Und bei dieser Gelegenheit gestatte mir bitte noch eine Aussage. Es paßt nämlich so wunderbar dazu, und ich hätte sonst eigentlich keine Gelegenheit gehabt, es zu sagen. Wenn heute von seiten der Bundes-ÖVP der Herr Bundesobmann Taus und noch einige Herren (Abg. Dr. Eichtinger: „Fischer und Genossen!“) verlangen, eine Garantie vom Bundeskanzler oder von der sozialistischen Bundesregierung, eine Garantie dafür, daß die Pensionen in Zukunft gesichert bleiben, möchte ich dazu nur einen Satz sagen: Die SPO ist der Garant für die gesicherten Pensionen. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen! (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Maitz: „Die SPO zahlt keine Pensionen, das ist die Pensionsversicherungsanstalt!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Sie war aber der Garant!“ — Abg. Brandl: „Die SPO war der Garant!“)

Und nun, meine Damen und Herren, noch einige Gedanken zur Gruppe 4, zur Jugendwohlfahrt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ihr seid auf der Sozialbremse gestanden!“ — Abg. Ileschitz: „1927 — der Kampf um die Pensionen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Fundament jeder Kindererziehung liegt in der Familie. In unserer heutigen Gesellschaft gibt es aber leider sehr viele Möglichkeiten, die dieses Fundament oft zu erschüttern scheinen, es aber auch oft

erschüttern. Es ist leider auch teilweise der Wohlstand, der auf Kosten unserer Kinder geht. Damit meine ich, daß es eben Familien gibt, wo beide Elternteile beschäftigt sind und sich auf diese Art und Weise sehr wohl einen gewissen Wohlstand erarbeiten und auch leisten können, aber daß halt dieser Wohlstand halt doch meistens auf Kosten ihrer Kinder erworben wird. Hier in Zukunft neue Wege zu beschreiten oder vielleicht neue Ideen zu bekommen, wäre einer Überlegung wert, und zwar einer Überlegung, wie wir, glaube ich, alle gemeinsam unser Schärflin dazu beitragen könnten. Jeder in seinem Gebiet, jeder in seinem Bezirk, jeder in seinem Ort, wo er wohnt. Ich möchte vorschlagen, daß es sicherlich die Möglichkeit gäbe, es würde nur bedeuten, diese Dinge in die Tat umzusetzen, zum Beispiel, die Stärkung der Großfamilie, wie man es früher gehabt hat.

Eine weitere Möglichkeit wäre, entsprechende öffentliche Einrichtungen zu schaffen, sofern sie noch nicht vorhanden sind. Hier möchte ich nur mit einem Satz vorschlagen, daß jedem steirischen Kind ein garantierter und gesicherter Kindergartenplatz zur Verfügung stehen könnte. Weiters könnte ich mir vorstellen, daß durch entsprechendes Agitieren und Bekanntmachen und auch Dafürsprechen auch die Nachbarschaftshilfe in Zukunft stärker in Anspruch genommen werden könnte. Das sind sicherlich nur einige Dinge, und ich weiß, es gäbe mehrere Möglichkeiten, aber es kommt immer wieder darauf an, wie man diese Möglichkeiten dann in die Wirklichkeit umsetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Rahmen der Jugendwohlfahrt gibt es auch Möglichkeiten von seiten des Landes, von seiten der Rechtsabteilung 9. Es gibt hier Erziehungsberatungsstellen, wo Eltern — das ist soweit mir bekannt, nicht nur in Graz, sondern auch in den Bezirken möglich —, die mit solchen Schwierigkeiten in punkto Kindererziehung konfrontiert sind, nun die Möglichkeit haben, von entsprechendem Fachpersonal, von Pädagogen, von Psychologen, beraten zu werden.

Eine weitere Einrichtung, die ebenfalls auf Landesebene schon sehr lange und erfolgreich durchgeführt wird, das ist die Fürsorgeerziehung. Meine Damen und Herren, mit heutigem Tag fast könnte man sagen, gibt es in der Steiermark 500 Mädchen und Burschen, die einer Fürsorgeerziehung unterzogen sind. Vielleicht auch nur ganz kurz eine Summe dazu: Für diese 500 jungen Menschen kostet die Einrichtung, in der sie untergebracht sind, und der Aufwand für das kommende Jahr rund 43 Millionen Schilling. Eine Neuerung ist ab dem Jahre 1979 vorgesehen, das heißt, es liegt ein Beschluß der Landesregierung vor, wo man versuchen möchte, ab dem Jahre 1979 einen neuen und moderneren Weg in der Fürsorgeerziehung zu beschreiten. Konkret ist vorgesehen, daß für Mädchen eine sogenannte Wohngemeinschaft gebildet wird. Eine Wohngemeinschaft, wo ein eigenes Objekt, ein Haus zur Verfügung steht, wo Mädchen in Gruppen zusammengeschlossen sind und die Möglichkeit haben sollen, wie jeder von uns in seinem gesellschaftlichen Leben, das Leben dort in dieser sogenannten Wohngemeinschaft sich selbst zu gestalten, vor allen Dingen sich es individueller zu gestalten.

Das heißt natürlich nicht, daß jetzt eine Gruppe von Mädchen unbeaufsichtigt machen kann, was sie will, sondern daß sehr wohl dafür vorgesorgt ist, daß ein Erzieherehepaar sich dieser Gruppe annimmt und daß dieses Erzieherehepaar auch ständig im Kontakt mit der Heimleitung steht und die Dinge überwacht. Ein ähnlicher Versuch soll auch in Hartberg gestartet werden, und zwar für besonders schwer erziehbare Burschen. Es soll im Landesjugendheim Hartberg eine Abteilung geschaffen werden, wo im besonderen sich Psychiater, Psychologen und Pädagogen mit diesen jungen Menschen beschäftigen und auf diese Art und Weise versuchen, diese vom rechten Weg abgekommenen Menschen wieder dorthin zu führen und sie wieder in unsere Gesellschaft einzugliedern.

Meine Damen und Herren, ich weiß, das sind Experimente und keiner von uns kann heute sagen, ob diese Experimente mit Erfolg oder mit Mißerfolg enden werden. Aber vor allen Dingen ist es die Auffassung der sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses, aber auch der Fachleute, daß dieser neue, moderne Weg doch mehr in Zukunft für diese jungen Menschen bringen soll, als unter Umständen die Erfolge, wie wir sie bisher kennen, sein werden. Ich glaube, und damit möchte ich schließen, meine Damen und Herren, man soll diesem Experiment eine Chance geben, und ich würde auch die Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei bitten, ihre Zustimmung dazu zu geben. Lassen Sie mich mit einem Satz schließen: eine gelungene Jugend-erziehung von heute verhindert eine Kriminalität von morgen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Gruber.

Landesrat Gruber: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute und in dieser Budgetdebatte relativ rasch die Gruppe 4 bewältigt und aus den bisherigen Darlegungen kann ich eigentlich entnehmen, daß man im allgemeinen die in dieser Gruppe festgesetzten Ansätze akzeptiert und die bisherige traditionsgemäße Tätigkeit im Bereiche der Sozialhilfe und der Jugendwohlfahrt zur Kenntnis nimmt. Trotzdem darf ich Ihnen aber sagen, meine Damen und Herren, daß ich selbst durchaus nicht so zufrieden bin, wie das vielleicht bei manchen durch die Präsentation von Erfolgen und Fortschritten den Eindruck macht. Ganz allgemein muß ich sagen, daß wir noch manches zu bewältigen haben. Wenn wir uns das Sparbudget 1979 ansehen, das natürlich nicht an den Ansätzen der Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt vorbeigegangen ist, dann sind das Ausgaben von mehr als 683 Millionen Schilling, Einnahmen von 264 Millionen Schilling, ergibt also einen Nettoaufwand von rund 418 Millionen Schilling. Kurz kommentiert bedeutet das: mehr als in diesem Jahr und zu wenig wie alle Jahre. Das ist der Kommentar, den ich zu diesem Budget insgesamt sagen kann.

Wir haben auch im außerordentlichen Haushalt einen Betrag von 44,6 Millionen Schilling, um die Baumaßnahmen fortzusetzen. In Anbetracht dieses Sparbudgets kann man zweifelsohne nur sagen: